

AnwaltFormulare

Stefan Lunk (Hrsg.)



AnwaltFormulare Arbeitsrecht

Schriftsätze • Verträge • Erläuterungen

5. Auflage



Deutscher **Anwalt**Verlag

Stefan Lunk (Hrsg.)

AnwaltFormulare Arbeitsrecht

AnwaltFormulare

Arbeitsrecht

Schriftsätze • Verträge • Erläuterungen

5. Auflage 2025

Herausgegeben von
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht,
Honorarprofessor an der
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Prof. Dr. Stefan Lunk, Hamburg



Deutscher**Anwalt**Verlag

Vorwort zur 5. Auflage

Das Arbeitsrecht bleibt eine Materie im Fluss – und der Fluss wird breiter. Mittlerweile sind einzelne Passagen nur noch für Spezialisten zu navigieren. Dieses Buch will, wie die Vorauflagen, alle im Arbeitsrecht Tätigen hierbei unterstützen. Es enthält Muster für die maßgeblichen Sachverhalte sowie Erläuterungen in einem Umfang, der ausreicht, aber auch notwendig ist, das Recht hinter den Mustern zu verstehen. Dies war seit der 1. Auflage unseres Formularbuchs im Jahre 2011 die Zielsetzung der Autorinnen und der Autoren, des Herausgebers sowie des Verlags. Hieran hat sich nichts geändert. Die nun vorgelegte 5. Auflage ist ein Beleg für die ungebrochene Nachfrage nach Formularbüchern, die sich endgültig als eigenständige Kategorie neben Lehrbüchern und Kommentaren etabliert haben.

Seit Erscheinen der 4. Auflage im Jahre 2021 sind zahlreiche Gesetzgebungsvorhaben umgesetzt worden, die Einfluss auf die Praxis des Arbeitsrechts haben. Das gilt weiter zunehmend für solche mit unionsrechtlichem Hintergrund. Zudem spielen die Gerichte im Arbeitsrecht nach wie vor eine maßgebliche Rolle. Einzelne Judikate pulverisieren langjährige Handhabungen und machen es erforderlich, Teilbereiche des Arbeitsrechts auch in der Kautelarpraxis neu zu denken. Exemplarisch sind die zahlreichen Judikate zum Urlaubsrecht sowie zuletzt zur Aufzeichnung der Arbeitszeit zu nennen. Alle diese Punkte sind in der aktuellen Auflage ebenso berücksichtigt wie das neue Nachweisgesetz, die Entgelttransparenz, Ethikrichtlinien, Hinweisgeberschutz, „Stay on board“, mobiles Arbeiten im Ausland, Vertrauensarbeitszeit und das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und deren Folgen für die Vertragspraxis. Das erfolgt teils durch Aufnahme neuer Stichworte, teils in den jeweiligen Bearbeitungen.

Wesentlich überarbeitet ist das Stichwortregister. Das wird die Nutzbarkeit ebenso steigern wie die Verwendung der Muster. Erneut haben Leser ab dieser Auflage per Downloadlink Zugriff auf einen Formularbrowser und somit auf alle im Werk enthaltene Muster. Die Nutzer können die Muster in ihrer Textverarbeitung weiterbearbeiten, abspeichern und ausdrucken.

Der Kreis der Autorinnen und Autoren ist seit der 1. Auflage fast unverändert. Neu aufgenommen wurden Frau Rechtsanwältin Sophie-Luise Ninnemann und die Rechtsanwälte Dr. Stefan Freh, Ove Reinbender und Christoph Seidler. Ausgeschieden sind Dr. Kristina Hufnagel, Dr. Tobias Leder, Max Oberberg und Iris Renner. Ihnen allen sei auch an dieser Stelle ebenso herzlich gedankt wie den übrigen Autorinnen und Autoren für deren wertvolle Mitarbeit sowie dem Deutschen Anwaltverlag, insbesondere der zuständigen Produktmanagerin, Frau Stefanie Lörsch, für die umfassende Betreuung.

Wir wünschen der 5. Auflage der „AnwaltFormulare Arbeitsrecht“ eine ebenso weite Verbreitung in der Praxis, wie dies bei den Vorauflagen der Fall war.

Hamburg, im Oktober 2024

Stefan Lunk

Vorwort zur 1. Auflage

Das Berufsbild des Juristen wandelt sich nicht nur im Arbeitsrecht. Stand früher der Forensiker im Fokus, der bei den Gerichten plädierende Kämpfer für die Rechte seiner Mandanten, so ist es heute zunehmend der gestaltend tätige Jurist. Denn die Aufgaben und damit das Anforderungsprofil haben sich gewandelt. Die Tendenz unserer Gesellschaft, immer komplexer werdende Sachverhalte in folglich immer komplexer werdenden Vertragswerken zu regeln, sowie die zunehmende Kodifizierung des Arbeitsrechts, insbesondere durch Anwendbarkeit der AGB-Kontrolle im Individualarbeitsrecht, fördern, ja verlangen diesen Wandel. Die Vertragsgestaltung ist zudem haftungsträchtig, wie nicht zuletzt jedem bewusst ist, der ein Unterrichtungsschreiben nach § 613a Abs. 5 BGB zu entwerfen hatte. Schließlich ist die Vertragsgestaltung herausfordernd, muss man doch aufgrund der Langlebigkeit der eigenen Arbeitsprodukte Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung antizipieren. Dennoch haftet dem Kautelarjuristen – völlig zu Unrecht – der Hauch des Langweiligen an. Nicht die Robe, sondern der Ärmelschoner sei sein Erkennungszeichen.

Doch die Zeiten ändern sich. Nicht nur in Großkanzleien nimmt die Vertragsgestaltung heute bereits gegenüber der forensischen Tätigkeit einen viel größeren Umfang an. Auch in den Rechtsabteilungen und mittelständisch geprägten Kanzleien überwiegt im Arbeitsrecht der gestaltende Anteil. Den Universitäten ist diese Entwicklung nicht verborgen geblieben, wie die steigende Zahl von Lehrveranstaltungen zur Vertragsgestaltung belegt. Lediglich die – ansonsten teils ausufernde – arbeitsrechtliche Literatur spiegelt diese Entwicklung nicht wider. Zwar ist dieses Formularbuch aus der Reihe der AnwaltFormulare nicht das erste Buch seiner Art. Dennoch ist der Anteil von (arbeitsrechtlichen) Formularsammlungen gegenüber den klassischen Lehrbüchern und Kommentaren nach wie vor sehr gering. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der „Kunst des Verträgeschreibens“ dürfte sich dies jedoch ändern. Daher sind die 38 Autorinnen und Autoren dieses Buches zuversichtlich, dass die „AnwaltFormulare Arbeitsrecht“ eine weitere Hilfestellung für die Praxis liefern. Nicht zuletzt aufgrund der Konzeption, bei der die Muster nicht losgelöst stehen, sondern mit praxisrelevanten Hinweisen und den rechtlichen Grundlagen verknüpft sind, so dass die Hinzuziehung eines Lehrbuches oder Kommentars teils überflüssig sein dürfte, hoffen die Autorinnen und Autoren sowie der Verlag auf eine positive Aufnahme des Buches durch die Praxis.

Alle haben ihre besonderen Erfahrungen in die jeweils bearbeiteten Muster einfließen lassen. So vergaß ich in meiner ersten einstweiligen Verfügung, für einen bestreikten Arbeitgeber eine „gerade“ Zufahrtsgasse zum bestreikten Betrieb mit der Folge zu erwirken, dass die IG Metall zwar eine drei Meter breite, jedoch als Slalomkurs abgesteckte Gasse öffnete. Alle nahmen es gottlob mit Humor. So wie sich dieser Hinweis nun in meinem Muster wiederfindet, basieren auch die übrigen Beiträge auf den Erfahrungen der jeweiligen Bearbeiter. Praxisrelevanz in Verbindung mit weiterführenden und komprimierten Hinweisen zu den materiellen Problemen ist der Anspruch an das Buch. Anregungen aus der Praxis, Kritik und Verbesserungsvorschläge sind willkommen. Denn der Wettlauf zwischen dem Vertragsgestalter und dem (richterlichen Ersatz-)Gesetzgeber wird nicht enden.

Für die sehr engagierte Mitarbeit sowie insbesondere die Bereitschaft, Dritte an den eigenen Mustern teilhaben zu lassen, danke ich dem Kreis der Autorinnen und Autoren auch an dieser Stelle ganz herzlich. Dank schulden wir alle dem Deutschen Anwaltverlag, wobei wir stellvertretend Frau Krista Schneider nennen, für die gute Betreuung und Begleitung während der Erstellung dieses Formularbuches.

Hamburg, im Oktober 2010

Stefan Lunk

Autoren

1. Susanne A. Becker

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, zertifizierte Mediatorin, Partnerin, Vahle Kühnel Becker Fachanwälte für Arbeitsrecht PartG mbB, Hamburg; Lehrbeauftragte an der Hamburg School of Business Administration, Hamburg

2. Prof. Dr. Marion Bernhardt

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, CMS Hasche Sigle Partnerschaft von Rechtsanwälten und Steuerberatern mbB, Berlin

Honoraryprofessorin an der Brandenburgisch-Technischen Universität Cottbus-Senftenberg

3. Dr. Martin Brock

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Loschelder Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB, Köln

4. Prof. Dr. Uwe Dathe

Professor an der Berlin Hochschule für Technik, Berlin

5. Dr. Gero Dietrich

Head of Corporate Labour & Employment, Drägerwerk AG & Co.KGaa, Lübeck

6. Jan Einhaus, LL.M. (Wellington)

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, vangard | Littler, Hamburg

7. Dr. Angela Emmert

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, CMS Hasche Sigle Partnerschaft von Rechtsanwälten und Steuerberatern mbB, Köln

8. Stefan Fischer

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, KLIEMT. Arbeitsrecht, Berlin

9. Dr. Katja Francke

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Brock Müller Ziegenbein Rechtsanwälte Partnerschaft mbB Notare, Kiel

10. Dr. Stefan Freh

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Loschelder Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB, Köln

11. Dr. Jan Grawe

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Taylor Wessing Partnerschaftsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

12. Dr. Detlef Grimm

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Loschelder Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB, Köln

13. Isabel Hexel

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Oppenhoff & Partner Rechtsanwälte, Köln

14. Martina Hidalgo

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, CMS Hasche Sigle Partnerschaft von Rechtsanwälten und Steuerberatern mbB, München

15. Dr. Inga Hildebrand

Richterin am Amtsgericht, Amtsgericht Hamburg; Lehrbeauftragte im Arbeitsrecht an der Universität Hamburg

16. Dr. Joachim Holthausen

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Holthausen & Maaß Rechtsanwälte, Fachanwälte für Arbeitsrecht Partnerschaftsgesellschaft mbB, Köln

17. Dr. Dede Kaya

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Vice President Labour Relations Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

18. Peter Kiesgen

Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Fachanwalt für Versicherungsrecht, Danckelmann und Kerst, Frankfurt am Main

19. Prof. Dr. Michael Kliemt

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, KLIEMT.Arbeitsrecht, Düsseldorf

Honorarprofessor an der Universität des Saarlandes

20. Patrick Klinkhammer, LL.M.

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, RPO Rechtsanwälte, Köln

21. Dr. Uwe Langohr-Plato

Rechtsanwalt, Anwaltskanzlei Dr. Uwe Langohr-Plato, Köln

22. Prof. Dr. Stefan Lunk

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Hamburg;

Honorarprofessor an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

23. Frank Meyer

Head of Social Policies & Industrial Relations, Airbus Germany, München

24. Dr. Christian Müller LL.M. (Miami)

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Müller Witten Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Hamburg

25. Dr. Evelyn Nau

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, RSM Ebner Stolz Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Hamburg

26. Prof. Dr. Mathias Nebendahl

Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Fachanwalt für Medizinrecht, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Brock Müller Ziegenbein Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Notare, Kiel

Honorarprofessor an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

27. Sophie-Luise Ninnemann

Rechtsanwältin, Osborne Clarke Partnerschaftsgesellschaft mbB, Hamburg

28. Dr. Nathalie Oberthür

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, RPO Rechtsanwälte, Köln

29. Prof. Dr. Hartmut Oetker

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Wirtschaftsrecht, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Richter am Oberlandesgericht Thüringen a.D.

30. *Dr. Stephan Osnabrügge*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht und Sportrecht, Pauly & Partner Rechtsanwälte, Fachanwälte für Arbeitsrecht Partnerschaftsgesellschaft, Bonn

31. *Dr. Andrea Panzer-Heemeier*

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, ARQIS Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft, Düsseldorf

32. *Dr. Ove Reinbender*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Oberberg · Hasche · Reinbender, Kiel

33. *Dr. Julian Richter*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Müller-Knapp Hjort Wulff, Hamburg/Kiel

34. *Dr. Dirk Schnelle*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, ALTENBURG Fachanwälte für Arbeitsrecht, München

35. *Steffen Schöne*

Leiter Personal, Organisation, Personalrecht, Staatsbetrieb Sachsenforst

36. *Christian Hendrik Scholz*

Vorsitzender Richter am LAG Schleswig-Holstein, Kiel

37. *Dr. Sebastian Schröder*

Richter am Arbeitsgericht, Dortmund

38. *Dr. Katrin Stamer*

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, EmLab Legal Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Hamburg

39. *Christoph Seidler*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Osborne Clarke Partnerschaftsgesellschaft mbB, Hamburg

40. *Dr. Norma Studt*

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Hamburg

41. *Dr. Jan Teusch*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, KLIEMT. Arbeitsrecht, Düsseldorf

42. *Dr. Nele Urban*

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Urban Rechtsanwaltskanzlei, Köln

43. *Dr. Volker Vogt LL.M. (Bristol)*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Schomerus & Partner mbB Steuerberater Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer, Hamburg,

Lehrbeauftragter an der Hamburg School of Business Administration (HSBA)

44. *Dr. Joachim Wichert*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, aclanz Rechtsanwälte Partnerschaft von Rechtsanwälten, Frankfurt am Main

45. *Dr. Tina Witten*

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Müller Witten Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Hamburg

46. *Prof. Dr. Michael Worzalla*

Rechtsanwalt, Arbeitgeberverband der Deutschen Immobilienwirtschaft, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VI
Autoren	VII
Klauselverzeichnis	XV
Musterverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
§ 1a Individualarbeitsrecht – Teil 1	1
A. Anbahnung des Arbeitsverhältnisses	15
I. Stellenausschreibung	15
II. Bewerbungsverfahren	28
III. Formulierungsbeispiele/Muster	50
B. Arbeitsvertrag	60
I. Allgemeine Erläuterungen zum Klausel ABC	60
II. Musterarbeitsvertrag	86
III. Musterarbeitsvertrag Leitende Angestellte	103
IV. Einzelne Arbeitsvertragsklauseln	116
§ 1b Individualarbeitsrecht – Teil 2	691
A. Einzelne Vertragstypen	699
I. Berufsausbildungsverhältnis/Fortbildung	699
II. Befristungen	714
III. Teilzeit	770
IV. Elternzeit, Pflegezeit, Familienpflegezeit	816
V. Altersteilzeit	826
VI. Mitarbeiter im Außendienst	842
VII. Heimarbeit	850
VIII. Mobile Arbeit	854
IX. Trainee	864
X. Praxisintegrierendes duales Studium	869
XI. Praktikantenvertrag	884
XII. Dienstwagenüberlassung	889
XIII. Pkw-Überlassungspauschale/Car-Allowance	902
XIV. Wiedereingliederung	909
XV. Arbeitnehmerüberlassung	914
XVI. Entsendung ins Ausland	940
XVII. Chefarztvertrag	959
XVIII. Dienstvertrag/freie Mitarbeiter-Verträge	996
XIX. Geschäftsführer-Anstellungsvertrag	1012
XX. Vorstandsvertrag	1066
B. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	1078
I. Nachvertragliches Wettbewerbsverbot für Arbeitnehmer	1078
II. Nachvertragliches Wettbewerbsverbot für Organe	1100
§ 1c Individualarbeitsrecht – Teil 3	1113
A. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1116
I. Allgemeines zur Kündigung	1116

II. Ordentliche betriebsbedingte Kündigung	1122
III. Ordentliche Kündigung außerhalb des KSchG	1135
IV. Außerordentliche Kündigung	1136
V. Ordentliche Änderungskündigung aus betriebsbedingten Gründen	1141
VI. Außerordentliche Änderungskündigung	1146
VII. Außerordentliche und hilfsweise ordentliche Beendigungskündigung	1147
VIII. Außerordentliche Kündigung mit sozialer Auslauffrist	1148
IX. Kündigung gegenüber Organmitgliedern (inkl. Abberufung und Beschlussfassung)	1149
X. Abmahnung	1155
XI. Anfechtung des Arbeitsvertrags.	1156
XII. Antrag nach § 17 Abs. 2 MuSchG	1158
XIII. Antrag nach § 18 Abs. 1 BEEG.	1164
XIV. Antrag nach §§ 170 ff. SGB IX: Sonderkündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen, Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung	1175
XV. Zwischen- und Schlusszeugnis	1190
XVI. Einführung zu § 178 Abs. 2 S. 3 SGB IX	1203
B. Aufhebung und Abwicklung	1207
I. Typischer Sachverhalt	1208
II. Rechtliche Grundlagen	1208
§ 2 Kollektivarbeitsrecht.	1279
A. Betriebsverfassungsrecht	1290
I. Allgemeine Betriebsratsarbeit.	1290
II. Kosten und Ausstattung des Betriebsrats	1311
III. Betriebsratsstrukturen	1328
IV. Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten.	1373
V. Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten.	1640
VI. Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten	1731
B. Betriebsübergang und Umwandlung	1780
I. Betriebsübergang	1780
II. Arbeitsrechtliche Angaben bei Umwandlungstatbeständen	1815
C. Arbeitsrecht in der Insolvenz	1829
I. Arbeitsverhältnis in der Insolvenz	1829
II. Kollektives Arbeitsrecht in der Insolvenz	1846
III. Ansprüche des Arbeitnehmers aus dem Arbeitsverhältnis	1849
§ 3 Prozessrecht	1863
A. Klagen im Urteilsverfahren	1872
I. Kündigungsschutzklage	1872
II. Klageerwiderung im Kündigungsschutzprozess	1902
III. Rechtsmittel	1924
IV. Urkundenklage für Organstreitigkeiten	1958
V. Entgelttransparenz	1964
B. Anträge im Beschlussverfahren	1968
I. Anfechtung einer Betriebsratswahl.	1968
II. Antrag auf Freistellung von Sachmittelkosten	1981
III. Antrag auf Erstattung von Schulungskosten.	1991
IV. Antrag auf Gestattung der Hinzuziehung eines Rechtsanwalts als Sachverständigen	2000

V.	Antrag des Betriebsrats gegen den Arbeitgeber wegen grober Pflichtverletzung, § 23 BetrVG, insbesondere auf Unterlassung und Ordnungsgeld.	2007
VI.	Einfacher Antrag auf Zustimmung zur Einstellung nach § 99 BetrVG	2015
VII.	Antrag auf Zustimmung zur Einstellung und Feststellung der Dringlichkeit einer vorläufigen Einstellung nach §§ 99, 100 BetrVG; vorgeschalteter allgemeiner Feststellungsantrag	2021
VIII.	Antrag des Betriebsrats auf Aufhebung einer personellen Maßnahme, § 101 BetrVG	2027
IX.	Antrag des Arbeitgebers auf Entbindung von der Übernahmeverpflichtung von Amtsvertretern, § 78a BetrVG	2045
X.	Antrag auf Einrichtung einer Einigungsstelle, § 100 ArbGG.	2057
XI.	Anfechtung eines Einigungsstellenspruchs nach § 76 Abs. 5 BetrVG	2065
XII.	Vorbeugender Unterlassungsanspruch des Betriebsrats, gerichtet auf Unterlassung mitbestimmungswidrigen Verhaltens durch den Arbeitgeber	2071
XIII.	Rechtsmittel	2084
C.	Zwangsvollstreckung und Vollstreckungsschutz.	2099
I.	Allgemeines	2099
II.	Vorläufige Vollstreckbarkeit	2100
III.	Verfahren der Zwangsvollstreckung.	2105
D.	Einstweiliger Rechtsschutz	2114
I.	Antrag auf Beschäftigung	2114
II.	Schutzschrift des Arbeitgebers wegen zu erwartender Verfügungsanträge des Arbeitnehmers auf Weiterbeschäftigung	2122
III.	Antrag auf Weiterbeschäftigung gem. § 102 Abs. 5 BetrVG und Antrag auf Entbindung	2124
IV.	Antrag des Betriebsrats auf Unterlassung einer Betriebsänderung durch den Arbeitgeber.	2132
V.	Schutzschrift des Arbeitgebers gegen den Antrag des Betriebsrats im einstweiligen Verfügungsverfahren auf Unterlassung einer Betriebsänderung.	2142
VI.	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen eine geplante Betriebsversammlung	2151
VII.	Antrag auf Unterlassung mitbestimmungswidrigen Verhaltens des Arbeitgebers.	2157
VIII.	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen Behinderung/Beeinflussung der Betriebsratswahl durch den Arbeitgeber	2167
IX.	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen unzulässiger Streichung eines Arbeitnehmers von der Wählerliste	2173
X.	Einstweilige Verfügung auf Untersagung von Arbeitskampfmaßnahmen und Schutzschrift der Gewerkschaft in Verbindung mit einem Tarifsozialplan	2184
	Stichwortverzeichnis	2199
	Benutzerhinweise für den Download	2243

Klauselverzeichnis

Einzelne Arbeitsvertragsklauseln

1. Abrufarbeit	116
2. Abtretungsverbot	116
3. Abwerbeverbot.	120
4. Änderung von Arbeitsbedingungen	126
5. Aktienoptionen.	126
6. Allowances	139
7. Altersteilzeit	139
8. Anrechnung (Betriebszugehörigkeit, Krankheit und Urlaub)	139
9. Anrechnungsvorbehalt Tariflohnerhöhung.	144
10. Anwesenheitsprämien (inklusive § 4a EFZG)	146
11. Arbeiten (mobil) im Ausland (EU-Binnenland)	152
12. Arbeitnehmererfindungen	163
13. Arbeitnehmerüberlassung	164
14. Arbeitsaufnahme.	164
15. Arbeitsbereitschaft.	174
16. Arbeitsort	174
17. Arbeitsunfähigkeit	180
18. Arbeitszeit	203
19. Arbeitszeitkonten	210
20. Ärztliche Untersuchung.	210
21. Aufschiebende und auflösende Bedingung.	217
22. Aufrechnungsverbot.	221
23. Aufwendersersatz	228
24. Ausbildung	236
25. Aushilfe	236
26. Auslandsentsendung.	236
27. Ausschlussfristen	236
28. Befristung.	245
29. Befristung einzelner Arbeitsbedingungen	245
30. Beratervertrag	249
31. Bereitschaftsdienst.	249
32. Betriebliche Altersversorgung	252
33. Öffnungsklauseln für Betriebsvereinbarungen	269
34. Beurlaubung	271
35. Beweislastvereinbarung.	272
36. Bezugnahme (Tarifverträge, Betriebsvereinbarung, Richtlinien etc.)	275
37. Bonus	275
38. Compliance.	289
39. Darlehen	294
40. Datenschutz	300
41. Dienstkleidung	310
42. Dienstreise	314
43. Dienstvertrag	318
44. Dienstwagen/Pkw	319
45. Direktionsrecht	319
46. Direktversicherung	330
47. Direktzusage	330
48. E-Mail-/Internet-Nutzung	330

49.	Entgeltfortzahlung	336
50.	Entgeltumwandlung	345
51.	Entsendung	345
52.	Fiktion	345
53.	Fortbildungspflicht.	352
54.	Freistellung	352
55.	Freie Mitarbeiter	358
56.	Freiwilligkeitsvorbehalt	358
57.	Gehaltsklausel (Anpassung)	362
58.	Gerichtsstand	368
59.	Geringfügig Beschäftigte	372
60.	Geschenkannahme	372
61.	Gleichstellungsabrede (Bezugnahme auf Tarifverträge)	376
62.	Gratifikation	388
63.	Haftung	389
64.	Herausgabe	392
65.	Home-Office	392
66.	Incentive.	399
67.	Internet.	399
68.	Jahressonderleistung.	400
69.	Job-Sharing	400
70.	Kündigungsfrist	400
71.	Kündigungsgründe (vertragliche Vereinbarung absoluter Kündigungsgründe)	406
72.	Kündigung vor Dienstantritt	410
73.	Kündigungsausschluss.	410
74.	Kündigungszugang.	416
75.	Kürzung von Leistungen	416
76.	Kurzarbeit	416
77.	Leiharbeit	419
78.	Leistungsentgelt	419
79.	Lohnfortzahlung	419
80.	Mankovereinbarung	419
81.	Mehrarbeit.	428
82.	Miles & More (Bonusmeilen in Vielfliegerprogrammen)	434
83.	Nachvertragliches Wettbewerbsverbot	436
84.	Nachweisgesetz.	436
85.	Nebentätigkeit	445
86.	Non-Solicitation	447
87.	Öffnungsklausel	447
88.	Personalakte.	447
89.	Pfändung	456
90.	Pkw.	459
91.	Portabilität	459
92.	Praktikum	459
93.	Prämie	459
94.	Probezeit.	459
95.	Provision	467
96.	Private Lebensführung/Freizeitverhalten	467
97.	Rückgabe	482
98.	Rückzahlung von Ausbildungskosten	489
99.	Rufbereitschaft	495
100.	Sabbatical	495

101. Salvatorische Klausel	495
102. Schadenspauschalierungen	502
103. Schriftform	503
104. Schweigepflicht	506
105. Social Media	506
106. Sonderurlaub	513
107. Sonderzahlung	518
108. Sozialversicherung	528
109. Sprachkenntnisse	535
110. Stock Option	537
111. Suspendierung	537
112. Tantieme	537
113. Tarifvertrags-Öffnungsklausel (Bezugnahmeklausel)	543
114. Teilzeit	553
115. Telearbeit	553
116. Trainee	553
117. Überstunden	553
118. Umzug.	553
119. Urheberrechtsklauseln	558
120. Urlaub	566
121. Variable Vergütung	572
122. Verfallklausel	572
123. Verjährung	572
124. Vermögensbildung	576
125. Verschwiegenheit und Geschäftsgeheimnis	577
126. Versetzung	587
127. Vertragssprache	597
128. Vertragsstrafe	604
129. Vertrauensarbeitszeit	608
130. Verweisung auf Tarifvertrag	613
131. Vollständigkeitsklausel	613
132. Vorbehaltsklausel	614
133. Vordienstzeit	614
134. Wartezeit (Kündigungsschutz).	614
135. Weihnachtsgeld	618
136. Weisungsrecht	618
137. Wettbewerbsverbot	656
138. Whistleblowing	662
139. Widerrufsvorbehalt	668
140. Wiedereingliederung	673
141. Wohnort.	673
142. Zielvereinbarungen	673
143. Zugangsfiktion	680
144. Zulage.	680
145. Zurückbehaltungsrechte	680

Musterverzeichnis

§ 1a Individualarbeitsrecht – Teil 1

A. Anbahnung des Arbeitsverhältnisses	15
I. Stellenausschreibung	15
II. Bewerbungsverfahren	28
III. Formulierungsbeispiele/Muster	50
Muster 1a.1: Checklist zur Erstellung eines Anforderungsprofils für einen zu besetzenden Arbeitsplatz	50
Muster 1a.2: Innerbetriebliche Stellenausschreibung	50
Muster 1a.3: Auswertungsbogen für Bewerberbeurteilung	51
Muster 1a.4: Einzelne Vertragsklauseln für Personalberaterverträge	53
Muster 1a.5: Erklärung zum Datenschutz	53
Muster 1a.6: Zwischenmitteilung an Stellenbewerber	54
Muster 1a.7: Bewerberfragebogen/Angestelltenfragebogen	54
Muster 1a.8: Einladungsschreiben mit/ohne Vorstellungskostenerstattung	57
Muster 1a.9: Checkliste für Fragen im Vorstellungsgespräch	57
Muster 1a.10: Einwilligung zur ärztlichen/psychologischen/graphologischen Untersuchung	58
Muster 1a.11: Ablehnungsschreiben in der Vorauswahl	58
Muster 1a.12: Ablehnungsschreiben nach Initiativbewerbung	58
Muster 1a.13: Ablehnungsschreiben nach Vorstellungsgespräch	59
Muster 1a.14: Zusage	59
B. Arbeitsvertrag	60
I. Allgemeine Erläuterungen zum Klausel ABC	60
II. Musterarbeitsvertrag	86
Muster 1a.15: Arbeitsvertrag	87
III. Musterarbeitsvertrag Leitende Angestellte	103
Muster 1a.16: Arbeitsvertrag für leitende Angestellte	103
IV. Einzelne Arbeitsvertragsklauseln	116
Muster 1a.17: Abwerbverbot (Arbeitsvertrag)	126
Muster 1a.18: Abwerbverbot (Aufhebungs-/Abwicklungsvertrag)	126
Muster 1a.19: Aktienoptionsplan	130
Muster 1a.20: Anrechnungsvorbehalt	146
Muster 1a.21: Anwesenheitsprämie	152
Muster 1a.22: Arbeitsvertrag über mobile Arbeit im Ausland (EU-Binnenland)	154
Muster 1a.23: Beginn des Arbeitsverhältnisses	173
Muster 1a.24: Arbeitsunfähigkeit	202
Muster 1a.25: Arbeitszeit	209
Muster 1a.26: Auflösende Bedingung	221
Muster 1a.27: Aufwendersersatz	229
Muster 1a.28: Einstufige Ausschlussfrist	244
Muster 1a.29: Zweistufige Ausschlussfrist	244
Muster 1a.30: Befristete Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit	248
Muster 1a.31: Befristete Verlängerung bei der interimswise Übertragung zusätzlicher Aufgaben	249
Muster 1a.32: Bereitschaftsdienst	251
Muster 1a.33: Direktzusage – Zusage einer Versorgung durch den Arbeitgeber	255
Muster 1a.34: Direktversicherung – Zusage einer Versorgung durch eine arbeitgeberfinanzierte Direktversicherung	262
Muster 1a.35: Entgeltumwandlung – Umwandlung von Barbezügen in eine Direktversicherung	266
Muster 1a.36: Provisionsregelungen	275
Muster 1a.37: Prämie	282
Muster 1a.38: Zulagen	284
Muster 1a.39: Ermessensbonus	285
Muster 1a.40: Incentive	288
Muster 1a.41: Betriebsvereinbarung „Verhaltenskodex“	292
Muster 1a.42: Arbeitgeberdarlehen	296

Muster 1a.43:	Darlehensrückzahlung	296
Muster 1a.44:	Darlehenszinsen	297
Muster 1a.45:	Rahmenbetriebsvereinbarung	307
Muster 1a.46:	Schutzkleidung	314
Muster 1a.47:	Dienstkleidung allgemein, Kosten Arbeitnehmer.	314
Muster 1a.48:	Dienstkleidung mit ci, Kosten Arbeitgeber	314
Muster 1a.49:	Dienststreifen	318
Muster 1a.50:	Verbot der privaten Nutzung	335
Muster 1a.51:	Eingeschränkte Zulassung der privaten Nutzung	335
Muster 1a.52:	Dauer der Entgeltfortzahlung	337
Muster 1a.53:	Anzeige- und Nachweispflicht	340
Muster 1a.54:	Entgeltfortzahlung, Anspruchsübergang	343
Muster 1a.55:	Zugangsfiktion.	346
Muster 1a.56:	Zustimmungsfiktion	349
Muster 1a.57:	Freistellungsklausel im Arbeitsvertrag	357
Muster 1a.58:	Unwiderrufliche Freistellung im Kündigungsschreiben	358
Muster 1a.59:	Freiwilligkeitsvorbehalt/Ausschluss einer betrieblichen Übung	362
Muster 1a.60:	Gehaltsanpassungsklauseln	363
Muster 1a.61:	Differenzierungsklauseln.	366
Muster 1a.62:	Spannenklauseln.	366
Muster 1a.63:	Home-Office.	394
Muster 1a.64:	Vereinbarung absoluter Kündigungsgründe	407
Muster 1a.65:	Ausschluss bzw. Einschränkung des Kündigungsrechts	411
Muster 1a.66:	Kurzarbeit	418
Muster 1a.67:	Verschuldensunabhängige Haftung.	423
Muster 1a.68:	Verlagerung der Beweislast	426
Muster 1a.69:	Anforderung und Vergütung von Überstunden	429
Muster 1a.70:	Nachweis über die wesentlichen Arbeitsbedingungen	444
Muster 1a.71:	Arbeitsvertragsklausel zur Personalakte	454
Muster 1a.72:	Arbeitsvertragsklausel zur Aktualisierung (Anzeigeklausel)	454
Muster 1a.73:	Geltendmachung eines Einsichtsrechts durch den Arbeitnehmer.	454
Muster 1a.74:	Geltendmachung eines Anspruchs auf Entfernung aus der Personalakte	455
Muster 1a.75:	Geltendmachung des Anspruchs auf Gegendarstellung	455
Muster 1a.76:	Lohnpfändung	459
Muster 1a.77:	Pflichtenklauseln für Hotelpersonal	479
Muster 1a.78:	Pflichtenklauseln für Fußballspieler	480
Muster 1a.79:	Dopingklausel	481
Muster 1a.80:	Einwilligung in die Verwendung von Mitarbeiterfotos auf der Homepage des Arbeitgebers	509
Muster 1a.81:	Unbezahlter Sonderurlaub	515
Muster 1a.82:	Bezahlter Sonderurlaub	516
Muster 1a.83:	Sonderzahlung	518
Muster 1a.84:	Vereinbarungen zum sozialversicherungsrechtlichen Status	530
Muster 1a.85:	Tantieme	538
Muster 1a.86:	Bezugnahme Klausel.	552
Muster 1a.87:	Umzugskostenerstattung	554
Muster 1a.88:	Urlaubsklauseln	571
Muster 1a.89:	Vermögensbildung	576
Muster 1a.90:	Geschäftsgeheimnis.	581
Muster 1a.91:	Vereinbarung des Arbeitsplatzes laut Arbeitsplatzbeschreibung	596
Muster 1a.92:	Versetzungsklauseln	597
Muster 1a.93:	Wettbewerbsverbot	661
Muster 1a.94:	Verhaltenskodex.	666
Muster 1a.95:	Rahmenzielvereinbarung im Arbeitsvertrag.	680
Muster 1a.96:	Zurückbehaltungsrecht	688

§ 1b Individualarbeitsrecht – Teil 2

A. Einzelne Vertragstypen	699
I. Berufsausbildungsverhältnis/Fortbildung	699
Muster 1b.1: Berufsausbildungsvertrag	700
II. Befristungen	714
Muster 1b.2: Mitteilung Zweckerreichung nach § 15 Abs. 2 TzBfG	720
Muster 1b.3: Meldung bei der AA	724
Muster 1b.4: Angaben zum einzuhaltenden Verfahren bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses aufgrund von Befristung oder auflösender Bedingung	726
Muster 1b.5: Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit der Befristung oder auflösenden Bedingung (Befristungs- bzw. Bedingungskontrollklage)	726
Muster 1b.6: Befristung wegen vorübergehenden Bedarfs (Kalenderbefristung)	729
Muster 1b.7: Befristung wegen vorübergehenden Bedarfs (Zweckbefristung)	729
Muster 1b.8: Aushilfsarbeitsverhältnis mit kurzer Kündigungsfrist (Kalenderbefristung)	730
Muster 1b.9: Befristung nach Abschluss des Studiums (Kalenderbefristung)	731
Muster 1b.10: Vertretung (Kalenderbefristung)	734
Muster 1b.11: Vertretung (Zweckbefristung)	734
Muster 1b.12: Vertretung (Doppelbefristung)	735
Muster 1b.13: Mittelbare Vertretung	735
Muster 1b.14: Befristung – Eigenart des Arbeitsverhältnisses (Kalenderbefristung)	738
Muster 1b.15: Befristung – Eigenart des Arbeitsverhältnisses (Zweckbefristung)	738
Muster 1b.16: Befristetes Probe-Arbeitsverhältnis	741
Muster 1b.17: Befristung auf Rentenalter	743
Muster 1b.18: Befristung auf Wunsch des Arbeitnehmers	744
Muster 1b.19: Befristung wegen Zweckbindung Haushaltsmittel	745
Muster 1b.20: Beendigung einer Bestandsschutzstreitigkeit durch gerichtlichen Vergleich	746
Muster 1b.21: Andere Sachgründe (Kalenderbefristung)	749
Muster 1b.22: Andere Sachgründe (Zweckbefristung)	749
Muster 1b.23: Prozessbeschäftigung zur Abwendung der Zwangsvollstreckung	749
Muster 1b.24: Sachgrundlose Befristung	756
Muster 1b.25: Verlängerung sachgrundloser Befristung	756
Muster 1b.26: Pflegezeitvertretung (Kalenderbefristung)	762
Muster 1b.27: Pflegezeitvertretung (Zweckbefristung)	762
Muster 1b.28: WissZeitVG (Kalenderbefristung)	767
Muster 1b.29: Befristung ÄArbVtrG (Kalenderbefristung)	769
III. Teilzeit	770
Muster 1b.30: Arbeitsvertrag für geringfügig Beschäftigte	812
Muster 1b.31: Teilzeitverlangen	816
Muster 1b.32: Verlängerungsverlangen	816
IV. Elternzeit, Pflegezeit, Familienpflegezeit	816
Muster 1b.33: Antrag auf Elternzeit	821
Muster 1b.34: Bescheinigung der Elternzeit und Urlaubskürzung	821
Muster 1b.35: Antrag auf Pflegezeit	826
V. Altersteilzeit	826
Muster 1b.36: Altersteilzeitvertrag	839
VI. Mitarbeiter im Außendienst	842
Muster 1b.37: Anstellungsvertrag Außendienst	842
VII. Heimarbeit	850
Muster 1b.38: Arbeitsvertrag Heimarbeit	850
VIII. Mobile Arbeit	854
Muster 1b.39: Arbeitsvertrag mit Regelungen zur mobilen Arbeit	857
IX. Trainee	864
Muster 1b.40: Trainee-Vertrag	865
X. Praxisintegrierendes duales Studium	869
Muster 1b.41: Vertrag zur Durchführung eines praxisintegrierenden dualen Studiums	873
XI. Praktikantenvertrag	884
Muster 1b.42: Praktikantenvertrag	885
XII. Dienstwagenüberlassung	889
Muster 1b.43: Dienstwagenvertrag	889

XIII. Pkw-Überlassungspauschale/Car-Allowance	902
Muster 1b.44: Car-Allowance-Vereinbarung	903
XIV. Wiedereingliederung	909
Muster 1b.45: Wiedereingliederungsvereinbarung	910
XV. Arbeitnehmerüberlassung	914
Muster 1b.46: Vertrag zur Arbeitnehmerüberlassung	914
Muster 1b.47: Anstellungsvertrag Verleiher/Leiharbeiter	928
XVI. Entsendung ins Ausland	940
Muster 1b.48: Entsendungsvereinbarung	940
Muster 1b.49: Stammhausbindungsvertrag	957
XVII. Chefarztvertrag	959
Muster 1b.50: Chefarzt-Dienstvertrag	962
XVIII. Dienstvertrag/freie Mitarbeiter-Verträge	996
Muster 1b.51: Vertrag über freie Mitarbeit	1000
Muster 1b.52: Handelsvertretervertrag	1002
Muster 1b.53: Beratervertrag	1008
Muster 1b.54: Interim Manager	1010
XIX. Geschäftsführer-Anstellungsvertrag	1012
Muster 1b.55: Geschäftsführervertrag	1016
XX. Vorstandsvertrag	1066
Muster 1b.56: Anstellungsvertrag Vorstandsmitglied	1067
B. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	1078
I. Nachvertragliches Wettbewerbsverbot für Arbeitnehmer	1078
Muster 1b.57: Nachvertragliches unternehmensbezogenes Wettbewerbsverbot	1089
Muster 1b.58: Tätigkeitsbezogenes Wettbewerbsverbot	1095
Muster 1b.59: Vorvertrag zum Abschluss eines Wettbewerbsverbots	1096
Muster 1b.60: Allgemeine Mandantenschutzklausel	1097
Muster 1b.61: Mandantenübernahmeklausel	1098
Muster 1b.62: Verzicht gem. § 75a HGB	1098
Muster 1b.63: Lossagung des Arbeitnehmers vom Wettbewerbsverbot	1098
Muster 1b.64: Lossagung des Arbeitgebers vom Wettbewerbsverbot	1099
Muster 1b.65: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Unterlassungsverfügung	1099
II. Nachvertragliches Wettbewerbsverbot für Organe	1100
Muster 1b.66: Nachvertragliches Wettbewerbsverbot – Vorstandsmitglied	1102
Muster 1b.67: Nachvertragliches Wettbewerbsverbot – Anwendbarkeit der §§ 74 ff. HGB	1111
§ 1c Individualarbeitsrecht – Teil 3	
A. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1116
I. Allgemeines zur Kündigung	1116
Muster 1c.1: Kündigung	1121
Muster 1c.2: Empfangsbestätigung	1121
Muster 1c.3: Überbringerprotokoll	1121
II. Ordentliche betriebsbedingte Kündigung	1122
Muster 1c.4: Betriebsbedingtes Kündigungsschreiben	1134
Muster 1c.5: Abfindungskündigung	1134
III. Ordentliche Kündigung außerhalb des KSchG	1135
Muster 1c.6: Ordentliche Kündigung außerhalb des KSchG	1136
IV. Außerordentliche Kündigung	1136
Muster 1c.7: Fristlose Kündigung	1140
V. Ordentliche Änderungskündigung aus betriebsbedingten Gründen	1141
Muster 1c.8: Betriebsbedingte Änderungskündigung	1145
VI. Außerordentliche Änderungskündigung	1146
Muster 1c.9: Fristlose Änderungskündigung	1147
VII. Außerordentliche und hilfsweise ordentliche Beendigungskündigung	1147
Muster 1c.10: Fristlose, hilfsweise ordentliche Kündigung	1148
VIII. Außerordentliche Kündigung mit sozialer Auslauffrist	1148
Muster 1c.11: Außerordentliche Kündigung mit sozialer Auslauffrist	1149
IX. Kündigung gegenüber Organmitgliedern (inkl. Abberufung und Beschlussfassung)	1149
Muster 1c.12: Ordentliche Kündigung	1153

	Muster 1c.13: Außerordentliche Kündigung	1153
	Muster 1c.14: Gesellschafterbeschluss zur Abberufung und Kündigung eines GmbH-Geschäftsführers	1154
	Muster 1c.15: Aufsichtsratsbeschluss zur Abberufung eines Vorstandsmitglieds	1154
X.	Abmahnung	1155
	Muster 1c.16: Abmahnung	1156
XI.	Anfechtung des Arbeitsvertrags	1156
	Muster 1c.17: Anfechtung des Arbeitsvertrags	1157
XII.	Antrag nach § 17 Abs. 2 MuSchG	1158
	Muster 1c.18: Antrag des Arbeitgebers auf Zustimmung zur Kündigung einer Schwangeren	1162
XIII.	Antrag nach § 18 Abs. 1 BEEG	1164
	Muster 1c.19: Antrag auf Zustimmung zur Kündigung eines Arbeitnehmers in Elternzeit	1166
XIV.	Antrag nach §§ 170 ff. SGB IX: Sonderkündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen, Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung	1175
	Muster 1c.20: Antrag des Arbeitgebers auf Zustimmung zur Kündigung eines schwerbehinderten Menschen/gleichgestellten behinderten Menschen	1184
	Muster 1c.21: Widerspruch gegen die Zustimmung des Integrationsamts	1185
XV.	Zwischen- und Schlusszeugnis	1190
	Muster 1c.22: Einfaches Zeugnis	1200
	Muster 1c.23: Qualifiziertes Zeugnis mit überdurchschnittlicher Bewertung	1200
	Muster 1c.24: Zwischenzeugnis mit durchschnittlicher Bewertung	1201
	Muster 1c.25: Qualifiziertes Zeugnis mit unterdurchschnittlicher Bewertung	1201
	Muster 1c.26: Klageantrag auf Erteilung eines Zeugnisses	1201
	Muster 1c.27: Klage auf Berichtigung eines Zeugnisses	1203
XVI.	Einführung zu § 178 Abs. 2 S. 3 SGB IX	1203
	Muster 1c.28: Anhörung der SBV zur betriebsbedingten Kündigung eines schwerbehinderten Menschen.	1205
B.	Aufhebung und Abwicklung	1207
I.	Typischer Sachverhalt	1208
II.	Rechtliche Grundlagen	1208
	Muster 1c.29: Aufhebungsvertrag	1257
	Muster 1c.30: Kurzer Aufhebungsvertrag (Deutsch/Englisch)	1263
	Muster 1c.31: Abfindungsangebot i.S.v. § 1a KSchG	1267
	Muster 1c.32: Widerruf eines abgeschlossenen Aufhebungsvertrags.	1267
	Muster 1c.33: Abwicklungsvertrag	1267
	Muster 1c.34: Unterbreitung eines Vergleichs durch die Parteien im schriftlichen Verfahren	1268
	Muster 1c.35: Zustimmung zu einem Vergleichsvorschlag im schriftlichen Verfahren	1269
	Muster 1c.36: Annahme eines gerichtlichen Vergleichsvorschlags im schriftlichen Verfahren	1269
	Muster 1c.37: Aufhebungsvertrag mit einem GmbH-Geschäftsführer	1270
	Muster 1c.38: Aufhebungsvertrag mit einem AG-Vorstand	1275

§ 2 Kollektivarbeitsrecht

A.	Betriebsverfassungsrecht	1290
I.	Allgemeine Betriebsratsarbeit	1290
	Muster 2.1: (Gesamt-/Konzern-/Rahmen-)Betriebsvereinbarung [Nr. ...] über [Gegenstand] vom [Datum].	1291
	Muster 2.2: Regelungsabrede zur Zusammenarbeit im Betrieb.	1300
	Muster 2.3: Geschäftsordnung des Betriebsrats.	1301
	Muster 2.4: Rahmenvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben auf Arbeitsgruppen, § 28a BetrVG	1307
	Muster 2.5: Betriebsvereinbarung zu Sprechstunden.	1309
II.	Kosten und Ausstattung des Betriebsrats	1311
	Muster 2.6: Freistellung von BR-Mitgliedern/Teilfreistellung gem. § 38 Abs. 1 S. 5 BetrVG	1313
	Muster 2.7: Abmeldevereinbarung zu § 37 Abs. 2 BetrVG	1314
	Muster 2.8: Schreiben an Arbeitgeber wegen Kostenübernahme für Schulungsteilnahme gemäß §§ 37 Abs. 6, 40 Abs. 1 BetrVG	1316
	Muster 2.9: Beschluss des Betriebsrats zur Beauftragung eines Rechtsanwalts	1319
	Muster 2.10: Vergütungsvereinbarung mit dem Rechtsanwalt für den Betriebsrat	1320

Muster 2.11:	Erwiderungsschreiben des Arbeitgebers zu einem Antrag des Betriebsrats auf Übernahme von Sachverständigenkosten	1321
Muster 2.12:	Erwiderungsschreiben des Arbeitgebers zu einem Antrag des Betriebsrats auf Bereitstellung von Fachliteratur.	1322
Muster 2.13:	Regelungsabrede zur technischen Ausstattung des Betriebsrats	1323
Muster 2.14:	Betriebsvereinbarung zur Budgetierung der Betriebsratskosten	1325
III. Betriebsratsstrukturen		1328
Muster 2.15:	Führungsvereinbarung im gemeinsamen Betrieb i.S.d. § 1 Abs. 2 BetrVG.	1331
Muster 2.16:	Vereinbarung zur Trennung des gemeinsamen Betriebs.	1334
Muster 2.17:	Betriebsvereinbarung zur Verlängerung des Übergangsmandats.	1335
Muster 2.18:	Aufgabenübertragung auf den Gesamtbetriebsrat	1337
Muster 2.19:	Aufgabenübertragung auf den Gesamtbetriebsrat mit Zustimmung zur Folgelegation an den Konzernbetriebsrat	1337
Muster 2.20:	Zusammengefasste Aufgabenübertragung mehrerer Betriebsräte auf den Gesamtbetriebsrat.	1338
Muster 2.21:	Folgelegation an den Konzernbetriebsrat	1338
Muster 2.22:	Beschluss des Gesamtbetriebsrats zur Errichtung eines Konzernbetriebsrats.	1340
Muster 2.23:	Tarifvertrag gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 lit. b) BetrVG	1341
Muster 2.24:	Tarifvertrag zur Bildung von Spartenbetriebsräten.	1344
Muster 2.25:	Gemeinsamer Gesamtbetriebsrat mehrerer Unternehmen.	1345
Muster 2.26:	Vereinbarung über die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der SE	1351
Muster 2.27:	Vereinbarung über die Errichtung und Ausgestaltung eines Europäischen Betriebsrates nach § 18 EBRG	1365
IV. Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten		1373
Muster 2.28:	Betriebsvereinbarung Altersteilzeit (ATZ)	1408
Muster 2.29:	Betriebsvereinbarung zu flexibler Arbeitszeit/Langzeitkonten	1414
Muster 2.30:	Betriebsvereinbarung zur Vertrauensarbeitszeit	1429
Muster 2.31:	Betriebsvereinbarung Gleitzeit	1433
Muster 2.32:	Betriebsvereinbarung Überstunden	1439
Muster 2.33:	Betriebsvereinbarung Dienstpläne/Schichtarbeit/Rufbereitschaft/Bereitschaftsdienst	1443
Muster 2.34:	Betriebsvereinbarung Kurzarbeit	1460
Muster 2.35:	Betriebsvereinbarung Vergütung außertariflicher Angestellter.	1465
Muster 2.36:	Betriebsvereinbarung über die Gewährung einer außertariflichen/übertariflichen Zulage	1470
Muster 2.37:	Betriebsvereinbarung Provision.	1473
Muster 2.38:	Betriebsvereinbarung zu Zielvereinbarungen	1481
Muster 2.39:	Gesamtbetriebsvereinbarung EDV-Systeme und Schutz personenbezogener Daten	1493
Muster 2.40:	Betriebsvereinbarung über die Nutzung der betrieblichen Telefonanlage/der Mobiltelefone	1511
Muster 2.41:	Betriebsvereinbarung zu Internet-, E-Mail- und Social-Media-Nutzung	1527
Muster 2.42:	Betriebsvereinbarung für die Sozialeinrichtung „Kantine“	1533
Muster 2.43:	Betriebsvereinbarung zur Betriebsordnung	1536
Muster 2.44:	Betriebsvereinbarung zur Arbeitsordnung.	1542
Muster 2.45:	Betriebsvereinbarung zu Ethikrichtlinien	1558
Muster 2.46:	Betriebsvereinbarung über eine einheitliche Dienstkleidung	1564
Muster 2.47:	Musteranschreiben BEM.	1580
Muster 2.48:	Einverständniserklärung BEM	1581
Muster 2.49:	Betriebsvereinbarung Betriebliches Eingliederungsmanagement	1582
Muster 2.50:	Geschäftsordnung des Arbeitsschutzausschusses.	1596
Muster 2.51:	Betriebsvereinbarung zur Umsetzung der DGUV Vorschrift 2 der Firma [...].	1597
Muster 2.52:	Betriebsvereinbarung Organisation der Beteiligung des Betriebsrats	1600
Muster 2.53:	Eckpunkte einer Betriebsvereinbarung zur Durchführung der Gefährdungsbeurteilung gem. § 5 ArbSchG.	1612
Muster 2.54:	Betriebsvereinbarung über die Einführung eines betrieblichen Vorschlagswesens	1629
Muster 2.55:	Allgemeine Betriebsvereinbarung zum Urlaub	1638

V.	Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten	1640
	Muster 2.56: Unterrichtung und Einholung der Zustimmung des Betriebsrats zu einer geplanten Einstellung und Eingruppierung	1645
	Muster 2.57: Unterrichtung und Einholung der Zustimmung des Betriebsrats zu einer geplanten Versetzung und Umgruppierung	1650
	Muster 2.58: Antwort des Betriebsrats zum Antrag auf Zustimmung zu einer geplanten Einstellung/Eingruppierung oder Versetzung/Umgruppierung.	1655
	Muster 2.59: Unterrichtung und Einholung der Zustimmung des Betriebsrats zu einer geplanten Einstellung eines Leiharbeitnehmers	1659
	Muster 2.60: Unterrichtung über eine vorläufige Einstellung/Versetzung	1664
	Muster 2.61: Antwort des Betriebsrats auf Unterrichtung über eine vorläufige personelle Maßnahme	1665
	Muster 2.62: Anhörung des BR zur Kündigung während der Wartezeit	1696
	Muster 2.63: Anhörung des BR gem. § 102 BetrVG zur ordentlichen betriebsbedingten Kündigung.	1699
	Muster 2.64: Anhörung des BR gem. § 102 BetrVG zur ordentlichen betriebsbedingten Kündigung wegen Betriebsstilllegung.	1701
	Muster 2.65: Anhörung des BR gem. § 102 BetrVG zur betriebsbedingten Änderungskündigung	1702
	Muster 2.66: Anhörung des BR nach § 102 BetrVG zur außerordentlichen, hilfsweise ordentlichen verhaltensbedingten Verdachtskündigung.	1705
	Muster 2.67: Anhörung BR gem. § 102 BetrVG zur ordentlichen krankheitsbedingten Kündigung.	1709
	Muster 2.68: Antrag auf Zustimmung zur außerordentlichen Kündigung eines BR-Mitglieds gem. § 103 BetrVG	1713
	Muster 2.69: Antrag auf Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrats zur außerordentlichen Kündigung eines BR-Mitglieds gem. § 103 BetrVG	1715
	Muster 2.70: Anhörung zur Kündigung eines Kündigungsgeschützten nach § 102 BetrVG im Fall der Stilllegung einer Betriebsabteilung.	1717
	Muster 2.71: Betriebsinterne Stellenausschreibung der ... GmbH.	1720
	Muster 2.72: Auswahlrichtlinie bei Kündigungen	1729
VI.	Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten	1731
	Muster 2.73: Interessenausgleich bei Betriebsstilllegung	1752
	Muster 2.74: Interessenausgleich bei Teilbetriebsstilllegung (einschließlich Namensliste und Transfergesellschaft)	1754
	Muster 2.75: Interessenausgleich bei umfassender Reorganisation	1756
	Muster 2.76: Sozialplan	1767
	Muster 2.77: BQG/Transfergesellschaft	1777
B.	Betriebsübergang und Umwandlung	1780
I.	Betriebsübergang	1780
	Muster 2.78: Informationsschreiben nach § 613a Abs. 5 BGB.	1811
	Muster 2.79: Empfangsbestätigung	1814
	Muster 2.80: Empfangsbestätigung und Verzichtserklärung	1814
II.	Arbeitsrechtliche Angaben bei Umwandlungstatbeständen	1815
	Muster 2.81: Angaben im Umwandlungsvertrag.	1826
	Muster 2.82: Zuleitung des Verschmelzungsvertrags an den (Gesamt-) Betriebsrat	1828
	Muster 2.83: Verkürzung der Zuleitungsfrist	1828
C.	Arbeitsrecht in der Insolvenz	1829
I.	Arbeitsverhältnis in der Insolvenz	1829
	Muster 2.84: Insolvenzeröffnungsbeschluss ohne allgemeines Verfügungsverbot	1831
	Muster 2.85: Aufnahme des Rechtsstreits nach Unterbrechung gem. § 240 ZPO	1832
	Muster 2.86: Abmahnung durch den Arbeitnehmer	1836
	Muster 2.87: Unternehmenskaufvertrag zwischen Insolvenzverwalter und Erwerber – Auszug	1844
II.	Kollektives Arbeitsrecht in der Insolvenz	1846
III.	Ansprüche des Arbeitnehmers aus dem Arbeitsverhältnis	1849
	Muster 2.88: Klage auf Feststellung zur Insolvenztabelle	1852

§ 3 Prozessrecht

A. Klagen im Urteilsverfahren	1872
I. Kündigungsschutzklage	1872
Muster 3.1: Einfache Kündigungsschutzklage	1875
Muster 3.2: Kündigungsschutzklage mit Weiterbeschäftigungsantrag und weiteren Anträgen	1887
Muster 3.3: Kündigungsschutzklage bei Änderungskündigung (nach Annahme des Änderungsangebots unter dem Vorbehalt der gerichtlichen Überprüfung)	1892
Muster 3.4: Kündigungsschutzklage und nachträgliche Zulassung	1895
Muster 3.5: Auflösungsantrag des Arbeitnehmers	1900
II. Klageerwiderung im Kündigungsschutzprozess	1902
Muster 3.6: Klageerwiderung bei betriebsbedingter Kündigung (mit Auflösungsantrag)	1911
Muster 3.7: Klageerwiderung bei verhaltensbedingter Kündigung	1916
Muster 3.8: Klageerwiderung bei personenbedingter Kündigung	1922
III. Rechtsmittel	1924
Muster 3.9: Berufungsschrift	1925
Muster 3.10: Berufungsbegründungsschrift	1930
Muster 3.11: Anschlussberufung	1935
Muster 3.12: Nichtzulassungsbeschwerde	1937
Muster 3.13: Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde	1939
Muster 3.14: Revisionschrift	1942
Muster 3.15: Revisionsbegründung	1945
Muster 3.16: Sofortige Beschwerde	1951
Muster 3.17: Rechtsbeschwerde	1953
Muster 3.18: Anhörungsrüge nach § 78a ArbGG	1955
IV. Urkundenklage für Organstreitigkeiten	1958
Muster 3.19: Klage im Urkundenprozess	1962
V. Entgelttransparenz	1964
Muster 3.20: Auskunftsverlangen gem. EntgTranspG	1966
B. Anträge im Beschlussverfahren	1968
I. Anfechtung einer Betriebsratswahl	1968
Muster 3.21: Anfechtung einer Betriebsratswahl	1979
II. Antrag auf Freistellung von Sachmittelkosten	1981
Muster 3.22: Antrag auf Übernahme bzw. Freistellung von Kosten i.S.d. § 40 Abs. 2 BetrVG	1989
III. Antrag auf Erstattung von Schulungskosten	1991
Muster 3.23: Antrag auf Erstattung von Schulungskosten gemäß § 37 Abs. 6 BetrVG	1998
IV. Antrag auf Gestattung der Hinzuziehung eines Rechtsanwalts als Sachverständigen	2000
Muster 3.24: Antrag auf Gestattung der Hinzuziehung eines Rechtsanwalts als Sachverständigen	2005
V. Antrag des Betriebsrats gegen den Arbeitgeber wegen grober Pflichtverletzung, § 23 BetrVG, insbesondere auf Unterlassung und Ordnungsgeld	2007
Muster 3.25: Antrag auf Untersagung von Überstunden	2012
Muster 3.26: Antrag auf Teilnahme an Personalgesprächen	2013
VI. Einfacher Antrag auf Zustimmung zur Einstellung nach § 99 BetrVG	2015
Muster 3.27: Antrag auf Zustimmungsersetzung wegen einer Einstellung nach § 99 BetrVG	2020
VII. Antrag auf Zustimmung zur Einstellung und Feststellung der Dringlichkeit einer vorläufigen Einstellung nach §§ 99, 100 BetrVG; vorgeschalteter allgemeiner Feststellungsantrag	2021
Muster 3.28: Antrag auf Zustimmung zur Einstellung und Feststellung der Dringlichkeit einer vorläufigen Einstellung nach §§ 99, 100 BetrVG	2025
VIII. Antrag des Betriebsrats auf Aufhebung einer personellen Maßnahme, § 101 BetrVG	2027
Muster 3.29: Antrag auf Aufhebung einer Einstellung	2033
Muster 3.30: Antrag auf Untersagung der Aufrechterhaltung einer personellen Maßnahme	2036
Muster 3.31: Antrag auf Unterlassung von betriebsverfassungswidrigen Einstellungen	2037
Muster 3.32: Antrag auf Aufhebung einer Versetzung	2039
Muster 3.33: Antrag bei vorläufiger Durchführung der personellen Maßnahme durch den Arbeitgeber	2041
Muster 3.34: Antrag auf ordnungsgemäße Beteiligung des Betriebsrats bei einer Eingruppierung	2044

IX.	Antrag des Arbeitgebers auf Entbindung von der Übernahmeverpflichtung von Amtsvertretern, § 78a BetrVG	2045
	Muster 3.35: Antrag auf Entbindung von der Übernahmeverpflichtung für Jugendvertreter	2055
X.	Antrag auf Einrichtung einer Einigungsstelle, § 100 ArbGG	2057
	Muster 3.36: Antrag auf Einrichtung einer Einigungsstelle nach § 100 ArbGG.	2064
XI.	Anfechtung eines Einigungsstellenspruchs nach § 76 Abs. 5 BetrVG	2065
	Muster 3.37: Antrag auf Anfechtung eines Einigungsstellenspruchs	2070
XII.	Vorbeugender Unterlassungsanspruch des Betriebsrats, gerichtet auf Unterlassung mitbestimmungswidrigen Verhaltens durch den Arbeitgeber	2071
	Muster 3.38: Antrag auf Untersagung des Aufbaus eines zu hohen Gleitzeitsaldos und der Überschreitung des Gleitzeitrahmens	2077
	Muster 3.39: Untersagung der Anordnung, Anstecker an der Kleidung zu tragen.	2079
	Muster 3.40: Antrag auf Untersagung der Anwendung eines Punkteschemas bei betriebsbedingter Kündigung ohne Betriebsratsbeteiligung	2082
XIII.	Rechtsmittel	2084
	Muster 3.41: Beschwerdeschrift	2085
	Muster 3.42: Beschwerdebegründungsschrift.	2088
	Muster 3.43: Nichtzulassungsbeschwerde.	2092
	Muster 3.44: Rechtsbeschwerde mit Rechtsbeschwerdebegründung	2093
C.	Zwangsvollstreckung und Vollstreckungsschutz	2099
I.	Allgemeines	2099
II.	Vorläufige Vollstreckbarkeit	2100
III.	Verfahren der Zwangsvollstreckung	2105
	Muster 3.45: Antrag auf Vollstreckung des Weiterbeschäftigungsanspruchs	2111
	Muster 3.46: Zurückweisung des Antrags auf Vollstreckung des Weiterbeschäftigungsanspruchs	2111
D.	Einstweiliger Rechtsschutz	2114
I.	Antrag auf Beschäftigung	2114
	Muster 3.47: Antrag auf Beschäftigung	2119
II.	Schutzschrift des Arbeitgebers wegen zu erwartender Verfügungsanträge des Arbeitnehmers auf Weiterbeschäftigung	2122
	Muster 3.48: Schutzschrift	2122
III.	Antrag auf Weiterbeschäftigung gem. § 102 Abs. 5 BetrVG und Antrag auf Entbindung	2124
	Muster 3.49: Antrag auf Weiterbeschäftigung	2127
	Muster 3.50: Antrag auf Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht	2129
IV.	Antrag des Betriebsrats auf Unterlassung einer Betriebsänderung durch den Arbeitgeber	2132
	Muster 3.51: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung im Beschlussverfahren wegen Unterlassung von Kündigungen	2136
	Muster 3.52: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung im Beschlussverfahren wegen Untersagung einer Abspaltung	2139
V.	Schutzschrift des Arbeitgebers gegen den Antrag des Betriebsrats im einstweiligen Verfügungsverfahren auf Unterlassung einer Betriebsänderung	2142
	Muster 3.53: Schutzschrift im Beschlussverfahren	2146
VI.	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen eine geplante Betriebsversammlung	2151
	Muster 3.54: Einstweilige Verfügung gegen eine geplante Betriebsversammlung	2155
VII.	Antrag auf Unterlassung mitbestimmungswidrigen Verhaltens des Arbeitgebers	2157
	Muster 3.55: Antrag auf Unterlassung der Beschäftigung im Rahmen von Überstunden am Sa./So.	2160
	Muster 3.56: Antrag auf Untersagung der Anwendung eines Dienstplans	2163
	Muster 3.57: Antrag auf Untersagung der elektronischen Bildaufzeichnung, Softwareeinführung, Schließenlagenauswertung.	2165
VIII.	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen Behinderung/Beeinflussung der Betriebsratswahl durch den Arbeitgeber	2167
	Muster 3.58: Einstweilige Verfügung auf Unterlassung von Beeinflussungen einer Betriebsratswahl	2171

IX.	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen unzulässiger Streichung eines Arbeitnehmers von der Wählerliste	2173
	Muster 3.59: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen unzulässiger Streichung eines Arbeitnehmers von der Wählerliste	2180
X.	Einstweilige Verfügung auf Untersagung von Arbeitskampfmaßnahmen und Schutzschrift der Gewerkschaft in Verbindung mit einem Tarifsozialplan	2184
	Muster 3.60: Einstweilige Verfügung auf Untersagung einzelner Arbeitskampfmaßnahmen	2191
	Muster 3.61: Schutzschrift einer Gewerkschaft wegen zu erwartender arbeitgeberseitiger Verfügungsanträge anlässlich eines von der Gewerkschaft geforderten Tarifsozialplans	2195

Literaturverzeichnis

- Aligbe*, Einstellungs- und Eignungsuntersuchungen, 2. Aufl. 2021
- Altmeppen* (vormals *Roth/Altmeppen*), GmbH-Gesetz, Kommentar, 11. Aufl. 2023
- Annuß/Thüsing*, Teilzeit- und Befristungsgesetz, 3. Aufl. 2012
- Anzinger/Koberski*, ArbZG – Arbeitszeitgesetz, 5. Aufl. 2020
- Arens/Düwell/Wichert*, Handbuch Umstrukturierung und Arbeitsrecht, 2. Aufl. 2013
- Arnold/Gräfl*, Teilzeit- und Befristungsgesetz, 5. Aufl. 2021
- Arnold/Günther*, Arbeitsrecht 4.0, 2. Aufl. 2022
- Ascheid/Preis/Schmidt*, Kündigungsrecht, Großkommentar, 7. Aufl. 2024 (zitiert *APS/Bearbeiter*)
- Auer-Reinsdorff/Conrad*, Handbuch IT- und Datenschutzrecht, 3. Aufl. 2019
- Bader/Dörner/Mikosch/Schleusener/Schütz/Vossen*, Gemeinschaftskommentar zum Arbeitsgerichtsgesetz Loseblattsammlung, 119. Ergänzungslieferung, Stand 04/2020 etc.
- Bader/Fischermeier/Gallner u.a.*, KR, Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz und zu sonstigen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften, 13. Aufl. 2022 (zitiert: *GK/Bearbeiter*)
- Baeck/Deutsch/Winzer*, Arbeitszeitgesetz, 4. Aufl. 2020
- Bamberger/Roth/Hau/Poseck*, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 5. Aufl.
- Bartenbach/Volz*, Arbeitnehmererfindungsgesetz, 7. Aufl. 2024
- Bartone/Berger/Brösske*, Personalrecht für die Praxis, 10. Aufl. 2008
- Bauer/Diller*, Wettbewerbsverbote, 9. Aufl. 2022
- Bauer/Krieger/Arnold*, Arbeitsrechtliche Aufhebungsverträge, 10. Aufl. 2023
- Bauer/Krieger/Günther*, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz und Entgelttransparenzgesetz: AGG Entg TranspG, Kommentar, 5. Aufl. 2018
- Bauer/Lingemann/Diller/Haußmann*, Anwaltsformularbuch Arbeitsrecht, 7. Aufl. 2021
- Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann/Anders/Gehle*, ZPO, Kommentar, 78. Aufl. 2020
- Berger/Wündisch*, Urhebervertragsrecht, Handbuch, 3. Aufl. 2021
- Berkowsky*, Die betriebsbedingte Kündigung, 6. Aufl. 2008
- Berscheid*, Arbeitsverhältnisse in der Insolvenz, 1999
- Blomeyer/Rolfs/Otto*, Betriebsrentengesetz: BetrAVG, 8. Aufl. 2022
- Boecken/Düwell/Diller/Hanau*, Gesamtes Arbeitsrecht, 2. Aufl. 2023
- Boecken/Joussen*, Teilzeit- und Befristungsgesetz, Handkommentar, 7. Aufl. 2024
- Boemke/Kursawe*, ArbNErfG, 2. Aufl. 2024
- Boemke/Lembke*, Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, Kommentar, 3. Aufl. 2020
- Braun/Wisskirchen*, Konzernarbeitsrecht, 2. Aufl. 2024
- Buchner/Becker*, Mutterschutzgesetz und Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz: MuSchG/BEEG, Kommentar, 8. Aufl. 2008
- Busche/Stoll/Wiebe*, TRIP's, Internationales und europäisches Recht des geistigen Eigentums, 2. Aufl. 2013
- Busse/Keukenschrijver*, PatG, 9. Aufl. 2020
- Bütefisch/Wylka*, Die Sozialauswahl, 2000

- Clemenz/Kreft/Krause*, AGB-Arbeitsrecht, Kommentar, 3. Aufl. 2023
- Conze/Karb/Wölk/Reidel*, Personalbuch Arbeits- und Tarifrecht öffentlicher Dienst, 7. Aufl. 2021
- Däubler*, Arbeitskampfrecht, 4. Aufl. 2018 (zitiert: *Däubler/Bearbeiter*, Arbeitskampfrecht)
- Däubler*, Tarifvertragsgesetz, Kommentar, 5. Aufl. 2022 (zitiert: *Däubler/Bearbeiter*, TVG)
- Däubler/Beck* (vormals *Däubler/Bertzbach*), Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: AGG, Kommentar, 5. Aufl. 2022
- Däubler/Deinert* (vormals *Däubler/Deinert/Zwanziger*), KSchR – Kündigungsschutzrecht, Kommentar, 12. Aufl. 2024
- Däubler/Deinert/Walser* (vormals *Däubler/Bonin/Deinert*), AGB-Kontrolle im Arbeitsrecht, 5. Aufl. 2021 (zitiert: *Däubler u.a./Bearbeiter*)
- Däubler/Hjort/Schubert/Wolmerath*, Arbeitsrecht – Individualarbeitsrecht mit kollektivrechtlichen Bezügen – Handkommentar, 5. Aufl. 2022 (zitiert: *HaKo-ArbR/Bearbeiter*)
- Däubler/Klebe/Wedde*, Betriebsverfassungsgesetz, Kommentar, 19. Aufl. 2024 (zitiert: *DKKW/Bearbeiter*)
- Dahl/Göpfert/Helm*, Arbeitsrechtlicher Umgang mit Pandemien, 2020
- Danko/Heckschen/Plesterninks*, Umstrukturierungen im Unternehmen, 2002
- Dau/Düwell/Joussen*, Sozialgesetzbuch IX, 6. Aufl. 2022
- Dörner/Luczak/Wildschütz/Baeck/Hoß*, Handbuch des Arbeitsrechts, 15. Aufl. 2019
- Dornbusch/Fischermeier/Löwisch*, AR-Kommentar, 6. Aufl. 2014
- Dornbusch/Krumbiegel/Löwisch*, AR- Kommentar, 10. Aufl. 2021
- Dreier/Schulze*, Urheberrechtsgesetz: UrhG, Kommentar, 7. Aufl. 2022
- Dürig/Herzog/Scholz* (vormals *Maunz/Dürig*), Grundgesetz, Loseblattsammlung Kommentar, 102. Aufl. 2024, Stand 08/2023
- Düwell*, Betriebsverfassungsgesetz, Handkommentar, 6. Aufl. 2022 (zitiert: *HaKo-BetrVG/Bearbeiter*)
- Düwell/Lipke*, ArbGG – Kommentar zum gesamten Arbeitsverfahrensrecht, 5. Aufl. 2019
- Ebenroth/Boujong/Joost/Strohn*, Handelsgesetzbuch: HGB, 3. Aufl. 2014 Bd. 1, 5. Aufl. 2024
- Eichhorn/Hickler/Steinmann*, Handbuch Betriebsvereinbarung, 2006
- Erb/Schäfer*, Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch: StGB, 4. Aufl.
- Erman*, Bürgerliches Gesetzbuch, 17. Aufl. 2024
- Fitting/Trebinge/Linsenmaier/Schelz/Schmidt*, Betriebsverfassungsgesetz, Handkommentar, 32. Aufl. 2024
- Fleischer/Goette*, Münchener Kommentar zum GmbHG, 4. Aufl. 2022 (zitiert: *MüKo-GmbHG/Bearbeiter*)
- Franke*, Der außertarifliche Angestellte, 1991
- Friedemann*, Das Verfahren der Einigungsstelle für Interessenausgleich und Sozialplan, 1997
- Gagel*, SGB II/III, Grundsicherung und Arbeitsförderung, Kommentar, 89. Aufl. 2023, Stand 02/2023
- Gallner/Mestwerdt/Nägele*, Kündigungsschutzrecht, Handkommentar, 7. Aufl. 2021
- Galperin/Löwisch*, Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz, Band I und II, 6. Aufl. 1982
- Gamillscheg*, Arbeitsrecht I, 8. Aufl. 2000
- Gaul*, Aktuelles Arbeitsrecht, Band 1 und Band 2, 2024 (zitiert: *Gaul*, Aktuelles Arbeitsrecht)
- Gaul*, Das Arbeitsrecht der Umstrukturierung, 2. Aufl. 2022

- Gebele/Scholz*, Beck'sches Formularbuch Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht, 14. Aufl. 2022
- Gerecke*, Handbuch Social-Media-Recht, 2023
- Germelmann/Matthes/Prütting*, Arbeitsgerichtsgesetz: ArbGG, Kommentar, 10. Aufl. 2022 (zitiert: GMP/Bearbeiter)
- Geyer/Knorr/Krasney*, Entgeltfortzahlung Krankengeld Mutterschaftsgeld, Loseblatt, Stand 2023
- Goette/Habersack*, MüKo zum Aktiengesetz, 6. Aufl. 2024 (zitiert: MüKo-AktG/Bearbeiter)
- Gotthardt*, Arbeitsrecht nach der Schuldrechtsreform, 2. Aufl. 2003
- Goutier/Knopf/Tulloch*, Kommentar zum Umwandlungsrecht, 2. Aufl. 2007
- Grobys/Panzer-Heemeier*, StichwortKommentar Arbeitsrecht, 4. Aufl. 2023
- Großmann/Schimanski/Spiolek*, Gemeinschaftskommentar zum Sozialgesetzbuch IX – GK- SGB IX, 2024 (zitiert: GK-SGB IX/Bearbeiter)
- Gross/Thon/Ahmad/Woitaschek*, Kommentar zum Betriebsverfassungsrecht, 2. Aufl. 2008
- Grüll/Janert*, Der Anstellungsvertrag mit leitenden Angestellten und Führungskräften, 14. Aufl. 1996
- Grüneberg*, Bürgerliches Gesetzbuch: BGB, 83. Aufl. 2024
- Grunsky/Waas/Benecke/Greiner*, Arbeitsgerichtsgesetz, 8. Aufl. 2014
- Habersack/Drinhausen*, SE-Recht, 3. Aufl. 2022
- Hanau/Arteaga/Rieble/Veit*, Entgeltumwandlung, 3. Aufl. 2014
- Harte-Bavendamm/Henning-Bodewig*, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), 5. Aufl. 2021
- Helml/Pessinger* (vormals *Hauck/Helml/Biebl*), Arbeitsgerichtsgesetz, Kommentar, 5. Aufl. 2021
- Henssler/Moll*, AGB-Kontrolle vorformulierter Arbeitsbedingungen, 2. Aufl. 2020
- Henssler/Willemsen/Kalb*, Arbeitsrecht, Kommentar, 9. Aufl. 2020 (zitiert: HWK/Bearbeiter)
- Herkert/Törtl*, Berufsbildungsgesetz, Kommentar, 135. Aktualisierung 2023
- Hess*, Insolvenzrecht Großkommentar, Band 1–3, 2007, 2. Aufl. 2013
- Hess/Worzalla/Glock/Nicolai/Rose/Huke*, BetrVG – Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz, 10. Aufl. 2018
- Heussen/Hamm*, Beck'sches Rechtsanwalts handbuch, 12. Aufl. 2022
- Höfer/de Groot/Küpper*, Betriebsrentenrecht (BetrAVG), Kommentar, Loseblatt, Band I: Arbeitsrecht, 30. Aufl. 2024
- Hoeren/Sieber/Holznel*, Handbuch Multimedia-Recht, 60. Aufl. 2024
- Hohmeister/Oppermann*, Handkommentar zum Bundesurlaubsgesetz, 3. Aufl. 2013
- Hopt* (vormals *Baumbach/Hopt*), HGB, Kommentar, 42. Aufl. 2023
- Hromadka*, Änderung von Arbeitsbedingungen, 1990
- Hromadka/Maschmann*, Arbeitsrecht, Band 1, 7. Aufl. 2018 und Band 2, 8. Aufl. 2020
- Hromadka/Schmitt-Rolfes*, Der unbefristete Arbeitsvertrag, 2006
- Hueck/Nipperdey*, Lehrbuch des Arbeitsrechts, 7. Aufl. Band 1: 1963, Band 2, 1. Halbband: 1967, 2. Halbband: 1970
- Hümmerich/Boecken/Düwell*, AnwaltKommentar Arbeitsrecht, 2. Aufl. 2010
- Hümmerich/Lücke/Mauer*, Arbeitsrecht – Vertragsgestaltung, Prozessführung, Personalrecht, Betriebsvereinbarungen, 10. Aufl. 2022

- Hümmerich/Reufels*, Gestaltung von Arbeitsverträgen, 5. Aufl. 2023
- Hümmerich/Spirolke/Boecken*, Das arbeitsrechtliche Mandat, 6. Aufl. 2011
- Hunold*, Arbeitsrecht im Außendienst, 2. Aufl. 2006
- Hurlebaus/Baumstümmler/Schulien*, Berufsbildungsrecht, 2019
- Jacobs/Krause/Oetker/Schubert*, Tarifvertragsrecht, 2. Aufl. 2013
- Jaeger*, Der Anstellungsvertrag des GmbH-Geschäftsführers, 6. Aufl. 2016
- Jäger/Röder/Heckelmann*, Praxishandbuch Betriebsverfassungsrecht, 2003
- Jannott/Frodermann*, Handbuch der Europäischen Aktiengesellschaft, 2. Aufl. 2014
- Jauernig*, BGB, Kommentar, 19. Aufl. 2023
- Junker*, Grundkurs Arbeitsrecht, 19. Aufl. 2020
- Kaiser/Dunkl/Hold/Kleinsorge*, Entgeltfortzahlungsgesetz, Kommentar, 5. Aufl. 2000
- Kallmeyer*, Umwandlungsgesetz, Kommentar, 7. Aufl. 2020
- Kempen/Zachert*, Tarifvertragsgesetz, Kommentar, 5. Aufl. 2014
- Kemper/Kisters-Kölkes*, Arbeitsrechtliche Grundzüge der betrieblichen Altersversorgung, 12. Aufl. 2023
- Kemper/Kisters-Kölkes/Berenz/Huber/Betz-Rehm/Borgers*, BetrAVG, 10. Aufl. 2023
- Kiel/Koch*, Die betriebsbedingte Kündigung, 2. Aufl. 2009
- Kissel*, Arbeitskampfrecht, 2002
- Kittner/Däubler/Zwanziger*, Kündigungsschutzrecht, Kommentar für die Praxis, 9. Aufl. 2014
(zitiert: *Kittner/Bearbeiter*, KSchR)
- Kittner/Zwanziger/Deinert/Heuschmid*, Arbeitsrecht, Handbuch für die Praxis, 10. Aufl. 2019
- Knickrehm/Roßbach/Waltermann*, Kommentar zum Sozialrecht, 8. Aufl. 2023
- Köhler/Bornkamm/Fedderson*, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb: UWG, 42. Aufl. 2024
- Körner/Leitherer/Mutschler/Rolfs*, Kasseler Kommentar zum Sozialversicherungsrecht, Loseblatt, 124. Aufl. 2024, Stand 09/2023
- Koch*, Aktiengesetz, 18. Aufl. 2024
- Kohte/Faber/Feldhoff*, Gesamtes Arbeitsschutzrecht, 2. Aufl. 2018
- Koller/Kindler/Roth/Morck*, Handelsgesetzbuch HGB, Kommentar, 8. Aufl. 2015
- Koller/Kindler/Roth/Drüen*, Handelsgesetzbuch: HGB, Kommentar, 9. Aufl. 2019
- Kollmer/Wiebauer/Schucht*, Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV), 4. Aufl. 2019
- Kolmhuber*, Das neue Gleichbehandlungsgesetz für die Personalpraxis, 2006
- Korinth*, Einstweiliger Rechtsschutz im Arbeitsgerichtsverfahren, 5. Aufl. 2022
- Kossens/von der Heide/Maaß*, SGB IX, 5. Aufl. 2023
- Kramer*, Kündigungsvereinbarungen im Arbeitsvertrag, 1994
- Kramer*, IT-Arbeitsrecht, 3. Aufl. 2023
- Kreikebohm/Dünn*, SGB IV, 4. Aufl. 2022
- Kübler/Prütting*, Das neue Insolvenzrecht, RWS-Dokumentation 18: Insolvenzordnung, Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung, Band I, 1994 (zitiert: *Kübler/Prütting/Bearbeiter*)
- Küstner/Thume*, Handbuch des gesamten Vertriebsrechts, Band 1: Handelsvertreterrecht, 5. Aufl. 2016, Band 2: Ausgleichsanspruch, 9. Aufl. 2014, Band 3: Vertriebsrecht, 4. Aufl. 2014

- Küttner*, Personalbuch 2024: Arbeitsrecht – Lohnsteuerrecht – Sozialversicherungsrecht, 31. Aufl. 2024
- Kunz/Henssler/Brand/Nebeling*, Praxis des Arbeitsrechts, 7. Aufl. 2023
- Kunz/Wedde*, Entgeltfortzahlungsrecht, 4. Aufl. 2015
- Lakies*, Mindestlohngesetz, 5. Aufl. 2021
- Lakies*, Inhaltskontrolle von Arbeitsverträgen. 2014
- Lakies*, Vertragsgestaltung und AGB im Arbeitsrecht, 2. Aufl. 2011
- Landmann/Rohmer*, Gewerbeordnung und ergänzende Vorschriften: GewO, Loseblattsammlung Kommentar, 91. Aufl. 2023, Stand 03/2023
- Langohr-Plato*, Betriebliche Altersversorgung, 7. Aufl. 2016
- Leinemann*, Handbuch zum Arbeitsrecht, 2019, Stand 05/16
- Leinemann/Linck*, Urlaubsrecht, Kommentar, 2. Aufl. 2001
- Leinemann/Wagner/Worzalla*, Handbuch des Fachanwalts Arbeitsrecht, 4. Aufl. 2004 (zitiert: Leinemann u.a./Bearbeiter)
- Lembke*, Arbeitsvertrag für Führungskräfte, 5. Aufl. 2012
- Linck/Krause/Bayreuther*, Kündigungsschutzgesetz: KSchG, 16. Aufl. 2019
- Lindemann*, Flexible Gestaltung von Arbeitsbedingungen nach der Schuldrechtsreform, 2003
- Lipke/Vogt/Steinmeyer*, Sonderleistungen im Arbeitsverhältnis, 2. Aufl. 1995
- Littmann/Bitz/Pust*, Das Einkommensteuerrecht, 2024, Stand Februar
- Löwisch/Kaiser/Klump*, Betriebsverfassungsgesetz, Kommentar, 8. Aufl. 2022
- Löwisch/Rieble*, Tarifvertragsgesetz, Kommentar, 4. Aufl. 2017
- Lunk*, Die Betriebsversammlung – das Mitgliederorgan des Belegschaftsverbandes, 1991
- Lutter/Hommelhoff/Teichmann*, SE-Kommentar, 2. Aufl. 2015
- Maschmann/Sieg/Göpfert*, Vertragsgestaltung im Arbeitsrecht, 3. Aufl. 2020
- Mauer*, Dienstwagenüberlassung an Arbeitnehmer, 2003
- Mauer*, Personaleinsatz im Ausland, 3. Aufl. 2019
- Meinel/Heyn/Herms*, Teilzeit- und Befristungsgesetz, Kommentar, 6. Aufl. 2022
- Mengel*, Compliance und Arbeitsrecht, 2. Aufl. 2023
- Minn/Stück/Laber*, Personal-Lexikon, 41. Aufl. 2024 (zitiert: PersLex/Bearbeiter)
- Moll*, Münchener Anwaltshandbuch Arbeitsrecht, 5. Aufl. 2021 (zitiert: MAH-ArbR/Bearbeiter)
- Müller*, Homeoffice in der arbeitsrechtlichen Praxis, 3. Aufl. 2021
- Müller/Berenz*, Kommentar zum Entgeltfortzahlungsgesetz, 3. Aufl. 2001
- Müller-Glöge/Preis/Gallner/Schmidt*, Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, 24. Aufl. 2024 (zitiert: ErfK/Bearbeiter)
- Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht*, herausgegeben von *Kiel/Lunk/Oetker*; Band 1: Individualarbeitsrecht I, 6. Aufl. 2024, Band 2: Kollektivarbeitsrecht/Sonderformen, 5. Aufl. 2021 (zitiert: MünchArbR/Bearbeiter)
- Musielak/Voit*, Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz, 20. Aufl. 2023
- Nägele*, Der Dienstwagen – Arbeits- und Steuerrecht von A bis Z, 2010
- Nerlich/Kreplin/Rhode*, Münchener Anwaltshandbuch Insolvenz und Sanierung, 4. Aufl. 2023

- Nerlich/Römermann*, Insolvenzordnung, Loseblatt-Kommentar, 48. Aufl. 2024, Stand 05/2023
- Neumann/Biebl*, Arbeitszeitgesetz, 16. Aufl. 2012
- Neumann/Fenski/Kühn*, Bundesurlaubsgesetz, Kommentar, 12. Aufl. 2021
- Neumann/Pahlen/Greiner/Winkler/Jabben*, Sozialgesetzbuch IX: SGB IX, 14. Aufl. 2020
- Noack/Servatius/Haas* (vormals *Baumbach/Hueck*), Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung: GmbHG, 23. Aufl. 2022
- Oberthür/Seitz*, Betriebsvereinbarungen, 3. Aufl. 2021
- Ostrowicz/Künzl/Scholz*, Handbuch des arbeitsgerichtlichen Verfahrens, 6. Aufl. 2020
- Otto/Schwarze/Krause*, Die Haftung des Arbeitnehmers, 4. Aufl. 2014
- Pauly/Osnabrügge*, Handbuch Kündigungsrecht, 6. Aufl. 2024
- Picot*, Unternehmenskauf und Restrukturierung, 4. Aufl. 2013
- Picot/Schnitker*, Arbeitsrecht bei Unternehmenskauf und Restrukturierung, 2001
- Pielow*, Beck'scher Online-Kommentar Gewerbeordnung. 61. Aufl. 2024 (zitiert: BeckOK-GewO/Bearbeiter)
- Pieper*, ArbSchR – Arbeitsschutzrecht, 7. Aufl. 2020
- Preis*, Der Arbeitsvertrag, 6. Aufl. 2020
- Ranke/Pepping*, Mutterschutz, 6. Aufl. 2022 (zitiert: HK-MuSchG/Bearbeiter)
- Rauscher/Krüger*, Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und Nebengesetzen, 6. Aufl. 2020 (zitiert: MüKo-ZPO/Bearbeiter)
- Reimer/Schade/Schippel*, ArbEG, 8. Aufl. 2007
- Reitz*, Das arbeitsrechtliche Mandat: Arbeitsvertragsgestaltung und AGB-Kontrolle, 2. Aufl. 2024
- Reufels*, Prozesstaktik im Arbeitsrecht, 5. Aufl. 2023
- Richardi*, Betriebsverfassungsgesetz mit Wahlordnung, 17. Aufl. 2022 (zitiert: Richardi/Bearbeiter)
- Richardi*, Arbeitsrecht in der Kirche, 8. Aufl. 2020
- Röder/Baeck*, Interessenausgleich und Sozialplan, 5. Aufl. 2016
- Röhrich/Graf v. Westfalen/Haas*, HGB Kommentar, 6. Aufl. 2023
- Römer*, Interessenausgleich und Sozialplan bei Outsourcing und Auftragsneuvergabe, 2001
- Rolfs/Giesen/Meffling/Udsching*, BeckOK Arbeitsrecht, 72. Aufl. 2024 (zitiert: BeckOK-ArbR/Bearbeiter)
- Säcker/Oetker*, Grundlagen und Grenzen der Tarifautonomie, 1992
- Säcker/Rixecker/Oetker/Limperc*, Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 9. Aufl. 2021 (zitiert: MüKo-BGB/Bearbeiter)
- Saenger*, Zivilprozessordnung, Handkommentar, 10. Aufl. 20123
- Sassenberg/Faber*, Rechtshandbuch Industrie 4.0 und Internet of Things, 2. Aufl. 2020
- Schaub*, Arbeitsrechtliches Formular- und Verfahrenshandbuch, 15. Aufl. 2023 (zitiert: Schaub/Bearbeiter, Formulare ArbR)
- Schaub*, Arbeitsrechts-Handbuch, 20. Aufl. 2023 (zitiert: Schaub/Bearbeiter, ArbR-Hdb.)
- Schmidt*, Einkommensteuergesetz: EStG, 39. Aufl. 2020
- Schmidt*, Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch: HGB, Bd. 1 §§ 1–104a, 5. Aufl. 2021 (zitiert: MüKo-HGB/Bearbeiter)

- Schmitt*, Entgeltfortzahlungsgesetz und Aufwendungsausgleichsgesetz: EFZG AAG, 9. Aufl. 2023
- Schmitt/Hörtnagl*, Umwandlungsgesetz, Umwandlungssteuergesetz: UmwG, UmwStG, 9. Aufl. 2020
- Schönke/Schröder*, Strafgesetzbuch: StGB, 30. Aufl. 2019
- Scholz*, GmbHG, Kommentar, 13. Aufl. 2022
- Schüren/Hamann*, Arbeitnehmerüberlassungsgesetz AÜG, 6. Aufl. 2022
- Schwab*, Beck'sches Personalhandbuch Bd. I: Arbeitsrechtslexikon, 104. Aufl. 2020, Stand 05/20
- Schwab/Weth*, Arbeitsgerichtsgesetz – ArbGG, Kommentar, 6. Aufl. 2021
- Semler/Stengel/Leonard*, Umwandlungsgesetz, Kommentar, 5. Aufl. 2021
- Sieg/Maschmann*, Unternehmensumstrukturierung aus arbeitsrechtlicher Sicht, 3. Aufl. 2020
- Simitis/Horning/Spiecker gen. Döhmann*, Datenschutzrecht, 2019
- Stahlhacke/Preis/Vossen*, Kündigung und Kündigungsschutz im Arbeitsverhältnis, 11. Aufl. 2015
- Staub*, Großkommentar Handelsgesetzbuch: HGB, 5. Aufl. 2020 etc. (zitiert: Staub/Bearbeiter)
- Staudinger*, Bürgerliches Gesetzbuch, 2019 etc.
- Stege/Weinspach/Schiefer*, Betriebsverfassungsrecht – Handkommentar für die betriebliche Praxis, 9. Aufl. 2002
- Stoffels*, AGB-Recht, 4. Aufl. 2021
- Stürner/Eidenmüller/Schoppmeyer* (vormals *Kirchhof/Lwowski/Stürner*), Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung, alle Bände 4. Aufl. (zitiert: MüKo-InsO/Bearbeiter)
- Suckow/Striegel/Niemann*, Der vorformulierte Arbeitsvertrag, 2011 (zitiert: Suckow u.a./Bearbeiter)
- Taeger/Gabel*, DSGVO – BDSG, 4. Aufl. 2022
- Taubert*, Berufsbildungsgesetz, Kommentar, 3. Aufl. 2021
- Thomas/Putzo*, ZPO Kommentar, 41. Aufl. 2020
- Thüsing*, AGB-Kontrolle im Arbeitsrecht, 2007 (zitiert: *Thüsing*, AGB-Kontrolle)
- Thüsing*, Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, 4. Aufl. 2018
- Thüsing*, Arbeitsrechtlicher Diskriminierungsschutz, 2. Aufl. 2013 (zitiert: *Thüsing*, Diskriminierungsschutz)
- Thüsing*, Beschäftigtendatenschutz und Compliance, 3. Aufl. 2021
- Thüsing/Rachor/Lembke*, Kündigungsschutzgesetz, 4. Aufl. 2018 (zitiert: *Thüsing/Rachor/Lembke/Bearbeiter*)
- Thüsing/Wurth*, Social Media im Betrieb, 2. Aufl. 2020
- Tschöpe*, Arbeitsrecht Handbuch, 13. Aufl. 2023
- Ulmer/Brandner/Hensen*, AGB-Recht Kommentar, 13. Aufl. 2022
- Ulrici*, Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, 2017
- Vogelsang*, Entgeltfortzahlung, 2003
- von Steinau-Steinrück/Hurek*, Arbeitsvertragsgestaltung, 2007
- von Steinau-Steinrück/Vernunft*, Arbeitsvertragsgestaltung, 2. Aufl. 2014
- Wandtke/Bullinger*, Praxiskommentar Urheberrecht: UrhR, 6. Aufl. 2022
- Weber/Hoß/Burmester*, Handbuch der Managerverträge, 2000
- Weber/Oberthür*, Rechtsberater für Arbeitgeber, 2000

- Wedde/Kunz*, Entgeltfortzahlungsgesetz, 5. Aufl. 2020
- Weller*, Kirchliches Arbeitsrecht, 2021
- Weitnauer/Mueller-Stöfen*, Beck'sches Formularbuch IT-Recht, 5. Aufl. 2020
- Weth*, Das arbeitsgerichtliche Beschlussverfahren, 1995
- Widmann/Mayer*, Umwandlungsrecht, Kommentar, Loseblatt, 209. Aktualisierung, Stand 11/2023
- Wiedemann*, Tarifvertragsgesetz: TVG, Kommentar, 9. Aufl. 2023
- Wiese/Kreutz/Oetker/Raab/Weber/Franzen/Gutzeit/Jacobs*, Gemeinschaftskommentar zum Betriebsverfassungsgesetz, 12. Aufl. 2021 (zitiert: GK-BetrVG/Bearbeiter)
- Willemsen/Hohenstatt/Schweibert/Seibt*, Umstrukturierung und Übertragung von Unternehmen, 6. Aufl. 2021
- Wimmer*, Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung, 9. Aufl. 2018
- Wlotzke/Preis/Kreft*, Betriebsverfassungsgesetz, Kommentar, 4. Aufl. 2009
- Wohlgemuth/Pepping*, Berufsbildungsgesetz, 2. Aufl. 2020
- Wolf/Lindacher/Pfeiffer*, AGB-Recht, 7. Aufl. 2020
- Wolff/Brink/v. Ungern-Sternberg*, BeckOK Datenschutzrecht, 48. Ed. 2024
- Wronka/Gola/Pötters*, Handbuch zum Arbeitnehmerdatenschutz, 7. Aufl. 2016
- Zirnbauer*, Münchener Prozessformularbuch, Band 6: Arbeitsrecht, 6. Aufl. 2023
- Zöllner*, ZPO Kommentar, 35. Aufl. 2024
- Zöllner/Loritz/Hergenröder*, Arbeitsrecht, 7. Aufl. 2015
- Zöllner/Noack*, Kölner Kommentar zum Aktiengesetz, 3. Aufl.

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Auffassung	AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungs- gesetz
a.E.	am Ende	AFG	Arbeitsförderungsgesetz
a.F.	alte Fassung	AG	Aktiengesellschaft/Die Aktien- gesellschaft (Zeitschr.)/ Amtsgericht/Arbeitgeber/ in/Auftraggeber/in/ Ausführungsgesetz
a.M.	anderer Meinung		
AA	Agentur für Arbeit/Arbeitsamt/ Auswärtiges Amt		
AAG	Aufwendungsausgleichsgesetz		
abgedr.	abgedruckt	AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
ABl	Amtsblatt	AGG	Allgemeines Gleichbehandlungs- gesetz
abl.	ablehnend	AGS	Anwaltsgebühren Spezial (Zeitschr.)
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	AiB	Arbeitsrecht im Betrieb (Zeitschr.)
Abs.	Absatz	AktG	Aktiengesetz
Abschn.	Abschnitt	AKRR	Annuß/Kühn/Rudolph/Rupp: EBRG. Kommentar
Abt.	Abteilung	AktStR	Aktuelles Steuerrecht (Zeitschr.)
abw.	abweichend	AktuellAR	Aktuelles Arbeitsrecht (Zeitschr.)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschr.)	ALG	Arbeitslosengeld
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil- Club e.V.	allg.	allgemein
AE	Arbeitsrechtliche Entscheidungen (Zeitschr.)/Arbeitserlaubnis	allg.M.	allgemeine Meinung
AEnt	Arbeitnehmerentsendung	AllGO	Allgemeine Gebührenordnung
AEntG	Gesetz über zwingende Arbeits- bedingungen bei grenzüberschrei- tenden Dienstleistungen/Arbeitneh- mer-Entsendegesetz	Alt.	Alternative
AEO	Authorized Economic Operator	AltEinKG	Alterseinkünftegesetz
AErfG	Gesetz über Arbeitnehmerer- findungen	Altersteil- zeitG	Altersteilzeitgesetz
AEVO	Arbeitserlaubnisverordnung	AltZertG	Gesetz über die Zertifizierung von Altersvorsorgeverträgen
AfA	Absetzung bzw. Abschreibung für Abnutzung	Amtl. Anz.	Amtlicher Anzeiger
AFB	Allgemeine Feuerversicherungs- Bedingungen	AN	Arbeitnehmer/in
		ÄndG	Änderungsgesetz
		AnfG	Anfechtungsgesetz
		Ang	Angestellte/r
		AngKSchG	Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten

Abkürzungsverzeichnis

Anh.	Anhang	ARST	Arbeitsrecht in Stichworten (Zeitschr.)
Anm.	Anmerkung	Art.	Artikel
AnwBl	Anwaltsblatt (Zeitschr.)	ASiG	Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz)
AnwG	Anwaltsgericht	AT	Allgemeiner Teil
AnwGH	Anwaltsgerichtshof	AÜ	Arbeitnehmerüberlassung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschr.)	AuA	Arbeit und Arbeitsrecht (Zeitschr.)
AP	Arbeitsrechtliche Praxis (Entscheidungssammlung)	AUB	Allgemeine Unfallversicherungsbedingungen
ArbG	Arbeitsgericht	AuB	Arbeit und Beruf (Zeitschr.)
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz	Aufl.	Auflage
AR-Blattei ES	Arbeitsrecht-Blattei, Entscheidungssammlung	AÜG	Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz)
AR-Blattei SD	Arbeitsrecht-Blattei, Systematische Darstellungen	AuR	Arbeit und Recht (Zeitschr.)
ArbIV	Arbeitslosenversicherung	AU-RL	Arbeitsunfähigkeits-Richtlinien
ArbMedVV	Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge	ausdr.	ausdrücklich
ArbPlSchG	Arbeitsplatzschutzgesetz	ausf.	ausführlich
ArbR	Arbeitsrecht	AV	Ausführungsverordnung
ArbR- Aktuell	Arbeitsrecht Aktuell. Informationen für die arbeitsrechtliche Praxis (Zeitschr.)	AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen/Allgemeine Versorgungsbedingungen
ArbRB	Der Arbeitsrechtsberater (Zeitschr.)	AVBl	Amts- und Verordnungsblatt
ArbR- BeschFG	Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz	AVE	Allgemeinverbindlicherklärung
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz	AVG	Angestelltenversicherungsgesetz
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung	AVmG	Altersvermögensgesetz
ArbuR	Arbeit und Recht (Zeitschr.)	AVR	Arbeitsvertragsrichtlinien
ArbZG	Arbeitszeitgesetz	Az.	Aktenzeichen
ArbZRG	Arbeitszeitrechtsgesetz	AZO	Arbeitszeitordnung
ArEV	Arbeitsentgeltverordnung	AZV	Arbeitszeitverordnung
arg.	argumentum	BA	Betriebsausgaben/Blutalkohol/ Bundesagentur für Arbeit/ Bundesanstalt für Arbeit
ARGE	Arbeitsgemeinschaft	BaföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
ArGV	Verordnung über die Arbeitsgenehmigung für ausländische Arbeitnehmer	BAG	Bundesarbeitsgericht

BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts (Entscheidungssammlung)	Bekl.	Beklagte/r
BAnz	Bundesanzeiger	BerHG	Beratungshilfegesetz
BÄO	Bundesärzteordnung	BerufsO	Berufsordnung
BArbBl	Bundesarbeitsblatt	BErzGG	Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (Bundeserziehungsgeldgesetz)
BAT	Bundes-Angestellentarifvertrag	BeschFG	Beschäftigungsförderungsgesetz
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen/Betriebliche Altersversorgung	Beschl.	Beschluss
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen	Besch-SchutzG	Gesetz zum Schutz der Beschäftigten vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz (Beschäftigtenschutzgesetz)
BazBV	Basiszinssatz-Bezugsgroßen-Verordnung	bestr.	bestritten
BB	Der Betriebs-Berater (Zeitschr.)	BetrAV	Betriebliche Altersversorgung (Zeitschr.)
BBankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank	BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz)
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz	BetrR	Der Betriebsrat (Zeitschr.)
BBG	Bundesbeamtengesetz/Beitragsbemessungsgrenze	BetrSichV	Verordnung zur Rechtsvereinfachung im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Bereitstellung von Arbeitsmitteln und deren Benutzung bei der Arbeit, der Sicherheit beim Betrieb überwachungsbedürftiger Anlagen und der Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes
BBiG	Berufsbildungsgesetz	BetrVerf-ReformG	Gesetz zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes
Bd.	Band	BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie	BeurkG	Beurkundungsgesetz
BdiG	Bundesdisziplinargericht	BewG	Bewertungsgesetz
BDSG	Gesetz zum Schutz vor Missbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz)	BezG	Bezirksgericht
BDSG-E	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes	BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar	BfD	Bundesbeauftragter für den Datenschutz
BeckRS	Beck-Rechtsprechung	BFDG	Bundesfreiwilligendienstgesetz
beE	betriebsorganisatorisch eigenständige Einheit	BFH	Bundesfinanzhof
BEEG	Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit		
BegrRE	Begründung Regierungsentwurf		
Beil.	Beilage		

Abkürzungsverzeichnis

BG	Berufsgenossenschaft/Die Berufsgenossenschaft. Zeitschrift für Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Unfallversicherung	BKK	Die Betriebskrankenkasse (Zeitschr.)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch	BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BGBI I, II, III	Bundesgesetzblatt, mit Ziffer = Teil I, II, III	BKV	Berufskrankheiten-Verordnung
BGG	Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen	Bl.	Blatt
BGH	Bundesgerichtshof	BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BGH VGrS	Bundesgerichtshof, Vereinigter Großer Senat	BMF	Bundesministerium der Finanzen
BGHR	BGH-Rechtsprechung	BMI	Bundesministerium des Innern
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen	BMJ	Bundesministerium der Justiz
BGleiG	Gesetz für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Unternehmen und Gerichten des Bundes (Bundesgleichstellungsgesetz)	BMT-G II	Bundesmanteltarifvertrag für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe
BGS	Bundesgrenzschutz	BMWA	Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft
BGSG	Gesetz für den Bundesgrenzschutz	BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BGV	Berufsgenossenschaftliche Vorschriften für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit	BND	Bundesnachrichtendienst
BHO	Bundshaushaltsordnung	BNotO	Bundesnotarordnung
BildschirmarbeitsplatzVO	Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit an Bildschirmgeräten	BNVO	Bundesneben tätigkeitsverordnung
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz	BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BImSchV	Bundes-Immissionsschutzverordnung	BörsenG	Börsengesetz
BiostoffVO	Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Tätigkeiten mit Biologischen Arbeitsstoffen	BOSTB	Berufsordnung für Steuerberater
BIP	Bruttoinlandsprodukt	BPatG	Bundespatentgericht
BKA	Bundeskriminalamt	BPersVG	Bundespersonalvertretungsgesetz
BKartA	Bundeskartellamt	BpO	Betriebsprüfungsordnung
BKatV	Bußgeldkatalogverordnung	BPR	Bezirkspersonalrat
BKGG	Bundeskindergeldgesetz	BR	Betriebsrat/Bundesrat
		BRAGO	Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung
		BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
		BRAK-Mitt	Mitteilung der Bundesrechtsanwaltskammer
		BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
		BR-Drucks	Bundesrats-Drucksache
		BReg	Bundesregierung
		BRH	Bundesrechnungshof
		BRTV-Bau	Bundesrahmentarifvertrag Bau

BSeuchG	Bundesseuchengesetz	CC	Code civil
BSG	Bundessozialgericht	CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
BSGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundessozialgerichts	d.h.	das heißt
bspw.	beispielsweise	DA	Dienstanweisungen der Bundesagentur für Arbeit
BStBl	Bundessteuerblatt	DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschr.)
BT	Besonderer Teil/Bundestag	DArbR	Deutsches Arbeitsrecht (Zeitschr.)
BT-Drucks	Bundestags-Drucksache	DAV	Deutscher Anwaltverein
BtG	Betreuungsgesetz	DB	Der Betrieb (Zeitschr.)
BtGB	Betreuungsbehördengesetz	dB	Dezibel
BtMG	Betäubungsmittelgesetz	DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
BTÜ	Bedienstete der Technischen Überwachung	DBW	Die Betriebswirtschaft (Zeitschr.)
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz	DDR	Deutsche Demokratische Republik
BÜVO	Beitragsübermittlungsverordnung	ders.	derselbe
BuW	Betrieb und Wirtschaft (Zeitschr.)	DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
BV	Betriebsvereinbarung/Bestandsverzeichnis	DKKW	Däubler/Kittner/Klebe/Wedde
BVerfG	Bundesverfassungsgericht	dies.	dieselbe/n
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	DIN	Deutsches Institut für Normung
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht	Diske	Diskussionsentwurf
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht	Diss.	Dissertation
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts	DJ	Deutsche Justiz (Zeitschr.)
BW	Baden-Württemberg	DJT	Deutscher Juristentag
BWG	Bundeswahlgesetz	DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
BWO	Bundeswahlordnung	DLW	Dörner/Luczak/Wildschütz/Baeck/Hoß: Handbuch des Fachanwalts Arbeitsrecht
BZA	Bundesverband Zeitarbeit Personaldienstleistungen e.V.	DNotI	Deutsches Notarinstitut
bzgl.	bezüglich	DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts
BZRG	Bundeszentralregistergesetz	DNotV	Zeitschrift des Deutschen Notarvereins (ab 1933: Deutsche Notar-Zeitschrift)
bzw.	beziehungsweise	DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
c.i.c.	culpa in contrahendo	DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschr.)
ca.	circa	DP	Deutsche Post
CB	Compliance Berater (Zeitschr.)	DPA	Deutsches Patentamt

Abkürzungsverzeichnis

DR	Deutsches Recht (Zeitschr.)	EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
DRB	Deutscher Richterbund	EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
DRdA	Das Recht der Arbeit (Zeitschr.)	EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
DRiG	Deutsches Richtergesetz	EGH	Ehrengerichtshof der Rechtsanwaltskammer
DrittelbG	Dritteteiligungsgesetz	EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
DRiZ	Deutsche Richterzeitung	EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
DRpfl	Deutsche Rechtspflege (Zeitschr.)	EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
DruckluftVO	Verordnung über Arbeiten in Druckluft (Druckluftverordnung)	EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
Drucks	Drucksache	EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung
DRV	Deutsche Rentenversicherung	EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
DRZ	Deutsche Rechtszeitschrift (ab 1946)	EGWechselG	Einführungsgesetz zum Wechselgesetz
DSB	Datenschutzbeauftragter	EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschr.)	EheG	Ehegesetz
DStRE	DStR-Entscheidungsdienst	Einf.	Einführung
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung, Ausgabe A und B	eingetr.	eingetragen
DSWR	Datenverarbeitung Steuer, Wirtschaft, Recht	EinigungsV	Einigungsstellenverordnung/ Einigungsvertrag
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschr.)	Einl.	Einleitung
DV	Datenverarbeitung/Dienstvereinbarung/Durchführungsverordnung	einschl.	einschließlich
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschr.)	EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
e.G.	eingetragene Genossenschaft	EL	Ergänzungslieferung
e.V.	eingetragener Verein	EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ebd.	ebenda	Entsch.	Entscheidung
EBR	Europäischer Betriebsrat	Entschl.	Entschluss
EBRG	Gesetz über Europäische Betriebsräte	entspr.	entsprechend
EBV	Eigenbetriebsverordnung	Entw.	Entwurf
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte		
EFZG	Gesetz über die Zahlung des Arbeitsentgelts an Feiertagen und im Krankheitsfall (Entgeltfortzahlungsgesetz)		
EG	Einführungsgesetz/Europäische Gemeinschaft		

EPA	Europäisches Parlament	EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen	EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschr.)
ERA	Entgeltrafmenabkommen	EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
ErfK	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht	EzA-SD	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht-Schnelldienst
ErgBd	Ergänzungsband	EZB	Europäische Zentralbank
Erkl.	Erklärung	f.; ff.	folgende; fortfolgende
Erl.	Erlass/Erläuterung	FA	Fachanwalt Arbeitsrecht (Zeitschr.)/ Finanzamt
ES	Entscheidungssammlung	Fa.	Firma
ESC	Europäische Sozialrechtscharta	Fahrperso- nalG	Gesetz über das Fahrpersonal von Kraftfahrzeugen und Straßenbahnen
ESt	Einkommensteuer	FAK-ArbR	Fachanwaltskommentar Arbeitsrecht
EStB	Der Ertrag-Steuer-Berater (Zeitschr.)	FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
EStG	Einkommensteuergesetz	FamG	Famliengericht
EStH	Einkommensteuerhinweise	FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien	FAO	Fachanwaltsordnung
etc.	et cetera	FD-ArbR	beck-fachdienst Arbeitsrecht
EU	Europäische Union	FernAbsG	Fernabsatzgesetz
EU-DSGVO	EU-Datenschutz-Grundverordnung	FeV	Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr (Fahrerlaubnis-Verordnung)
EuG	Europäisches Gericht Erster Instanz	FF	Forum Familienrecht (Zeitschr.)
EuGH	Europäischer Gerichtshof	FG	Finanzgericht/Freiwillige Gerichtsbarkeit
EuGH Slg.	Entscheidungssammlung des Europäischen Gerichtshofs	FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
EuGHMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte	FGO	Finanzgerichtsordnung
EUR	Euro	FinBeh	Finanzbehörde
EuroEG	Gesetz zur Einführung des Euro	FinMin	Finanzministerium
EUV	Vertrag über die Europäische Union	FinVerw	Finanzverwaltung
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	Fn	Fußnote
EV	Eidesstattliche Versicherung		
evtl.	eventuell		
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft		
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft		
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht		

Abkürzungsverzeichnis

FreizügG/EU	Freizügigkeitsgesetz der EU	GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH-Gesetz)
FS	Festschrift	GmbHR	GmbHRundschau (Zeitschr.)
GBA	Grundbuchamt	GmbH-StB	Der GmbH-Steuer-Berater (Zeitschr.)
GBI	Gesetzblatt	GmS-OGB	Gemeinsamer Senat der Obersten Gerichtshöfe des Bundes
GBO	Grundbuchordnung	GO	Gemeindeordnung/Geschäftsordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts	GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GBR	Gesamtbetriebsrat	GPR	Gesamtpersonalrat
GBV	Gesamtbetriebsratsvereinbarung	grds.	grundsätzlich
GdB	Grad der Behinderung	GrundbuchG	Grundbuchgesetz
GDD	Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherung e. V.	GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschr.)
geänd.	geändert	GRZS	Großer Senat in Zivilsachen
geb.	geboren	GS	Großer Senat/Gedächtnisschrift
GebO	Gebührenordnung	GSBV	Gesamtschwerbehindertenvertretung
GefahrstoffVO	Verordnung zum Schutz vor Gefahrstoffen	GV	Gebührenverzeichnis
gem.	gemäß/gemeinsam	GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GenDG	Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen	GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GenStaAnw	Generalstaatsanwalt	GvKostG	Gerichtsvollzieherkostengesetz
Ges.-Bgr.	Gesetzesbegründung	GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschr.)	h.L.	herrschende Lehre
GewO	Gewerbeordnung	h.M.	herrschende Meinung
GewStG	Gewerbesteuergesetz	Habil.	Habilitation
GewStR	Gewerbesteuerrichtlinien	HaftpflG	Haftpflichtgesetz
GF	Geschäftsführer/in/Grundfläche	HAG	Heimarbeitsgesetz
GG	Grundgesetz	Hdb.	Handbuch
ggf./ggfls.	gegebenenfalls	HdwO	Handwerksordnung
GK	Gemeinschaftskommentar	HeimG	Heimgesetz
GKG	Gerichtskostengesetz	Hess.	Hessisches
GKV	gesetzliche Krankenversicherung	HGB	Handelsgesetzbuch
Gl.	Gläubiger/in	HintO	Hinterlegungsordnung
GleichberG	Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts	Hinw.	Hinweis/e
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		

HIV	Human Immunodeficiency Virus	IGH	Internationaler Gerichtshof
HPR	Hauptpersonalrat	IHK	Industrie- und Handelskammer
HReg	Handelsregister	info also	Informationen zum Arbeitslosen- und Sozialhilferecht (Zeitschr.)
HRG	Hochschulrahmengesetz	inkl.	inklusive
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung (Zeitschr.)	insbes.	insbesondere
Hrsg.	Herausgeber	InsO	Insolvenzordnung
hrsg.	herausgegeben	IP	Internetprotokoll
HRV	Handelsregisterverfügung	IPR	Internationales Privatrecht
Hs.	Halbsatz	IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
HWiG	Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften	IStr	Internationales Steuerrecht. Zeitschrift für europäische und internationale Steuer- und Wirtschaftsberatung
HWK	Handwerkskammer/Henssler/Willemsen/Kalb: Arbeitsrecht. Kommentar	IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe (Zeitschr.)
HZA	Handbuch zum Arbeitsrecht	JA	Jugend- und Auszubildendenversammlung/Juristische Arbeitsblätter (Zeitschr.)
i.A.	im Auftrag	JAO	Juristenausbildungsordnung
i.d.F.	in der Fassung	JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz
i.d.R.	in der Regel	JArbSchUV	Jugendarbeitsschutzuntersuchungsverordnung
i.d.S.	in diesem Sinne	JArbSchV	Jugendarbeitsschutzverordnung
i.E.	im Ergebnis	JAV	Jugend- und Auszubildendenvertretung
i.e.S.	im engeren Sinne	JA VollZO	Verordnung über den Vollzug des Jugendarrestes
i.G.	in Gründung	JBeitrO	Justizbeitreibungsordnung
i.H.v.	in Höhe von	JBl	Justizblatt
i.L.	in Liquidation	JFG	Jahrbuch der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
i.R.d.	im Rahmen des/der	JG	Jugendgericht
i.S.d.	im Sinne des/der	Jg.	Jahrgang
i.S.v.	im Sinne von	JGG	Jugendgerichtsgesetz
i.Ü.	im Übrigen	JÖSchG	Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit
i.V.	in Vertretung	JR	Juristische Rundschau (Zeitschr.)
i.V.m.	in Verbindung mit		
i.W.	in Worten		
i.w.S.	im weiteren Sinne		
i. Vorb.	in Vorbereitung		
IfSG	Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen		

Abkürzungsverzeichnis

JuMiG	Justizmitteilungsgesetz	KR	Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz und zu sonstigen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschr.)		
JurBüro	Juristisches Büro (Zeitschr.)		
jurisPR-ArbR	juris PraxisReport Arbeitsrecht	krit.	kritisch
JuS	Juristische Schulung (Zeitschr.)	KSBV	Konzernschwerbehindertenvertretung
JuSchG	Jugendschutzgesetz	KSchG	Kündigungsschutzgesetz
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschr.)	KSchR	Kündigungsschutzrecht
JZ	Juristenzeitung (Zeitschr.)	KStG	Körperschaftsteuergesetz
K & R	Kommunikation & Recht (Zeitschr.)	Künd	Kündigung
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften	KündFG	Kündigungsfristengesetz
Kap.	Kapitel	Kunst-UrhRG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie
KAPOVAZ	kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit	KV	Kassenärztliche Vereinigung/ Kostenverzeichnis/ Krankenversicherung
KassKomm SozialVR	Kasseler Kommentar Sozialversicherungsrecht	LAG	Landesarbeitsgericht/Lastenausgleichsgesetz
KAUG	Konkursausfallgeld	LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte
KBR	Konzernbetriebsrat	LAGReport	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte (Zeitschr.)
KBV	Konzernbetriebsvereinbarung	lfd.	laufend
KfH	Kammer für Handelssachen	LFZG	Lohnfortzahlungsgesetz
Kfz	Kraftfahrzeug	LG	Landgericht
KG	Kammergericht/Kommanditgesellschaft	LHO	Landeshaushaltsordnung/Leistungs- und Honorarordnung
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien	li. Sp.	linke Spalte
Kind-ArbSchV	Kinderarbeitsschutzverordnung	lit.	litera (Buchstabe)
KJ	Kritische Justiz (Zeitsch.)	Lit.	Literatur
Kj	Kalenderjahr	Lj	Lebensjahr
KO	Konkursordnung	LKA	Landeskriminalamt
KOM	Kommission	LM	Lindenmaier/Möhrig u.a., Loseblatt, Nachschlagewerk des BGH
KonsG	Konsulargesetz	LohnFZG	Lohnfortzahlungsgesetz
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich	LPartG	Landespartnerschaftsgesetz
KostO	Kostenordnung	LPVG	Landespersonalvertretungsgesetz

LReg	Landesregierung	MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
LRG	Landesrundfunkgesetz	MontanMitbest-ErgG	Gesetz zur Ergänzung des Montanmitbestimmungsgesetzes
LRH	Landesrechnungshof	MontanMitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
LRiG	Landesrichtergesetz	MT-Arb	Manteltarifvertrag für Arbeiter und Arbeiterinnen des Bundes
LS/Ls.	Leitsatz	MTB II	Manteltarifvertrag für Arbeiter des Bundes
LSG	Landessozialgericht	MTL II	Manteltarifvertrag für Arbeit der Länder
LSt	Lohnsteuer	MTV	Manteltarifvertrag
LT-Drucks	Landtags-Drucksachen	MuSchG	Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz)
LV	Lebensversicherung	MuSchRiV	Verordnung zum Schutze der Mütter am Arbeitsplatz (Mutterschutzrichtlinienverordnung)
LVA	Landesversicherungsanstalt	MuSchV	Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen
m. Anm.	mit Anmerkung	MüKo	Münchener Kommentar
m.E.	meines Erachtens	MünchArbR	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht
M.M.	Mindermeinung	Münch Hdb. GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
m.V.a.	mit Verweis auf	MwSt	Mehrwertsteuer
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen	n.F.	neue Fassung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen	n.r.	nicht rechtskräftig
m.W.v.	mit Wirkung vom	n.v.	nicht veröffentlicht
MaBV	Makler- und Bauträgerverordnung	NachlG	Nachlassgericht
MarkenG	Markengesetz	NachweisG	Gesetz über den Nachweis der für ein Arbeitsverhältnis geltenden wesentlichen Bedingungen
MaschinenV	Maschinenverordnung	ne.	nichtehelich
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit	NEheIG	Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschr.)	NJ	Neue Justiz (Zeitschr.)
MDSStV	Mediendienste-Staatsvertrag		
MedR	Medizinrecht		
MiLoG	Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz)		
MinBl	Ministerialblatt		
mind.	mindestens		
MindArb-BedG	Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen		
Mio.	Million		
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer		
Mitt.	Mitteilungen		

Abkürzungsverzeichnis

NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift	OLGE	Entscheidungssammlung der Oberlandesgerichte
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschr.)	OLGR	OLG-Report
NJWE	NJW-Entscheidungsdienst	OVG	Oberverwaltungsgericht
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report	OWi	Ordnungswidrigkeit
NomosK-ArbR	Däubler/Hjort/Schubert/Wolmerath: Arbeitsrecht. Handkommentar	OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis	p.a.	pro anno
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
Nr.	Nummer	PatG	Patentgesetz
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht	PAuswG	Gesetz über Personalausweise
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht	PBefG	Personenbeförderungsgesetz
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report	PersR	Der Personalrat (Zeitschr.)
NW	Nordrhein-Westfalen	PersV	Die Personalvertretung (Zeitschr.)
NWB	Neue Wirtschaftsbriefe (Zeitschr.)	PersVG	Personalvertretungsgesetz
NWVBl	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter	Pflege-ArbbV	Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche
NWVerf	Nordrhein-Westfälische Landesverfassung	PflegeV	Pflegeversicherung
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht	PFIVG	Pflichtversicherungsgesetz
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report	PHI	Produkt- und Umwelthaftpflicht international
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht	PKH	Prozesskostenhilfe
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht	PKV	Prozesskostenvorschuss
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht	Pkw	Personenkraftwagen
o.a.	oben angegeben/angeführt	PolG	Polizeigesetz
o.Ä.	oder Ähnliches	PR	Personalrat
o.g.	oben genannt	PrKV	Preisklauselverordnung
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht	ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
OFD	Oberfinanzdirektion	Prot.	Protokoll
OHG	Offene Handelsgesellschaft	PSA-V	Persönliche Schutzausrüstungsbenutzungs-Verordnung
OLG	Oberlandesgericht	PStG	Personenstandsgesetz
		PSV	Pensionssicherungsverein
		PSVaG	Pensionssicherungsverein auf Gegenseitigkeit
		PublG	Publizitätsgesetz
		pVV	positive Vertragsverletzung

PWW	Prütting/Wegen/Weinreich: BGB. Kommentar	RöntgenVO	Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen (Röntgenverordnung)
r + s	Recht und Schaden (Zeitschr.)	RPflAnpG	Rechtspflegeanpassungsgesetz
RA	Rechtsanwalt	Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschr.)
RabG	Gesetz über Preisnachlässe	RPflG	Rechtspflegergesetz
RBerG	Rechtsberatungsgesetz	RR	Rechtssprechungsreport
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschr.)	RRG	Rentenreformgesetz
RdErl	Runderlass	Rs.	Rechtssache
Rdn	interne Randnummer	Rspr.	Rechtssprechung
RdSchr	Rundschreiben	RStBl	Reichssteuerblatt
RDV	Recht der Datenverarbeitung (Zeitschr.)	RTV	Rahmentarifvertrag
RefE	Referentenentwurf	RÜ	Rechtssprechungsübersicht (Zeitschr.)
re. Sp.	rechte Spalte	rückw.	rückwirkend
Recht	Das Recht (Zeitschr.)	RuP	Recht und Politik (Zeitschr.)
rechtskr.	rechtskräftig	RV	Rentenversicherung
RechtsVO	Rechtsverordnung	RWS	Kommunikationsforum Recht-Wirtschaft-Steuern
Red.	Redaktion	RzK	Rechtssprechung zum Kündigungsrecht
Reg.	Regierung/Register	S.	Satz/Seite
RegBl	Regierungsblatt	s.	siehe
RegEntw	Regierungsentwurf	SAE	Sammlung Arbeitsrechtlicher Entscheidungen (Zeitschr.)
RG	Reichsgericht	SB	Sonderbeilage
RGBI	Reichsgesetzblatt	SBG	Soldatenbeteiligungsgesetz
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen	SBV	Schwerbehindertenvertretung
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen	SCE	Societas Cooperative Europaea/-Europäische Genossenschaft
Ri	Richter	ScheckG	Scheckgesetz
RiA	Das Recht im Amt (Zeitschr.)	Schuld- RModG	Schuldrechtsmodernisierungsgesetz
RiAG	Richter am Amtsgericht	Schwarz- ArbG	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren	SchwAwV	Schwerbehindertenausweisverordnung
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschr.)		
RL	Richtlinie		
Rn	externe Randnummer		

Abkürzungsverzeichnis

SchwBG	Schwerbehindertengesetz	Slg.	Sammlung
SE	Societas Europaeae/Europäische Gesellschaft	sog.	sogenannte/r/s
SEBG	Societas Europaeae-Beteiligungsgesetz	SozR	Sozialrecht, Entscheidungssammlung
SeeaufgG	Seeaufgabengesetz	SP	Schaden-Praxis (Zeitschr.)
SEEG	Gesetz zur Einführung der Europäischen Gesellschaft	Sp.	Spalte
SeemG	Seemannsgesetz	SprAuG	Sprecherausschussgesetz
SG	Soldatengesetz/Sozialgericht	st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
SGB	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschr.)	StA	Staatsanwaltschaft
SGB I	Sozialgesetzbuch Erstes Buch – Allgemeiner Teil –	StAZ	Das Standesamt. Zeitschrift für Standesamtswesen, Familienrecht, Staatsangehörigkeitsrecht, Personenstandsrecht, internationales Privatrecht des In- und Auslands
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitssuchende –	StB	Steuerberater/Der Steuerberater (Zeitschr.)
SGB III	Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung –	StBerG	Steuerberatungsgesetz
SGB IV	Sozialgesetzbuch Viertes Buch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung –	Stbg.	Steuerberatung
SGB V	Sozialgesetzbuch Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung –	stfr	steuerfrei
SGB VI	Sozialgesetzbuch Sechstes Buch – Gesetzliche Rentenversicherung –	StGB	Strafgesetzbuch
SGB VII	Sozialgesetzbuch Siebtes Buch – Gesetzliche Unfallversicherung –	Stkl	Steuerklasse
SGB VIII	Sozialgesetzbuch Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe –	stl	steuerlich
SGB IX	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen –	Stpfl	Steuerpflichtige/r
SGB X	Sozialgesetzbuch Zehntes Buch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz –	StPO	Strafprozessordnung
SGB XI	Sozialgesetzbuch Elftes Buch – Soziale Pflegeversicherung –	StR	Steuerrecht/Strafrecht
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe –	str.	streitig
SGG	Sozialgerichtsgesetz	StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschr.)
SigG	Signaturgesetz	StuB	Steuern und Bilanzen (Zeitschr.)
		StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschr.)
		StV	Strafverteidiger/Der Strafverteidiger (Zeitschr.)
		StVG	Straßenverkehrsgesetz
		StVO	Straßenverkehrsordnung
		StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung
		SV	Sachverständige/r
		SvEV	Sozialversicherungsentgeltverordnung

TDDSG	Gesetz über den Datenschutz bei Telediensten (Teledienstschutzgesetz)	usw.	und so weiter
		UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
TDG	Gesetz über die Nutzung von Telediensten (Teledienstgesetz)	UVV	Vorschriften über die Unfallverhütung
TierSchG	Tierschutzgesetz	UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
TKG	Telekommunikationsgesetz	v.	vom
TKO	Telekommunikationsordnung	v.H.	vom Hundert
TKV	Telekommunikations-Kundenschutzverordnung	VA	Verwaltungsakt
TL	Tariflohn	VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
TV	Tarifvertrag	Var.	Variante
TVG	Tarifvertragsgesetz	VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
TV-L	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder	VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
TVO	Tarifvertragsordnung	VerbrKr-RL	Richtlinie zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherkredit
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst	VereinsG	Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts
TzBfG	Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (Teilzeit- und Befristungsgesetz)	verf.	verfasst
u.a.	unter anderem/und andere	Verf.	Verfasser/Verfassung
u.Ä.	und Ähnliches	VerfO	Verfahrensordnung
u.E.	unseres Erachtens	VerglO	Vergleichsordnung
u.U.	unter Umständen	VermBG	Gesetz zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer
UÄndG	Unterhaltsänderungsgesetz	Veröff.	Veröffentlichung
umstr.	umstritten	VersAusglG	Gesetz über den Versorgungsausgleich
UmwG	Umwandlungsgesetz	VersPrax	Versicherungspraxis (Zeitschr.)
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz	VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht
Univ.	Universität	Verz.	Verzeichnis
unstr.	unstreitig	Verzug-RL	Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr
unv.	unveröffentlicht	Vfg.	Verfügung
UrhG	Urheberrechtsgesetz	VG	Verwaltungsgericht/Verwertungsgesellschaft
urspr.	ursprünglich		
Urt.	Urteil		
USt	Umsatzsteuer		
UStG	Umsatzsteuergesetz		
UStR	Umsatzsteuer-Richtlinien		

Abkürzungsverzeichnis

VGH	Verfassungsgerichtshof/ Verwaltungsgerichtshof	WO	Wahlordnung
vgl.	vergleiche	WPfIG	Wehrpflichtgesetz
VGrS	Vereinigter Großer Senat	WRV	Weimarer Verfassung
VO	Verordnung	z.B.	zum Beispiel
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen	z.H.	zu Händen
VOBl	Verordnungsblatt	z.T.	zum Teil
Vorbem.	Vorbemerkung	ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
vorl.	vorläufig	ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Asylpolitik
VormG	Vormundschaftsgericht	ZBVR	Zeitschrift für Betriebsverfassungs- recht
Vorst.	Vorstehendem	Zeitschr.	Zeitschrift
VStG	Vermögenssteuergesetz	ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
VStR	Vermögenssteuer-Richtlinien	ZfPR	Zeitschrift für Personalvertretungs- recht
VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschr.)	zfs	Zeitschrift für Schadensrecht
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit	ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen
VVG	Versicherungsvertragsgesetz	ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
VW	Zeitschrift für die gesamte Versiche- rungswirtschaft	ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuld- recht
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung	ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz	Ziff.	Ziffer
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz	ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insol- venzrecht
Wahlver- einfG	Gesetz zur Vereinfachung der Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat	ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
WechselG	Wechselgesetz	zit.	zitiert
WEG	Wohnungseigentumsgesetz/ Wohnungseigentümergeinschaft	ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
WGG	Wegfall der Geschäftsgrundlage/ Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz	ZPO	Zivilprozessordnung
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung (Zeitschr.)	ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht
WiR	Wirtschaftsrecht (Zeitschr.)	ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
wistra	Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht	zust.	zustimmend
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschr.)	zzgl.	zuzüglich
		zzt.	zurzeit

§ 1a Individualarbeitsrecht – Teil 1

Inhalt	Rdn	Rdn
A. Anbahnung des Arbeitsverhältnisses	1	
I. Stellenausschreibung	1	
1. Allgemeine Gleichbehandlung (AGG)	2	l) Gewerkschaftszugehörigkeit 97
2. Gleichstellung	13	m) Homosexualität
3. Teilzeit (TzBfG)	15	n) Raucher/Nichtraucher
4. Schwerbehinderte Menschen (SGB IX)	16	o) Politische Einstellung/Partei-zugehörigkeit
5. Betriebsrat (§§ 80 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2a, 92 ff., 99 Abs. 1 BetrVG; § 15 Abs. 3 AGG)	21	p) Religion
6. Beschäftigungs- und Abschlussver-bote	26	q) Schwangerschaft
7. Erstellung eines Anforderungsprofils	28	r) Scientology
a) Unmittelbare/Mittelbare Diskri-minierung	30	s) Sicherheit/Verfassungstreue
b) Rechtmäßiges Ziel	34	t) Vorstrafen/Führungszeugnis/ Strafhaft
8. Stellenanzeige	37	u) Wehrdienst/Zivildienst
a) Einschaltung Dritter	38	v) Wettbewerbsverbote
aa) Zurechnung	39	w) Wirtschaftliche Verhältnisse/ Vermögen/Pfändungen
bb) Auskunft	43	9. Testverfahren
b) Platzierung von Anzeigen	44	10. Informationserhebung bei Dritten ...
c) Gestaltungsempfehlung	45	a) Backgroundchecks
II. Bewerbungsverfahren	47	b) Terrorismuslisten-Screening
1. Bewerbungsunterlagen	47	c) Internetrecherche
2. Vorstellungsgespräch	52	d) Frühere Arbeitgeber
3. Fragerecht/Offenbarungspflicht	55	e) Ärztliche, psychologische oder grafologische Untersuchungen ..
4. Gestuftes Frageverfahren	60	11. Auswahl/Ablehnung
5. Beteiligung des Betriebsrats/Haf-tungsprivileg	63	III. Formulierungsbeispiele/Muster
6. Vorvertragliches Verhältnis	65	B. Arbeitsvertrag
7. Dokumentation und Datenschutz	68	I. Allgemeine Erläuterungen zum
a) Grundsätze Datenschutz im Be-schäftigungsverhältnis	68	Klausel ABC
b) Bundesdatenschutzgesetz und DSGVO	70	1. Wesen des Arbeitsvertrags
8. Einzelne Fragen	72	a) Begriff des Arbeitsvertrags
a) Alkohol/Drogen	72	b) Abgrenzung zu sonstigen Ver-tragstypen
b) Alter	74	2. Parteien des Arbeitsvertrags
c) Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis	75	a) Arbeitnehmerbegriff
d) Befristetes Arbeitsverhältnis ohne Sachgrund	76	aa) Begriffsbestimmung
e) Behinderung/Schwerbehinderung	77	bb) Besondere Personengruppen
f) Beruflicher Werdegang/Ausbil-dung/Frühere Arbeitsverhält-nisse	82	(1) Arbeiter und Angestellte
g) Berufliche Verfügbarkeit/ Nebentätigkeit	85	(2) Leitende Angestellte ...
h) Familienstand/Heiratsabsichten/ Kinderwunsch	87	(3) Arbeitnehmerähnliche Personen
i) Gehaltshöhe	89	(4) Auszubildende, Volon-täre, Praktikanten
j) Geschlecht/Genetische Veranlagung	90	(5) Heimarbeiter
k) Gesundheitszustand/Erkrankung	91	(6) Crowdworker/Plattform-arbeit
		b) Arbeitgeberbegriff
		3. Formen des Arbeitsverhältnisses
		a) Probearbeitsverhältnis
		b) Teilzeit- und befristetes Arbeits-verhältnis
		c) Leiharbeitsverhältnis
		d) Mittelbares Arbeitsverhältnis ...
		e) Gruppenarbeitsverhältnis

	Rdn		Rdn
4. Arbeitsvertrag als Verbraucher-		b) Erscheinungsformen einzelver-	
vertrag	174	traglicher Abtretungsverbote	222
5. Inhaltskontrolle von Arbeitsver-		c) Wirksamkeitsgrenzen.....	224
trägen	175	d) Folgen eines Verstoßes gegen das	
a) Kontrolle vorformulierter		Abtretungsverbot	228
Arbeitsvertragsbedingungen.....	176	e) Formulierungsbeispiel: Kosten-	
aa) Gegenstand der AGB-		tragung bei Verfügungen über	
Kontrolle.....	176	Vergütungsansprüche.....	230
bb) Vorliegen allgemeiner		3. Abwerbverbot	231
Geschäftsbedingungen.....	181	a) Hintergrund	231
cc) Einbeziehung in den		b) Rechtliche Grundlagen	234
Arbeitsvertrag.....	184	aa) Allgemeines/Einleitung.....	234
dd) Unklarheitenregel.....	186	bb) Vertragliches Abwerbe-	
ee) Durchführung der Ange-		verbot für die Dauer des	
messenhaitskontrolle	187	Arbeitsverhältnisses	237
(1) Umfang der Inhaltskont-		cc) Vertragliches Abwerbverbot	
rolle (§ 307 Abs. 3 BGB)	188	für die Zeit nach dem Ende	
(2) Besondere Klausel-		des Arbeitsverhältnisses.....	244
verbote der §§ 308,		(1) Verbot der Abwerbung	
309 BGB.....	192	bei eigener späterer	
(3) Angemessenheitskont-		Selbstständigkeit (eigen-	
rolle gem. § 307 Abs. 1		nütziges Verbot)	247
S. 1, Abs. 2 BGB	193	(2) Verbot der Abwerbung	
(4) Transparenz- und Be-		für einen späteren Ar-	
stimmtheitsgebot gem.		beitgeber des Arbeitneh-	
§ 307 Abs. 1 S. 2 BGB ..	197	mers (fremdnütziges	
ff) Berücksichtigung arbeits-		Verbot).....	250
rechtlicher Besonderheiten		dd) Einstellungsverbote.....	252
nach § 310 Abs. 4 S. 2 BGB	199	c) Muster	253
(1) Geltungsbereich des		aa) Klausel im Rahmen eines	
§ 310 Abs. 4 S. 2 BGB ..	200	Arbeitsvertrags.....	253
(2) Konkretisierung der		bb) Klausel im Rahmen eines	
arbeitsrechtlichen		Aufhebungs-/Abwicklungs-	
Besonderheiten	201	vertrags	254
(3) „Angemessene“		4. Änderung von Arbeitsbedingungen .	255
Berücksichtigung der		5. Aktienoptionen	256
Besonderheiten	204	a) Allgemeines	256
gg) Rechtsfolgen der Nichtein-		b) Aktienoptionsplan	261
beziehung und Unwirk-		c) Erläuterungen.....	262
samkeit.....	205	aa) Ausgestaltung des Aktien-	
(1) Verbot der geltungs-		optionsplans.....	262
erhaltenden Reduktion..	206	bb) Festlegung der Bezugs-	
(2) Sog. blue-pencil-Test... ..	208	berechtigten.....	263
(3) Ergänzende		cc) Umfang der Aktienoptionen	267
Vertragsauslegung	209	dd) Freiwilligkeit der Aktien-	
(4) Vertrauensschutz bei		optionsgewährung	268
Altverträgen.....	211	ee) Vereinbarung von Warte-	
(5) Kein Schutz des		und Haltefristen.....	269
Arbeitgebers	214	ff) Festlegung von Ausübungs-	
b) Kontrolle von Einzelarbeits-		zeiträumen	271
bedingungen	215	gg) Festlegung von Ausübungs-	
II. Musterarbeitsvertrag	216	voraussetzungen	272
III. Musterarbeitsvertrag Leitende		hh) Festlegung des Bezugs-	
Angestellte	219	preises.....	273
IV. Einzelne Arbeitsvertragsklauseln	220	ii) Festlegung von Verfügungs-	
1. Abrufarbeit	220	beschränkungen.....	274
2. Abtretungsverbot	221	jj) Festlegung von Verfallklaus-	
a) Allgemeines	221	eln	276

	Rdn		Rdn
6. Allowances	282	(3) Eingriffsnormen, Art. 9 Rom I-VO.....	333
7. Altersteilzeit	283	(4) Zusammenfassung	334
8. Anrechnung (Betriebszugehörigkeit, Krankheit und Urlaub).....	284	bb) Sozialversicherungsrecht ...	335
a) Allgemeines	284	cc) Dokumente.....	339
b) Anrechnung anderweitiger Betriebszugehörigkeit	285	dd) Steuerrecht	340
aa) Vereinbarung der Anrech- nung.....	286	ee) Gerichtsstandvereinbarung .	341
bb) Umfang der Anrechnungs- vereinbarung	288	ff) Vergütung und Währungs- klausel	342
cc) Anrechnungsvereinbarung und Sozialauswahl.....	289	gg) Aufenthaltsbestimmungen..	343
dd) Anrechnungsvereinbarung und betriebliche Altersver- sorgung	290	hh) Betriebsverfassungsrecht ...	344
c) Anrechnung auf Urlaub.....	291	ii) Feiertagsruhe und Arbeits- schutz	345
aa) Dispositivität (nur) des vertraglichen Zusatzurlaubs .	292	12. Arbeitnehmererfindungen	346
bb) Anrechnung von Krank- heitstagen	293	a) Allgemeines	346
cc) Anrechnung von Rehabilita- tionsmaßnahmen	296	b) Vertragsgestaltung außerhalb des Arbeitsrechts.....	347
9. Anrechnungsvorbehalt Tariflohn- erhöhung.....	298	c) Formulierungsbeispiel.....	348
a) Erläuterungen.....	298	13. Arbeitnehmerüberlassung	349
b) Musterformulierung	299	14. Arbeitsaufnahme	350
10. Anwesenheitsprämien (inklusive § 4a EFZG)	300	a) Arbeitsverhältnis und Arbeits- vertrag	350
a) Allgemeines	300	aa) Vertragstheorie	350
b) Abgrenzung.....	306	bb) Arbeitsverhältnis aufgrund gesetzlicher Regelung	357
aa) Fehlzeiten aus Krank- heitsgründen	306	b) Beginn des Arbeitsverhältnisses; Tätigkeitsaufnahme; Einstellung	358
bb) Fehlzeiten aus anderen Gründen.....	307	aa) Vereinbarter Beginn des Arbeitsverhältnisses und Nachweis.....	358
c) Entwicklung der Rechtsprechung.....	311	bb) Tätigkeitsaufnahme als Be- dingung für Beginn des Arbeitsverhältnisses?	360
d) Grenzen des Kürzungsrechts	314	cc) Vertragsanbahnung	365
e) Kollektivrechtliche Aspekte.....	322	dd) Begriff der „Einstellung“ ...	369
f) Zusammenfassung.....	324	(1) Einstellung aufgrund Arbeitsvertrags.....	373
g) Klauseln	325	(2) Einstellung ohne Arbeitsvertrag	374
11. Arbeiten (mobil) im Ausland (EU-Binnenland)	327	(3) Fehlende Zustimmung des Betriebsrats	375
a) Allgemeines	327	c) Betriebszugehörigkeit	379
b) Arbeitsvertrag über mobiles Arbeiten im Ausland (EU-Binnenland)	328	d) Kündigung vor vereinbarter Arbeitsaufnahme	386
c) Erläuterungen.....	329	e) Arbeitsaufnahme und Sozialver- sicherungsrecht: „Eintritt in das Beschäftigungsverhältnis“.....	391
aa) Anwendbares Zivilrecht ...	329	f) Formulierungsbeispiel.....	395
(1) Grundsatz der freien Rechtswahl, Art. 8 Abs. 1 S. 1 Rom I-VO ..	330	15. Arbeitsbereitschaft.....	396
(2) Keine Abweichung von zwingenden Arbeitneh- merschutzvorschriften, Art. 8 Abs. 1 S. 2 Rom I-VO	331	16. Arbeitsort	397
		a) Allgemeines	397
		aa) Arbeitsort ohne vertragliche Regelung: Direktionsrecht des Arbeitgebers?.....	398
		bb) Vertragliche Festlegung des Arbeitsorts: Einschränkung des Direktionsrechts	403

	Rdn		Rdn
cc) Vertragliche Erweiterung des Direktionsrechts hinsichtlich des Arbeitsorts	406	h) Leistungsverweigerungsrechte des Arbeitgebers	505
dd) Ausübungskontrolle	412	aa) Normzweck	505
ee) Zusammenhang zwischen vertraglichen Regelungen zum Arbeitsort und Kündigungsschutz	416	bb) Verletzung der Mitteilungs- und Nachweispflichten	506
ff) Wohnortklauseln	422	cc) Verhinderung des Anspruchsübergangs	507
b) Formulierungsbeispiele	423	dd) Kein Vertretenmüssen	509
17. Arbeitsunfähigkeit	428	i) Arbeitsunfähigkeit	510
a) Begriff der „krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit“	428	18. Arbeitszeit	511
aa) Krankheit und Arbeitsunfähigkeit	429	a) Allgemeines	511
bb) Teilarbeitsfähigkeit?	432	aa) Dauer der Arbeitszeit	511
cc) Erwerbsminderung	435	(1) Regelungsbefugnis der Arbeitsvertragsparteien	511
b) Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	436	(2) Grenzen der Regelungsbefugnis	518
aa) Anspruch auf Entgeltfortzahlung	436	(3) Besonderheiten bei leitenden Angestellten	522
bb) Voraussetzungen für die Entgeltfortzahlung	439	(4) Besonderheiten bei einem Arbeitsvertrag mit flexiblem Arbeitszeitanteil	524
(1) Vierwöchiger Bestand des Arbeitsverhältnisses	439	(5) Besonderheiten bei der Kurzarbeit	530
(2) Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit (sog. „Monokausalität“)	440	bb) Lage der Arbeitszeit	534
(3) Kein Verschulden	442	(1) Direktionsrecht des Arbeitgebers	534
(4) Arztbesuche	450	(2) Grenzen des Direktionsrechts	536
c) Entgeltfortzahlung bei Organ- oder Gewebespende	451	(3) Besonderheiten bei Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit	539
d) Dauer der Entgeltfortzahlung	455	(4) Besonderheiten bei Gleitzeit	541
e) Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	459	b) Formulierungsbeispiele	544
aa) Modifiziertes Entgeltausfallprinzip	459	19. Arbeitszeitkonten	545
(1) Zeitfaktor	462	20. Ärztliche Untersuchung	546
(2) Geldfaktor	464	a) Allgemeines	546
bb) Kürzung von Sondervergütungen	470	aa) Pflichtuntersuchungen aufgrund von Gesetz bzw. Tarifvertrag	547
cc) Kollisionsregeln: Entgeltfortzahlung vs. Feiertage; Entgeltfortzahlung vs. Kurzarbeit	477	bb) Einstellungsuntersuchung	553
dd) Unabdingbarkeit und Günstigkeitsvergleich	480	cc) Ärztliche Untersuchung im bestehenden Arbeitsverhältnis	563
f) Anzeige- und Nachweispflichten	486	b) Formulierungsbeispiele	570
aa) Normzweck	486	21. Aufschiebende und auflösende Bedingung	571
bb) Mitteilungspflichten	487	a) Allgemeines	571
cc) Nachweispflichten: Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	489	b) Wirksamkeitsvoraussetzungen	572
dd) Mitteilungs- und Nachweispflichten bei Erkrankung im Ausland	497	aa) Aufschiebende Bedingung	572
g) Forderungsübergang bei Dritthaftung	503	bb) Auflösende Bedingung	576
		c) Muster	584
		22. Aufrechnungsverbot	585
		a) Einführung	585
		b) Klauselvarianten	599
		c) Hinweise und Anmerkungen	601
		23. Aufwendungsersatz	604

	Rdn		Rdn
a) Allgemeines	604	ff) § 9 Anpassung laufender Leistungen	678
b) Aufwendungsersatz	608	gg) § 10 Vorbehalte	679
c) Erläuterungen	609	hh) § 11 Rückdeckungsver- sicherung	680
aa) Vorstellungskosten	609	d) Direktversicherung – Zusage einer Versorgung durch Direkt- versicherung	681
bb) Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	612	e) Erläuterungen	682
cc) Reisekosten	614	aa) § 2 Versorgungsberechtigte bb) § 3 Überschussanteile	683 685
dd) Unfallschäden	615	cc) § 6 Beitragszahlung	687
ee) Sanktionen und Bußgelder ..	617	dd) § 7 Vorzeitige Beendigung des Arbeitsverhältnisses ..	688
ff) Dienstbekleidung	618	f) Entgeltumwandlung – Umwand- lung von Barbezügen in eine Direktversicherung	689
gg) Erstattung von Berufsaus- übungskosten	622	g) Erläuterungen	690
24. Ausbildung	623	aa) Allgemeines	690
25. Aushilfe	624	bb) § 1 Entgeltverzicht	691
26. Auslandsentsendung	625	33. Öffnungsklauseln für Betriebsver- einbarungen	692
27. Ausschlussfristen	626	a) Allgemeines	692
a) Allgemeines	626	b) Formulierungsbeispiele	697
b) Erscheinungsformen	627	34. Beurlaubung	700
c) Wirksamkeitsgrenzen	628	35. Beweislastvereinbarung	701
aa) Reichweite der Ausschluss- klausel	629	a) Allgemeines	701
bb) Form der Geltendmachung des Anspruchs	638	b) Formulierungsbeispiele	703
cc) Überraschende Klauseln/ Transparenzgebot	640	c) Erläuterungen	704
dd) Länge der Ausschlussfristen	641	aa) Zulässigkeit von Tatsachen- bestätigungen	704
d) Formulierungsbeispiele	642	bb) Bestätigung der gesundheit- lichen Eignung	705
28. Befristung	643	cc) Bestätigung des Empfangs einer Urkunde	706
29. Befristung einzelner Arbeitsbedin- gungen	644	dd) Bestätigung der rechtlichen Aufklärung	708
a) Allgemeines	644	ee) Bestätigung der Vollstän- digkeit eines Vertrags	709
b) Wirksamkeitsvoraussetzungen ..	646	36. Bezugnahme (Tarifverträge, Be- triebsvereinbarung, Richtlinien etc.)	711
aa) Inhaltliche Anforderungen ..	646	37. Bonus	712
bb) Formale Anforderungen ..	650	a) Allgemeines	712
c) Formulierungsbeispiel	651	b) Provisionsregelungen	713
30. Beratervertrag	652	c) Erläuterungen	714
31. Bereitschaftsdienst	653	aa) Arbeitsvertragliche Provisi- onsvereinbarung	714
a) Abgrenzung zu anderen Arbeits- zeitmodellen	654	bb) Provisionspflichtige Geschäfte	716
b) Bereitschaftsdienst	656	cc) Entstehung des Provisions- anspruchs	717
c) Arbeitszeitrechtliche Bewertung	657	dd) Höhe des Provisionsatzes ..	720
d) Vergütung des Bereitschafts- dienstes	658	ee) Kausalität für den Geschäftsabschluss	721
e) Vertragsgestaltung	659	ff) Fälligkeit des Provisions- anspruchs	723
f) Bereitschaftsdienst	660	gg) Rückzahlung von Provisi- ons(vorschuss)zahlungen ...	724
32. Betriebliche Altersversorgung	661		
a) Allgemeines	661		
b) Direktzusage – Zusage einer Versorgung durch den Arbeit- geber	672		
c) Erläuterungen	673		
aa) § 1 Wartezeit	673		
bb) § 2 Versorgungsfälle	674		
cc) § 3 Höhe der Versorgung ..	675		
dd) § 4 Anrechenbare Dienst- jahre	676		
ee) § 5 Ruhegeldfähiges Einkommen	677		

	Rdn		Rdn
hh) Überhangprovisionen	725	dd) Anpassung der Darlehens-	
ii) Änderung der Provisions-		bedingungen bei Beendigung	
vereinbarung	726	des Arbeitsverhältnisses	770
jj) Auskunftsanspruch des Ar-		40. Datenschutz	772
beitnehmers	727	a) Allgemeines	772
d) Prämienregelungen	728	b) Datenerhebung, -verarbeitung	
e) Erläuterungen	729	und -nutzung für Zwecke des	
aa) Grundsätze des Prä-		Beschäftigungsverhältnisses	
mienlohns	729	(§ 26 Abs. 1 BDSG)	773
bb) Bezugsgröße des Prä-		aa) Sachlicher Anwendungs-	
mienlohns	732	bereich des § 26 Abs. 1	
cc) Änderung des Prämienlohn-		BDSG	774
systems	733	bb) „Erforderlichkeit“ der Da-	
dd) Gesetzliche Leistungslohn-		tenerhebung, -verarbeitung	
verbote	734	und -nutzung i.S.d. § 26	
f) Zulagen	735	Abs. 1 BDSG	775
g) Erläuterungen	736	cc) Prävention und Aufdeckung	
aa) Grundlagen der Gewährung		von Straftaten (§ 26 Abs. 1	
von Zulagen	736	S. 1 BDSG)	780
bb) Nachträgliche Abänderung		c) Einwilligung gem. § 26 Abs. 2	
der Zulage	737	BDSG	782
cc) Tätigkeitsbezogene		d) Andere datenschutzrechtliche	
Zulagen	738	Erlaubnistatbestände	783
h) Ermessensbonus	739	e) Datenübermittlung an Dritte	784
i) Erläuterungen	740	f) Mitbestimmung	785
aa) Grundlagen der Gewährung		g) Rechte des Arbeitnehmers	786
von Ermessensboni	740	h) Verpflichtung auf die Vertrau-	
bb) Festlegung der Höhe der		lichkeit	787
Bonuszahlung	742	i) Formulierungsbeispiele	788
j) Incentive-Regelungen	744	aa) Einwilligung gem. § 26	
k) Erläuterungen	745	Abs. 2 BDSG	788
aa) Grundsätze der Incentive-		bb) Einwilligung gem. § 4a	
Vergütung	745	BDSG für die Nutzung von	
bb) Steuer- und sozialversiche-		Telekommunikationsanlagen	789
rungsrechtliche Behandlung	747	cc) Verpflichtungserklärung zur	
cc) Freiwilligkeitsvorbehalt	748	Wahrung der Vertraulichkeit	
38. Compliance	749	bei der Verarbeitung per-	
a) Allgemeines	749	sonenbezogener Daten	
b) Arbeitsrechtliche		durch nicht-öffentliche Stel-	
Compliance	750	len	790
c) Arbeitsrechtliche Implementie-		dd) Rahmenbetriebsvereinba-	
rung von Compliance-Regeln ...	751	rung	791
aa) Vereinbarung	752	41. Dienstkleidung	792
bb) Direktionsrecht	753	a) Hintergrund	792
cc) Betriebsvereinbarung	754	b) Rechtliche Grundlagen	794
d) Muster: Betriebsvereinbarung		aa) Verpflichtung zum Tragen	
„Verhaltenskodex“	755	von Dienstkleidung	794
39. Darlehen	756	bb) Regelungen zur Beschaf-	
a) Allgemeines	756	fung von Dienstkleidung ...	797
b) Arbeitgeberdarlehen	760	cc) Kostentragung	800
c) Erläuterungen	763	c) Muster	806
aa) Verzinslichkeit des Darle-		42. Dienstreise	809
hens	763	a) Hintergrund	809
bb) Regelung der Rückzah-		b) Rechtliche Grundlagen	810
lungsverpflichtung	765	aa) Verpflichtung zur Durch-	
cc) Rückzahlungsverpflichtung		führung von Dienstreisen ...	810
bei Beendigung des Arbeits-		bb) Vergütungspflicht	812
verhältnisses	767	cc) Arbeitszeitfragen	819

	Rdn		Rdn
dd) Kostentragung	820	g) Erläuterungen	881
ee) Beteiligungsrechte des BR ..	823	aa) Anspruchsübergang bei	
c) Muster	824	Schädigung durch Dritte	881
43. Dienstvertrag	825	bb) Begrenzung des Anspruchs-	
44. Dienstwagen/Pkw	826	übergangs	883
45. Direktionsrecht	827	cc) Keine Benachteiligung	
a) Einführung	827	durch Anspruchsübergang ..	886
b) Klauselvarianten	836	dd) Einwendungen gegen Scha-	
c) Hinweise und Anmerkungen: ...	839	densersatzanspruch	887
aa) Einschränkung des Direkti-		ee) Mitwirkungspflichten des	
onsrechts	839	Arbeitnehmers	888
bb) Bestätigung des gesetzlichen		50. Entgeltumwandlung	889
Direktionsrechts	840	51. Entsendung	890
cc) Erweiterung des Direktions-		52. Fiktion	891
rechts	841	a) Allgemeines	891
dd) Entscheidung nach billigem		b) Zugangsfiktion	892
Ermessen	842	c) Erläuterungen	893
46. Direktversicherung	843	aa) Gesetzliche Regelung des	
47. Direktzusage	844	Zugangs von Willenserklä-	
48. E-Mail-/Internet-Nutzung	845	rungen	894
a) E-Mail-/Internet-Nutzung durch		bb) Fiktion des Zugangs	895
Arbeitnehmer	845	cc) Fiktion des Zugangs bei Zu-	
b) Zulässigkeit der E-Mail-/Inter-		gangsvereitelung	896
net-Nutzung für dienstliche		dd) Verpflichtung zur Kenntnis-	
Zwecke	847	nahme innerbetrieblicher	
c) Unzulässigkeit der E-Mail-/		Mitteilungen	900
Internet-Nutzung für private		d) Erklärungs- und Zustimmung-	
Zwecke	849	fiktion	901
d) Vereinbarung über die E-Mail-/		e) Erläuterungen	902
Internet-Nutzung im Arbeitsver-		aa) Vereinbarung der Fiktions-	
trag	852	wirkung	903
e) Formulierungsbeispiele	859	bb) Hinweis auf die Fiktions-	
aa) Verbot der privaten Nutzung	859	wirkung	904
bb) Eingeschränkte Zulassung		cc) Angemessenheit der Erklä-	
der privaten Nutzung	860	rungsfrist	905
49. Entgeltfortzahlung	861	dd) Inhaltliche Angemessenheit	
a) Allgemeines	861	der Fiktionsvereinbarung ...	906
b) Dauer der Entgeltfortzahlung ...	862	53. Fortbildungspflicht	910
c) Erläuterungen	863	54. Freistellung	911
aa) Gesetzlicher Anspruch auf		a) Allgemeines	911
Entgeltfortzahlung	863	aa) Erscheinungsformen	911
bb) Wartezeit	864	bb) Urlaubsansprüche	914
cc) Verlängerung der An-		cc) Freizeitausgleichsansprüche	918
spruchsdauer	865	dd) Anderweitiges Einkommen	919
dd) Krankengeldzuschuss	868	ee) Vertragliches Wettbewerbs-	
d) Anzeige- und Nachweispflichten	870	verbot	920
e) Erläuterungen	871	ff) Sozialversicherungsrechtli-	
aa) Gesetzliche Pflichten bei		che Folgen	921
Arbeitsunfähigkeit	871	b) Wirksamkeitsgrenzen	923
bb) Pflicht zur Anzeige der Ar-		c) Formulierungsbeispiele	926
beitsunfähigkeit	872	55. Freie Mitarbeiter	928
cc) Pflicht zum Nachweis der		56. Freiwilligkeitsvorbehalt	929
Arbeitsunfähigkeit	874	a) Allgemeines	929
dd) Anzeige- und Nachweis-		b) Wirksamkeitsvoraussetzungen ..	930
pflicht bei Langzeiterkran-		aa) Inhaltliche Anforderungen ..	931
kung	879	bb) Formale Anforderungen ...	934
f) Anspruchsübergang bei Schädi-		c) Formulierungsbeispiel	937
gung durch Dritte	880	57. Gehaltsklausel (Anpassung)	938

	Rdn		Rdn
a) Allgemeines	938	c) Formulierungsbeispiel für haf-	
b) Gehaltsanpassungsklauseln	940	tungs-mildernde Klauseln	1026
c) Erläuterungen	941	64. Herausgabe	1027
aa) Verpflichtung zur Gehalts-		65. Home-Office	1028
überprüfung	941	a) Einführung	1028
bb) Verpflichtung zur Gehalts-		b) Klauselvariante	1032
anpassung	944	c) Hinweise und Anmerkungen	1033
cc) Gehaltsanpassung durch		aa) Festlegung	1033
Absenkung der Vergütung ..	945	bb) Aufwandsentschädigung	1035
dd) Spannungsklauseln	946	cc) Datenschutz	1036
ee) Differenzierungs- und Ab-		dd) Bewertung der Wegzeiten ..	1037
stands-klauseln	947	ee) Arbeitsschutz/Arbeitszeit-	
58. Gerichtsstand	954	erfassung	1038
a) Allgemeines	954	ff) Zutrittsrechte	1040
b) Gesetzliche Regelungen der ört-		gg) Beendigungsmöglichkeit ...	1041
lichen Zuständigkeit	956	hh) Haftung	1042
c) Gerichtsstandsklauseln außer-		ii) Unfallschutz	1043
halb des Anwendungsbereichs		jj) Steuerrechtlicher Hinweis ..	1044
der VO (EG) Nr. 44/2001	958	66. Incentive	1045
aa) Einzelvertragliche Klauseln	958	67. Internet	1046
bb) Tarifvertragliche Klauseln ..	960	68. Jahressonderleistung	1047
cc) Formulierungsbeispiele		69. Job-Sharing	1048
für einzelvertragliche Klaus-		70. Kündigungsfrist	1049
seln	963	a) Allgemeines	1049
d) Gerichtsstandsklauseln im An-		b) Fristberechnung und	
wendungsbereich der VO (EG)		Rechtsfolgen	1052
Nr. 44/2001	965	c) Sonderregelungen	1053
e) Schiedsvereinbarungen	969	d) Massentlassungsanzeige	1054
59. Geringfügig Beschäftigte	970	e) Einzelvertragliche Kündigungs-	
60. Geschenkannahme	971	bestimmungen	1055
a) Allgemeines	971	f) Tarifvertragliche Kündigungs-	
aa) Schmiergelder	972	bestimmungen	1061
bb) Gelegenheitsgeschenke/		g) AGB-Kontrolle	1062
Trinkgelder	974	h) Formulierungsbeispiel	1063
b) Formulierungsbeispiele	982	71. Kündigungsgründe (vertragliche	
61. Gleichstellungsabrede (Bezugnahme		Vereinbarung absoluter Kündi-	
auf Tarifverträge)	985	gungsgründe)	1064
a) Allgemeines	985	a) Allgemeines	1064
b) Erscheinungsformen	987	b) Vereinbarung absoluter Kündi-	
c) Rechtliche Rahmenbedingungen	990	gungsgründe	1065
aa) Allgemeines	990	c) Erläuterungen	1066
bb) Einzelne Bezugnahmeklauseln		aa) Zwingende Wirkung des	
.....	996	Kündigungsschutzrechts	1066
(1) Statische Bezugnahme ..	996	bb) Konkretisierung des Ver-	
tragsinhalts	999	cc) Keine Begründung absoluter	
(2) Kleine dynamische Be-		Kündigungsgründe	1068
zugnahme	999	dd) Kündigungsgrundvereinbar-	
(3) Gleichstellungsabrede ..	1005	ung als antizipierte Ab-	
(4) Große dynamische Be-		mahnung	1070
zugnahme	1010	ee) Verbot der Beweislastver-	
(5) Tarifpluralität	1011	schiebung	1072
d) Formulierungsbeispiele	1013	72. Kündigung vor Dienstantritt	1073
62. Gratifikation	1017	73. Kündigungsausschluss	1074
63. Haftung	1018	a) Allgemeines	1074
a) Haftung des Arbeitnehmers	1018	b) Ausschluss bzw. Einschränkung	
aa) Nichtleistung	1019	des Kündigungsrechts	1075
bb) Schlechtleistung	1020	c) Erläuterungen	1076
cc) Personenschäden	1023		
b) Haftung des Arbeitgebers	1024		

	Rdn		Rdn
aa) Einschränkung des Rechts zur außerordentlichen Kündigung.....	1076	c) Erläuterungen.....	1127
bb) Einschränkung des Rechts zur ordentlichen Kündigung.....	1078	aa) Verpflichtung zur Leistung von Überstunden.....	1127
cc) Altersbezogene Kündigungsbeschränkungen.....	1080	bb) Verpflichtung zur Vergütung von Überstunden....	1130
dd) Einseitige Kündigungsbeschränkung.....	1081	cc) Abgeltung von Überstunden mit dem Gehalt.....	1134
ee) Kündigung vor Dienstantritt.....	1084	dd) Ausgestaltung der Überstundenvergütung.....	1135
ff) Auswirkung der Kündigungsbeschränkung auf die Sozialauswahl.....	1085	ee) Überstundenausgleich durch Freizeitgewährung.....	1139
74. Kündigungszugang.....	1086	82. Miles & More (Bonusmeilen in Vielfliegerprogrammen).....	1140
75. Kürzung von Leistungen.....	1087	a) Allgemeines.....	1140
76. Kurzarbeit.....	1088	b) Formulierungsbeispiele.....	1146
a) Hintergrund.....	1088	83. Nachvertragliches Wettbewerbsverbot.....	1148
b) Rechtliche Grundlagen.....	1091	84. Nachweisgesetz.....	1149
c) Muster.....	1097	a) Allgemeines.....	1149
77. Leiharbeit.....	1098	b) Anwendungsbereich.....	1150
78. Leistungsentgelt.....	1099	aa) Persönlich.....	1150
79. Lohnfortzahlung.....	1100	bb) Zeitlich.....	1151
80. Mankovereinbarung.....	1101	c) Formelle Anforderungen.....	1152
a) Allgemeines.....	1101	d) Materielle Anforderungen.....	1153
aa) Rechtsprechung zur Mankohaftung.....	1102	e) Einzelnen Gegenstände der Nachweispflicht.....	1154
bb) Darlegungs- und Beweislast.....	1106	f) Inhalt und Umfang der Nachweispflicht bei Kollektivvereinbarungen.....	1155
cc) Vertragliche Regelung der Mankohaftung.....	1107	g) Rechtsfolgen eines Verstoßes ...	1156
b) Verschuldensunabhängige Haftung.....	1108	aa) Sanktionen.....	1156
c) Erläuterungen.....	1109	bb) Schadensersatz.....	1157
aa) Erfordernis ausdrücklicher Mankoabrede.....	1109	cc) Beweisrecht.....	1158
bb) Vereinbarung eines Mankogeldes.....	1110	dd) Beteiligung des Betriebsrats.....	1159
cc) Begrenzung der Haftung auf das Mankogeld.....	1111	h) Umsetzungsvorschlag.....	1160
dd) Keine Bemessung des Mankos durch Verrechnung.....	1113	i) Formulierungsbeispiel.....	1161
ee) Haftung wegen schuldhaften Verhaltens.....	1114	85. Nebentätigkeit.....	1162
ff) Umfang des Verantwortungsbereichs.....	1115	a) Grundsätzliche Zulässigkeit von Nebentätigkeiten.....	1162
gg) Mitverschulden.....	1116	b) Vertragliche Begrenzung von Nebentätigkeiten.....	1165
d) Verlagerung der Beweislast.....	1117	c) Formulierungsbeispiel.....	1166
e) Erläuterungen.....	1118	86. Non-Solicitation.....	1167
aa) Gesetzliche Vorgaben zur Darlegungs- und Beweislast.....	1118	87. Öffnungsklausel.....	1168
bb) Beweislastvereinbarungen bei Gewährung von Mankogeld.....	1121	88. Personalakte.....	1169
cc) Vereinbarung über die Schadenshöhe.....	1122	a) Hintergrund.....	1169
81. Mehrarbeit.....	1123	b) Rechtliche Grundlagen.....	1175
a) Allgemeines.....	1123	aa) Inhalte der Personalakte....	1175
b) Anforderung und Vergütung von Überstunden.....	1126	bb) Grundsätze der Führung der Personalakte.....	1179
		cc) Pflege der Personalakte.....	1185
		(1) Mitteilungspflicht der für die Personalbuchhaltung notwendigen Sozialdaten.....	1186
		(2) Mitteilungspflicht der für eine Sozialauswahl bzw. zur Betriebsratsanhörung notwendigen Daten.....	1188

	Rdn		Rdn
		(3) Entfernung von Inhalten der Personalakte durch den Arbeitgeber.....	1193
		dd) Einsichtnahme in die Personalakte	1195
		ee) Entfernung von Inhalten aus der Personalakte	1198
		ff) Hinzufügen von Inhalten ...	1201
		gg) Löschen/Vernichten der Personalakte	1202
		c) Muster	1205
89.		Pfändung.....	1211
		a) Allgemeines	1211
		b) Erstattung von Lohnpfändungskosten	1212
		aa) Gesetzliche Erstattungsgrundlage	1212
		bb) Kollektivrechtliche Erstattungsgrundlage.....	1213
		cc) Erstattungsanspruch für Kosten der Lohnpfändung aus Arbeitsvertrag?	1215
		c) Formulierungsbeispiel.....	1221
90.		Pkw	1222
91.		Portabilität	1223
92.		Praktikum.....	1224
93.		Prämie	1225
94.		Probezeit	1226
		a) Allgemeines	1226
		b) Art der Vereinbarung der Probezeit.....	1229
		aa) Befristetes Probearbeitsverhältnis	1230
		bb) Vorgeschaltete Probezeit im Arbeitsverhältnis.....	1237
		c) Dauer der Probezeit.....	1239
		d) Kündigung in der Probezeit	1243
		aa) Kündigung und Kündigungsschutz.....	1243
		bb) Kündigungsfristen	1244
		cc) Anhörung Betriebsrat.....	1246
		e) „Verlängerung“ der Probezeit – vorsorgliche Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Wiedereinstellungszusage	1247
		f) Formulierungsvorschlag.....	1251
		aa) Probezeitbefristung	1251
		bb) Vorgeschaltete Probezeit ...	1252
95.		Provision.....	1253
96.		Private Lebensführung/Freizeitverhalten	1254
		a) Allgemeines	1254
		b) Vereinbarungen über Kündigungsgründe	1261
		aa) Vereinbarungen zur außerordentlichen Kündigung	1262
		bb) Ordentliche Kündigung.....	1263
		c) Einzelne Klauseltypen mit außerdienstlichem Bezug	1265
		aa) Grundsätze	1265
		bb) Nebentätigkeit	1272
		(1) Absolute Nebentätigkeitsverbote	1274
		(2) Verbote mit Erlaubnisvorbehalt/Zustimmungsfiktion.....	1275
		cc) Sicherung der Arbeitskraft ..	1276
		(1) Förderung der Gesundheit	1276
		(2) Sportliche Betätigung... ..	1278
		dd) Äußeres Erscheinungsbild..	1281
		ee) Ansehen des Arbeitgebers in der öffentlichen Wahrnehmung	1283
		ff) Verfassungstreue	1287
		gg) Straftaten außerhalb des Unternehmens	1288
		hh) Tendenzbetriebe und Kirchen/Scientology	1290
		ii) Besondere Berufsgruppen ..	1293
		d) Klauselbeispiele	1297
		e) Muster	1305
		aa) Äußeres Erscheinungsbild bei Hotelpersonal	1305
		bb) Fußballspieler	1306
		cc) Sportler allgemein	1307
97.		Rückgabe	1308
		a) Einführung	1308
		aa) Sachenrechtliche Ansprüche ..	1309
		(1) Ansprüche aus dem Eigentum	1310
		(2) Ansprüche aus der Stellung als Besitzer	1312
		bb) Schuldrechtlicher Anspruch ..	1313
		cc) Kein Zurückbehaltungsrecht ..	1314
		dd) Fund.....	1315
		b) Klauselvarianten.....	1316
		c) Hinweise und Anregungen	1318
98.		Rückzahlung von Ausbildungskosten.....	1321
		a) Allgemeines	1321
		b) Wirksamkeitsgrenzen.....	1323
		aa) Gesetzliche Verbote	1323
		bb) Unangemessene Benachteiligung	1324
		(1) Vereinbarungsfähigkeit eines Rückzahlungsvorbehalts („Ob“)	1324
		(2) Ausgestaltung des Rückzahlungsvorbehalts („Wie“)	1325
		(3) Zeitpunkt der Vereinbarung („Wann“)	1329
		c) Formulierungsvorschlag.....	1331

	Rdn		Rdn
99. Rufbereitschaft	1332	ee) Vorzeitige Beendigung	1386
100. Sabbatical	1333	ff) Auswirkungen auf den (gesetzlichen) Mindesturlaub ..	1387
101. Salvatorische Klausel	1334	107. Sonderzahlung	1388
a) Allgemeines	1334	a) Allgemeines	1388
b) Aufrechterhaltung des Arbeitsvertrags bei der Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen	1335	b) Muster: Sonderzahlung	1390
c) Schicksal der unwirksamen Vertragsregelung	1336	c) Erläuterungen	1391
aa) Geltungserhaltende Reduktion?	1337	aa) Zwecksetzung der Sonderzahlung	1391
bb) Ergänzende Vertragsauslegung	1341	bb) Auswirkung von Fehl- und Ruhenszeiten	1393
cc) Blue-Pencil-Test	1342	cc) Zulässigkeit von Bindungsklauseln	1395
d) Ersetzungsklausel/Verhandlungspflicht der Parteien	1344	(1) Rechtsnatur der Sonderzahlung	1396
e) Formulierungsbeispiel	1346	(2) Transparenz der Bindungsklausel	1397
102. Schadenspauschalierungen	1347	(3) Angemessenheit der Anspruchsvoraussetzungen	1399
a) Allgemeines	1347	(4) Angemessenes Maß der Bindungsdauer	1402
b) Wirksamkeitsvoraussetzungen ..	1348	(5) Folgen unangemessener Bindung	1406
103. Schriftform	1351	dd) Anrechnung von Sonderzahlungen auf den Mindestlohn	1407
a) Allgemeines	1351	108. Sozialversicherung	1408
b) Wirksamkeit von Schriftformklauseln	1354	a) Allgemeines	1408
aa) Vorformulierte Schriftformklauseln	1355	b) Vereinbarungen über den sozialversicherungsrechtlichen Status ..	1414
bb) Schriftformklauseln in Individualvereinbarungen	1357	c) Erläuterungen	1415
cc) Formulierungsbeispiele	1359	aa) Bestehen eines Beschäftigungsverhältnisses	1415
104. Schweigepflicht	1360	bb) Rechtsfolgen unzutreffender Beurteilung der Sozialversicherungspflicht	1418
105. Social Media	1361	cc) Vereinbarung statusbezogener Mitteilungspflichten	1420
a) Allgemeines	1361	dd) Durchführung des statusbezogenen Anfrageverfahrens	1425
b) Ausübung des Direktionsrechts ..	1362	ee) Vereinbarungen über Schwarzarbeit	1428
c) Kontrollrechte	1364	109. Sprachkenntnisse	1429
d) Verhalten und Auftreten in sozialen Netzwerken	1365	a) Allgemeines	1429
e) Verwendung von Mitarbeiterfotos auf der Homepage des Arbeitgebers	1367	b) Formulierungsvorschläge	1432
f) Bring your own device (BYOD) ..	1369	110. Stock Option	1434
g) Social Media-Accounts	1372	111. Suspendierung	1435
aa) Verfügungsgewalt über Daten nach Kündigung	1372	112. Tantieme	1436
bb) Datenschutz und Follower auf Social Media-Kanälen ..	1374	a) Allgemeines	1436
106. Sonderurlaub	1375	b) Muster: Tantieme	1438
a) Einführung	1375	c) Erläuterungen	1439
b) Unbezahlter Sonderurlaub	1380	aa) Bezugsgröße der Tantiemberechnung	1439
c) Bezahlter Sonderurlaub	1381	bb) Vertraglich garantierte Mindesttantieme	1446
d) Hinweise und Anmerkungen: ..	1382	cc) Begrenzung der Tantiemehöhe	1447
aa) Auswirkungen auf Sonderzahlungen/betriebliche Altersversorgung	1382		
bb) Auswirkungen auf Betriebszugehörigkeitszeiten	1383		
cc) Zweckbestimmung	1384		
dd) Arbeitsunfähigkeit im Sonderurlaub	1385		

	Rdn		Rdn
dd) Festlegung weiterer An- spruchsvoraussetzungen	1449	e) Vergütung.....	1507
ee) Fälligkeit der Tantieme.....	1451	f) Formulierungsbeispiele.....	1509
ff) Auskunftsanspruch	1452	aa) Standardklausel zum Urhe- berrecht mit im Wesentli- chen klarstellendem Cha- rakter.....	1509
113. Tarifvertrags-Öffnungsklausel (Be- zugnahmeklausel)	1453	bb) Rechteübertragung gem. § 31 Abs. 5 UrhG (Bei- spielsregelung).....	1510
a) Typischer Sachverhalt.....	1453	20. Urlaub.....	1511
b) Rechtliche Grundlagen	1454	a) Allgemeines	1511
aa) Anwendbarkeit von Tarif- verträgen	1454	b) Vertragliche Regelungsoptionen	1515
bb) Arten von Bezugnahme- klauseln	1455	aa) Umfang des Urlaubs- anspruchs	1516
cc) Auslegung von Bezugnah- meklauseln in vor 2002 ge- schlossenen Verträgen	1458	bb) Vertragliche Regelungen zum Mehrurlaub	1517
dd) Auslegung von Bezugnah- meklauseln in nach 2002 geschlossenen Verträgen ...	1459	cc) Verkürzung der Wartezeit ..	1518
ee) AGB-Kontrolle der Bezug- nahmeklausel	1464	dd) Übertragung von Urlaub....	1519
ff) Inhaltskontrolle des (teil- weise) in Bezug genom- menen Tarifvertrages	1466	ee) Urlaub und Elternzeit.....	1520
gg) Gestaltungsmöglichkeiten ..	1467	ff) Urlaub bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1521
c) Zum Fall	1469	c) Formulierungsbeispiel.....	1523
d) Bezugnahmeklausel	1470	121. Variable Vergütung.....	1524
114. Teilzeit.....	1471	122. Verfallklausel	1525
115. Telearbeit	1472	123. Verjährung	1526
116. Trainee.....	1473	a) Allgemeines	1526
117. Überstunden	1474	b) Verjährungsvereinbarungen	1530
118. Umzug	1475	c) Erläuterungen.....	1531
a) Allgemeines	1475	aa) Zulässigkeit von Verjäh- rungsvereinbarungen	1531
b) Umzugskostenerstattung	1478	bb) Erleichterung des Verjäh- rungseintritts	1532
c) Erläuterungen.....	1479	cc) Erschwerung des Verjäh- rungseintritts	1533
aa) Regelung der zu erstattenden Kosten.....	1480	dd) Ausschluss der Verjährung bei Vorsatzhaftung.....	1534
bb) Rückzahlungsverpflichtung	1483	124. Vermögensbildung	1535
119. Urheberrechtsklauseln.....	1491	a) Allgemeines	1535
a) Allgemeines	1491	b) Vermögensbildung	1536
b) Geschützte Werke	1492	125. Verschwiegenheit und Geschäfts- geheimnis	1537
aa) Sprachwerke	1493	a) Allgemeines	1537
bb) Bildende Kunst	1494	b) Definition des Geschäftsgeheim- nisses.....	1539
c) Übertragung der Nutzungsrechte	1495	c) Ist eine vertragliche Verpflich- tung zum Schutz von vertrau- lichen Informationen auch unter- halb der Schwelle des Geschäftsgeheimnisses möglich?	1542
aa) Bezug des Werks zur Ar- beitsaufgabe.....	1496	d) Vertragsgestaltung.....	1544
bb) Inhalt der Nutzungseinräu- mung an den Arbeitgeber... ..	1498	aa) Definition Geschäfts- geheimnis i.S.d. GeschGehG	1545
cc) Nutzungsarten des Arbeit- gebers	1499	bb) Spezifische Definition Ge- schäftsgeheimnis.....	1546
dd) Zeitliche Dimension	1500	cc) Ergänzende Definition für vertrauliche Informationen ..	1547
ee) Noch unbekannte Nut- zungsarten	1501	dd) Spezifische Definition ver- trauliche Information	1548
ff) Schlussfolgerungen für die Vertragsgestaltung.....	1502		
gg) Schriftform.....	1503		
hh) Besonderheiten bei Compu- terprogrammen.....	1504		
d) Urheberpersönlichkeitsrechte ...	1505		

Rdn	Rdn		
ee) Vertragliche Pflichten – Keine Offenlegung, keine Nutzung.....	1549	g) Versetzungsklauseln betreffend den Arbeits-/Einsatzort.....	1597
ff) Verpflichtung auf betriebliche Regelungen zu Geheimhaltungsmaßnahmen.....	1550	127. Vertragssprache.....	1598
gg) Umgang mit betrieblichen Dokumenten.....	1551	a) Einführung.....	1598
hh) Rückgabe von betrieblichen Dokumenten.....	1552	aa) Sprachprobleme bei Abschluss des Arbeitsvertrags..	1599
ii) Rechtfertigung (nach Def. des § 5 GeschGehG).....	1553	bb) Sprachprobleme bei Ausübung des Direktionsrechts.....	1605
e) Musterklausel Geschäftsgeheimnis.....	1554	cc) Festlegung der Leistungssprache.....	1606
f) Erläuterungen.....	1555	b) Klauselvarianten.....	1607
aa) Zuständigkeitsregelung im Unternehmen.....	1561	c) Hinweise und Anmerkungen....	1608
bb) Erfassen aller Informationen und Risikoanalyse.....	1562	aa) Deutsch als Vertrags- und Verhandlungssprache.....	1608
cc) Klassifizierung der Informationen nach Risikoanalyse.....	1563	bb) Festlegung der Leistungssprache.....	1611
dd) Definition der erforderlichen Maßnahmen.....	1565	128. Vertragsstrafe.....	1612
(1) Grundsätzliches.....	1565	a) Allgemeines.....	1612
(2) Technisches.....	1566	b) Abgrenzung.....	1614
(3) Rechtliches.....	1567	c) Wirksamkeitsgrenzen.....	1615
(4) Fortlaufende Überprüfung.....	1568	aa) Verbot überraschender Vertragsstrafenabreden, Transparenz- und Bestimmtheitsgebot.....	1616
126. Versetzung.....	1569	bb) Grund für die Vertragsstrafe.....	1617
a) Versetzung als „Wechsel des Arbeitsplatzes“.....	1569	cc) Zulässige Höhe der Vertragsstrafe.....	1618
b) Vertragsimmanentes Weisungsrecht und Versetzungsmöglichkeiten.....	1573	d) Formulierungsvorschlag.....	1619
aa) Grundlagen und Grenzen des Direktionsrechts.....	1573	129. Vertrauensarbeitszeit.....	1620
bb) Ausübung des Weisungsrechts im Einzelfall: Ausübungskontrolle.....	1574	a) Allgemeines.....	1620
c) Wirksamkeit von Versetzungsklauseln.....	1581	aa) Begriff.....	1620
aa) Inhaltskontrolle, §§ 305 ff. BGB.....	1581	bb) Fortbestand von Pflichten..	1621
bb) Versetzungsklauseln bezüglich der Art der Tätigkeit.....	1583	cc) Risiken.....	1622
cc) Versetzungsklausel bezüglich des Orts der Arbeitsleistung.....	1584	b) Rechtliche Grenzen.....	1623
d) Auswirkung von Versetzungsklauseln im Rahmen von Kündigungen.....	1590	aa) Fortgeltung arbeitsrechtlicher Schutzvorschriften... ..	1623
aa) Sozialauswahl.....	1591	bb) Geschuldete Arbeitszeit und Überstunden.....	1624
bb) Weiterbeschäftigungsmöglichkeit.....	1593	cc) Vertrauensarbeitszeit und Zeiterfassung.....	1625
e) Negative Versetzungsklausel....	1595	dd) Referentenentwurf.....	1626
f) Formulierungsbeispiele.....	1596	ee) Kollektivrechtliche Ebene..	1627
		c) Umsetzungsvorschlag.....	1628
		d) Formulierungsbeispiel.....	1629
		130. Verweisung auf Tarifvertrag.....	1630
		131. Vollständigkeitsklausel.....	1631
		132. Vorbehaltsklausel.....	1632
		133. Vordienstzeit.....	1633
		134. Wartezeit (Kündigungsschutz).....	1634
		a) Allgemeines.....	1634
		aa) Erfüllung der Wartezeit....	1635
		bb) Gesetzliche Anrechnungsvorschriften.....	1639
		cc) Unabdingbarkeit.....	1640
		b) Einschränkung der gesetzlichen Wartezeit.....	1642

	Rdn		Rdn
c) Erläuterungen	1643	138. Whistleblowing	1716
aa) Einschränkung der Wartezeit	1643	a) Whistleblowing-Richtlinie	1716
bb) Konkludente Vereinbarung	1644	b) Hinweisgeberschutzgesetz	1717
cc) Vereinbarungen über die Probezeit	1645	c) Datenschutz- und betriebsverfas- sungsrechtliche Konsequenzen ..	1721
135. Weihnachtsgeld	1646	e) Formulierungsvorschlag zur Auf- nahme in einen Verhaltenskodex ..	1722
136. Weisungsrecht	1647	139. Widerrufsvorbehalt	1723
a) Allgemeines und Begriff	1647	a) Allgemeines	1723
b) Inhalt des Direktionsrechts	1653	b) Wirksamkeitsvoraussetzungen ..	1724
aa) Konkretisierung der Arbeitspflicht	1654	aa) Inhaltliche Anforderungen ..	1725
bb) Festlegung der Arbeitszeit ..	1659	(1) Unzulässig: Eingriffe in den Kernbereich	1726
cc) Festlegung des Arbeitsorts ..	1662	(2) Maßstäbe außerhalb des Kernbereichs	1728
dd) Ordnung und Verhalten im Betrieb	1664	bb) Formale Anforderungen	1729
c) Grenzen	1665	c) Ausübungskontrolle	1730
aa) Grundrechte	1666	d) Formulierungsbeispiele	1732
bb) Gesetze	1667	140. Wiedereingliederung	1733
cc) Tarifvertrag, Betriebsver- einbarungen	1668	141. Wohnort	1734
dd) Arbeitsvertrag, AGB-Kon- trolle	1669	142. Zielvereinbarungen	1735
ee) Mitbestimmung	1672	a) Allgemeines	1735
ff) Überflüssige Änderungs- kündigung	1674	b) Wirksamkeitsvoraussetzungen ..	1739
d) Direktionsrecht und Entleitung ..	1675	aa) Verhältnis fester/variabler Vergütungsbestandteile	1742
e) Direktionsrecht in Matrixstruk- turen	1682	bb) Anpassung der Zielverein- barungen	1744
f) Direktionsrecht in einer agilen, digitalen Arbeitswelt 4.0	1683	cc) Fehlzeiten des Arbeitnehmers	1745
g) Weisungsrecht, Arbeitnehmer- Status	1684	dd) Eintritt/Ausscheiden wäh- rend der Zielperiode	1746
h) Prozessuales	1685	c) Rechtslage bei unterbliebener Zielvereinbarung	1748
i) Formulierungsbeispiele	1688	d) Formulierungsbeispiel	1749
137. Wettbewerbsverbot	1693	143. Zugangsfiktion	1750
a) Hintergrund	1693	144. Zulage	1751
b) Rechtliche Grundlagen	1694	145. Zurückbehaltungsrechte	1752
aa) Allgemeines	1694	a) Allgemeines	1752
bb) Kaufmännische Angestellte	1696	b) Zurückbehaltungsrecht des Arbeitnehmers	1753
(1) Anwendungsbereich des § 60 HGB	1696	aa) Zurückbehaltung der Arbeitsleistung	1753
(a) Personeller Anwen- dungsbereich	1696	bb) Einzelfälle/Beispiele	1755
(b) Zeitlicher Anwen- dungsbereich	1697	cc) Rechtswirkungen	1756
(c) Inhaltliche Restriktion	1698	c) Zurückbehaltungsrecht des Arbeitgebers	1757
(2) Rechtsfolgen eines Ver- stoßes gegen § 60 Abs. 1 HGB	1703	d) Ausschluss und Begrenzungen des Zurückbehaltungsrechts	1758
cc) Verbot für andere Arbeit- nehmer	1707	aa) Allgemeines	1758
dd) Erweiterung des gesetzli- chen Wettbewerbsverbots ..	1709	bb) Einzelfälle	1759
ee) Vertragsstrafe	1710	cc) Ausschluss kraft vertragli- cher Vereinbarung	1764
c) Muster	1715	e) Formulierungsbeispiel	1766

A. Anbahnung des Arbeitsverhältnisses

Literatur: *Adomeit/Mohr*, Verantwortung von Unternehmen für diskriminierende Stellenanzeigen durch Dritte, NJW 2007, 2522; *Annuß*, Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz im Arbeitsrecht, BB 2006, 1629; *Bauer/Baeck/Merten*, Scientology – Fragerecht des Arbeitgebers und Kündigungsmöglichkeiten, DB 1997, 2535; *Bauer/Evers*, Schadensersatz und Entschädigung bei Diskriminierung – Ein Fass ohne Boden?, NZA 2006, 893; *Block*, Neue Regelungen zur Corporate Governance gemäß Sarbanes-Oxley Act, BKR 2003, 774; *Braun*, Fragerecht und Auskunftspflicht – Neue Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung, MDR 2004, 69; *Brors*, Berechtigtes Informationsinteresse und Diskriminierungsverbot – Welche Fragen darf der Arbeitgeber bei Einstellung eines behinderten Bewerbers stellen?, DB 2003, 1734; *Czerny*, 12 Jahre AGG – Die wichtigsten Entscheidungen im Arbeitsrecht, NZA-R 2018, 393; *Diller*, AGG-Hopping durch Schwerbehinderte, NZA 2007, 1321; *ders.*, Einstellungsdiskriminierung durch Dritte, NZA 2007, 649; *ders.*, AGG-Archiv: Die Schlussbilanz, NZA 2009, 1386; *Düwell*, neu geregelt: Die Stellung der Schwerbehinderten im Arbeitsrecht, BB 2001, 1527; *Düwell/Brink*, Die EU-Datenschutz-Grundverordnung und der Beschäftigtendatenschutz, NZA 2016, 665; *Dutta/Fornasier*, Das dritte Geschlecht im Arbeitsrecht und öffentlichen Dienst des Bundes, NZA 2021, 605; *Ehrlich*, Fragerecht des Arbeitgebers bei Einstellungen und Folgen der Falschbeantwortung, DB 2000, 422; *Enge*, Online-Bewerbermanagement und AGG, AuA 2008, 154; *Fischinger*, Die arbeitsrechtlichen Regelungen des Gendiagnostikgesetzes, NZA 2010, 65; *Forst*, Bewerberauswahl über soziale Netzwerke im Internet?, NZA 2010, 427; *ders.*, Die Rechte des Arbeitnehmers infolge einer rechtswidrigen Datenverarbeitung durch den Arbeitgeber, AuR 2010, 106; *Frintrup*, Psychologische Auswahl, AuA 2009, 164; *Genenger*, Das neue Gendiagnostikgesetz, NJW 2010, 113; *Gola*, Das Internet als Quelle von Bewerberdaten – Vorgaben von DS-GVO, BDSG und UWG, NZA 2019, 654; *Greßlin*, Umgang mit Bewerberdaten – was geht und was geht nicht?, BB 2015, 117; *Großmann*, BehindertenR, 2003; *Gruber*, Zwei problematische Punkte des AGG: Die Anforderung eines Passfotos und die Suche nach dem „muttersprachlichen Mitarbeiter (m/w)“, NZA 2009, 1247; *Heyn/Meinel*, Rückenwind für Diskriminierungsklagen, NZA 2009, 20; *Hoppe/Fuhrott*, Update Antidiskriminierungsrecht – Rechtsprechungs-Report 2015, ArbAktuell 2015, 4; *Jacobs*, Grundprobleme der Schadensersatzverpflichtung nach § 15 Abs. 2 AGG, RdA 2009, 193 ff.; *Joussen*, Si tacuisses – Der aktuelle Stand zum Fragerecht des Arbeitgebers nach einer Schwerbehinderung, NJW 2003, 2860; *Kania/Merten*, Auswahl und Einstellung von Arbeitnehmern unter Geltung des AGG, ZIP 2007, 8; *Klak*, AIDS und die Folgen für das Arbeitsrecht, BB 1987, 1382; *Kleinebrink*, Inhaltliche Gestaltung von Personalfragebögen in Zeiten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) – Eine Risikoabwägung, ArbRB 2006, 374; *Körlings*, Das dritte Geschlecht und die diskriminierungsfreie Einstellung, NZA 2018, 282; *Krieger*, Rechtsmissbrauch durch „AGG-Hopping“, EuZW 2016, 696; *ders.*, Entschädigungsanspruch wegen altersbedingter Diskriminierung bei Bewerbung, NZA-RR 2018, 584; *Legerlotz*, Deutschkenntnisse als Anforderungen an einen Arbeitsplatz, ArbRB 2010, 153 ff.; *Löwisch*, Arbeitsrechtliche Fragen von AIDS-Erkrankung und AIDS-Infektion, DB 1987, 936; *Lorenz*, Nichtraucherenschutz am Arbeitsplatz, DB 2003, 721; *Lücke*, Die Betriebsverfassung in Zeiten der DSGVO – „Bermuda-Dreieck“ zwischen Arbeitgeber, Betriebsräten und Datenschutzbeauftragten!?, NZA 2019, 658; *Medem*, Beweis und Vermutung bei diskriminierender Einstellung, NZA 2007, 545; *Messing-schlager*, „Sind Sie schwerbehindert?“ – Das Ende einer (un)beliebten Frage, NZA 2003, 301; *Mohr*, Altersdiskriminierung durch Stellenausschreibung für „Young Professionals“, NZA 2014, 459; *Novara*, Bewerberauswahl nach Kundenwünschen?, NZA 2015, 142; *Oberthür*, Delegation der AGG-Haftung bei externem Personalrecruitment, ArbRB 2007, 86; *Preis/Bender*, Recht und Zwang zur Lüge – Zwischen List, Tücke und Wohlwollen im Arbeitsleben, NZA 2005, 1321; *Reiserer/Christ/Heinz*, Beschäftigten-Datenschutz und EU-Datenschutz-Grundverordnung – Der Countdown ist abgelaufen – Anpassungsbedarf umgesetzt!?, DStR 2018 1501; *Richardi*, Arbeitsrechtliche Probleme bei Einstellung und Entlassung Aids-infizierter Arbeitnehmer, NZA 1988, 73; *Rittweger/Schmidt*, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz und Datenschutzrecht, FA 2006, 266; *Röder/Krieger*, Einführung in das neue Antidiskriminierungsrecht, FA 2006, 200; *Schrader*, Gestaltungsmöglichkeiten des Arbeitgebers nach Inkrafttreten des AGG, DB 2006, 2571; *Schriever*, Neue Lösungsfristen von Bewerberdaten – Von der Interessenabwägung zur Einwilligung –, BB 2011, 2680; *Stoffels*, Grundprobleme der Schadensersatzverpflichtung nach § 15 Abs. 1 AGG, RdA 2009, 204 ff.; *Thüsing/Lambrich*, Das Fragerecht des Arbeitgebers – aktuelle Probleme zu einem klassischen Thema, BB 2002, 1146; *Thum/Szczesny*, Background Checks im Einstellungsverfahren: Zulässigkeit und Risiken für Arbeitgeber, BB 2007, 2405; *von Tiling*, Stellenausschreibung und Bewerberauswahl nach dem neuen Bundesgleichstellungsgesetz, öAT 2015, 177; *Walker*, Der Entschädigungsanspruch nach § 15 Abs. 2 AGG, NZA 2009, 5 ff.; *Wichert/Zange*, AGG: Suche nach Berufsanfängern in Stellenanzeigen, DB 2007, 970; *Wisskirchen/Bissels*, Das Fragerecht des Arbeitgebers bei Einstellung unter Berücksichtigung des AGG, NZA 2007, 169; *Zeller*, Die arbeitsrechtlichen Aspekte des Personalfragebogens als Mittel der Personalauswahl, BB 1987, 1523; *Zimmer/Volk*, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – Die Diskriminierungsmerkmale, FA 2006, 258.

I. Stellenausschreibung

Der Arbeitgeber, der im Zuge seiner Personalplanung eine Stelle schaffen oder besetzen will, hat sowohl im Vorfeld als auch im Auswahl- und Besetzungsverfahren vielfältige Gesichtspunkte zu bedenken. Schon bei den Vorüberlegungen einer Stellenausschreibung unterliegt der Arbeitgeber bestimmten gesetzlichen Verpflichtungen (z.B.: §§ 11, 7 AGG; § 7 Abs. 1 TzBfG; §§ 164 Abs. 1, 178 Abs. 2 SGB IX oder §§ 80, 92 ff.; 99 BetrVG) und muss Beschäftigungs- und Abschlussverbote ins Kalkül ziehen (z.B. aus §§ 5 Abs. 1, 7 JArbSchG, aus §§ 4 und 8 MuSchG, aus § 66 BBG oder aus §§ 3 und 9 ArbZG).

1. Allgemeine Gleichbehandlung (AGG)

- 2 § 7 Abs. 1 AGG verbietet die Benachteiligung von Beschäftigten wegen der in § 1 AGG genannten Umstände, also Rasse, ethnische Herkunft,¹ Geschlecht, Religion/Weltanschauung, Behinderung, Alter sowie sexuelle Identität. Dieses Verbot **gilt auch im Bewerbungsverfahren**. Gem. § 11 AGG darf ein Arbeitsplatz nicht unter Verstoß gegen § 7 Abs. 1 AGG ausgeschrieben werden. Daneben gilt der Schutz vor Diskriminierung gem. § 6 Abs. 1 S. 2 AGG auch für Stellenbewerber.² Geschützt ist jede Ausschreibung einer Stelle für den in § 6 Abs. 1 AGG genannten Personenkreis, auch für die berufliche Aus- und Weiterbildung.³ Konkret verboten sind gem. § 3 AGG fünf unterschiedliche Tatbestände, nämlich die unmittelbare und mittelbare Benachteiligung, die allgemeine und sexuelle Belästigung sowie die Anweisung zur Benachteiligung.
- 3 Das Verbot der Benachteiligung Behinderter geht über den Anwendungsbereich des § 164 Abs. 2 S. 1 SGB IX hinaus, gilt also nicht nur für Schwerbehinderte oder diesen Gleichgestellte, sondern auch für alle sonstigen behinderten Personen. Das AGG erfasst daher alle Einschränkungen, die auf physischen, psychischen oder geistigen Behinderungen beruhen, soweit sie ein Hindernis an der Teilnahme des Betroffenen am Berufsleben bilden.⁴
- 4 Im Zusammenhang mit den verpönten Merkmalen der Rasse bzw. der ethnischen Herkunft wird diskutiert, ob **Deutschkenntnisse** bzw. das Merkmal „**Muttersprachler (m/w)**“ als Anforderungen an einen Arbeitsplatz zulässig sind.⁵ Denn hierin könnte eine mittelbare Diskriminierung ausländischer Bewerber/innen liegen. Sind ausreichende Sprachkenntnisse aber zur Sicherung des Arbeitszwecks objektiv erforderlich, so wird eine mittelbare als auch unmittelbare Diskriminierung regelmäßig ausscheiden.⁶ Im internationalen Kontext dürfte es daher dem Redlichkeitsmaßstab entsprechen, wenn der Arbeitgeber qualifizierte Sprachkenntnisse als zwingendes Kriterium der Einstellung benennt. Das LAG Hamburg führt in einer Entscheidung vom 19.5.2015 aus, dass die Forderung nach qualifizierten Sprachkenntnissen „selbstverständlich und von der Rechtsordnung zu akzeptieren“ sei.⁷ Auch das BAG entschied im Jahr 2017, dass die Anforderung sehr guter Deutsch- und guter Englischkenntnisse keine Diskriminierung begründe. Allerdings kann bei Fehlen eines legitimen Ziels durchaus eine Diskriminierung durch den Arbeitgeber vorliegen.⁸ Hinsichtlich der Anforderung „Deutsch als Muttersprache“ dürfte jedoch notwendiger substantiierter Vortrag, dass dieses Merkmal zur Erreichung des Ziels erforderlich und angemessen ist, in den seltensten Fällen gelingen. Das BAG hat in seiner Entscheidung vom 29.6.2017 eine mittelbare Diskriminierung angenommen, da es in dem zu entscheidenden Fall zumindest ohne Weiteres möglich gewesen wäre, „perfekte“ oder „sehr gute“ Deutschkenntnisse zu verlangen. Es sei von der Beklagten nicht substantiiert vorgetragen worden, dass es zur Erreichung dieses Ziels erforderlich und angemessen ist, von den Bewerbern zu verlangen, dass sie Deutsch als Muttersprache beherrschen.⁹

Die Ablehnung eines Bewerbers wegen dessen Herkunft aus den neuen Bundesländern („Ossi“) hat allerdings keine Entschädigungspflicht nach dem AGG zur Folge, weil dies keine ethnische Herkunft im Sinne des Gesetzes ist.¹⁰

- 5 Eine Benachteiligung wegen eines der unter Schutz gestellten Gründe ist allerdings **nicht gänzlich unzulässig**, nämlich dann nicht, wenn eine wesentliche und entscheidende berufliche Anforderung sonst

1 ArbG Berlin 15.8.2019 – 44 Ca 8580/18.BB 2008, 115; LAG Hamburg 3.6.2009 – 5 Sa 3/09, AuA 2008, 179.

2 Küttner/Kreitner, Nr. 86 Rn 2.

3 Thüsing, Diskriminierungsschutz, Rn 659.

4 BAG 3.4.2007 – 9 AZR 823/06, NZA 2007, 1098.

5 Legerlotz, ArbRB 2010, 153 ff.; Gruber, NZA 2009, 1247, 1248 f.

6 BAG 22.6.2011 – 8 AZR 48/10, NZA 2011, 1226; so auch BAG 23.11.2017 – 8 AZR 372/16, juris.

7 LAG Hamburg 19.5.2015, ArbRAktuell 2015, 319.

8 LAG Nürnberg 5.10.2011 – 2 Sa 171/11, ArbRAktuell 2011, 644; Gruber, NZA 2009, 1247, 1248 f.

9 BAG 29.6.2017 – 8 AZR 402/15, NZA 2018, 33, 36.

10 ArbG Stuttgart 15.4.2010 – 17 Ca 890/09, ArbRB 2010, 142; so auch ArbG Berlin 15.8.2019 – 44 Ca 8580/18, juris.

nicht erfüllbar wäre, sofern der verfolgte Zweck rechtmäßig und die berufliche Anforderung angemessen ist (§ 8 Abs. 1 AGG).

Dies soll vornehmlich Fälle der Authentizitätswahrung betreffen, z.B. die Besetzung der Rolle der „Julia“ mit einer jungen weiblichen Schauspielerin oder die Vorführung von Damenmoden nur durch Frauen, bzw. von Herrenmoden nur durch Männer.¹¹

Zulässig wäre aber beispielsweise auch die geschlechtsspezifische Ausschreibung der Stelle einer „Erzieherin im Mädcheninternat“, wenn ein nicht unerheblicher Teil der Arbeit im Nachtdienst (25 %) zu absolvieren ist, bei dem auch Schlaf- und Waschräume sowie Toiletten der Internatsschülerinnen betreten werden müssen¹² oder die Beschränkung auf weibliche Bewerberinnen für die Stelle einer kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, wenn sich das Beratungsangebot an Frauen in Problemlagen richtet, in denen die Betroffenen typischerweise zu einer Frau leichter Kontakt aufnehmen als zu einem Mann.¹³

Bloße Kundenwünsche dürften zur Rechtfertigung allerdings allenfalls dann ausreichen, wenn dies für den Bestand des Unternehmens wesentlich ist.¹⁴

Der/die abgelehnte Bewerber/in hat nach der aktuellen BAG-Rechtsprechung – jedenfalls in der **Privatwirtschaft** – keinen Anspruch auf **Auskunft** gegen den Arbeitgeber, ob dieser einen anderen Bewerber eingestellt hat und gegebenenfalls aufgrund welcher Kriterien. Dies hat der EuGH im Grundsatz bestätigt, trotzdem aber die Rechte abgelehnter Stellenbewerber gestärkt.¹⁵ Denn eine Verweigerung von Auskünften könne zusammen mit anderen Umständen des Einzelfalls letztlich doch eine Diskriminierung vermuten lassen. Im Anschluss daran hat das BAG darauf hingewiesen, dass allein die Verweigerung einer Auskunft noch kein Indiz einer Diskriminierung i.S.d. § 22 AGG darstellt. Vielmehr muss der Anspruchsteller weitere Anhaltspunkte darlegen.¹⁶ Es wird empfohlen, die Tätigkeitsmerkmale der ausgeschriebenen Stelle schon in der Ausschreibung möglichst breit aufzufächern, um so ein höheres Maß an Differenzierungskriterien für die Auswahl der Bewerber zu gewinnen. Das erleichtert dem Arbeitgeber in einem späteren Verfahren die Widerlegung einer vermuteten Diskriminierung.

Anders als in der Privatwirtschaft besteht im Arbeitsrecht des **öffentlichen Dienstes** ein grundsätzlicher Anspruch auf den Zugang zu einem öffentlichen **Amt** (Art. 33 Abs. 2 GG).¹⁷ Daher hat jeder **Deutsche** nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu einem öffentlichen Amt. Aus diesem Grund ist der öffentliche Dienstherr verpflichtet, die nicht genommenen Bewerber noch **vor der Besetzung** einer Stelle über ihre Ablehnung zu unterrichten.

Eine drohende Stellenbesetzung kann sodann im Wege einer **einstweiligen Anordnung** verhindert werden, da die Prüfung des Rechts des Antragstellers auf gleichen Zugang Vorrang vor dem dienstlichen Bedürfnis nach der Besetzung der Stelle habe.¹⁸ Im Rahmen der Rechtfertigung seiner Auswahlentscheidung hat der öffentliche Arbeitgeber sodann die für ihn maßgeblichen Beweggründe darzulegen.

Wenn ein **öffentlicher Arbeitgeber** per Stellenausschreibung ankündigt, bei gleichwertiger Qualifikation vorrangig weibliche Bewerberinnen zu berücksichtigen, liegt darin jedenfalls dann keine geschlechtsbezogene Diskriminierung, wenn dies den Vorgaben des jeweiligen Landesgleichstellungsgesetzes entspricht.¹⁹ Am

11 Kania/Merten, ZIP 2007, 8 ff. m.w.N.

12 LAG Rheinland-Pfalz 21.11.2007 – 1 Ca 1288/07, BeckRS 2008, 54134.

13 BAG 18.3.2010 – 8 AZR 77/09, NZA 2010, 872.

14 EuGH 14.3.2017 – C-188/15, Rn 40 – Bougnanoui, RIW 2017, 303, vgl. dazu ausführlich Novara, NZA 2015, 142.

15 EuGH 19.4.2012 – C-415/10 – Meister, NZA 2012, 493; EuGH 21.7.2011 – C-104/10 – Kelly.

16 BAG 25.4.2013 – 8 AZR 287/08, NJOZ 2013, 1699.

17 BVerfG 19.9.1989 – 2 BvR 1576/88, NJW 1990, 501.

18 BVerfG 9.7.2002 – 2 BvQ 25/02, NVwZ 2002, 1367.

19 LAG Berlin-Brandenburg 14.1.2011 – 9 Sa 1771/10, 74343; FD-ArbR 2011, 320808.

1.5.2015 ist das Gesetz für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Unternehmen und Gerichten des Bundes (Bundesgleichstellungsgesetz) in Kraft getreten (siehe Rdn 13).

- 8 Als Folgen von Verstößen gegen die Benachteiligungsverbote des AGG normiert das Gesetz in § 15 Abs. 1 **Schadensersatzansprüche** und in § 15 Abs. 2 **Entschädigungsansprüche**. Ein Einstellungsanspruch besteht dagegen nicht (§ 15 Abs. 6 AGG).

Den Schadensersatzanspruch aus § 15 Abs. 1 AGG²⁰ kann der/die Bestqualifizierte, aber nicht Eingestellte beanspruchen, während die Entschädigungsansprüche aus § 15 Abs. 2 AGG unabhängig von den tatsächlichen Erfolgsaussichten des/der Betroffenen im Bewerbungsverfahren bestehen. Letztere setzen also nicht voraus, dass er/sie bei benachteiligungsfreier Auswahl eingestellt worden wäre. Anspruchsberechtigt sind insoweit also auch Personen, die **keinen materiellen Schaden** erlitten haben.

- 9 Anwendungsvoraussetzung des § 15 Abs. 2 AGG ist nach der Rechtsprechungsänderung vom 19.5.2016 neben einer nicht zu rechtfertigenden merkmalsbezogenen Diskriminierung im Sinne des § 3 AGG weder eine „objektive Eignung“ des Bewerbers/der Bewerberin noch eine „subjektive Ernsthaftigkeit“ der Bewerbung.²¹ Das BAG stellte klar, dass der Bewerberbegriff lediglich ein formaler Begriff sei und die bisher notwendige Voraussetzung der subjektiven Ernsthaftigkeit lediglich im Rahmen des Einwandes des Rechtsmissbrauchs zu thematisieren ist. Die Frage, wie unionsrechtlich mit Personen zu verfahren ist, die keine ernsthafte Beschäftigung anstreben, sondern deren alleiniges Ziel ist, einen Entschädigungsanspruch geltend zu machen, hat inzwischen auch der EuGH entschieden.²² In seiner Entscheidung führt der EuGH aus, dass ein solches Vorgehen nicht unter den Begriff „Zugang zur Beschäftigung oder zu abhängiger Erwerbstätigkeit“ im Sinne der Bestimmung fällt und sich solche Bewerber nicht auf den Schutz der RL 2000/78 und der RL 2006/54 berufen können. Darüber hinaus führt der EuGH aus, „AGG-Hoppem“ entstehe mangels tatsächlicher Beschäftigungsabsicht gar kein materieller oder immaterieller Schaden.

Ausgeschlossen sind mithin Scheinbewerbungen seitens sogenannter „AGG-Hopper“, die nach der Ablehnung wegen angeblicher Diskriminierung Forderungen geltend machen. Für eine nicht ernsthafte Bewerbung sprechen diverse Indizien, z.B. wenn sich jemand auf eine Vielzahl von Stellen bewirbt, ohne das erforderliche Qualifikationsprofil aufzuweisen oder wenn der/die Betreffende eine Verschlechterung gegenüber seinem/seiner aktuellen Tätigkeitsprofil zu erwarten hätte.²³ Die Darlegungs- und Beweislast trägt jedoch der Arbeitgeber, der regelmäßig Schwierigkeiten haben dürfte, ein rechtsmissbräuchliches Verhalten des Bewerbers nachzuweisen.²⁴ Die Anforderungen an das Vorliegen von Rechtsmissbrauch sind zur Gewährleistung eines effektiven Diskriminierungsschutzes hoch.²⁵ Allein in der Tatsache, dass ein Arbeitnehmer in einer Vielzahl von Verfahren bundesweit als so genannter AGG-Kläger auftritt, liegt kein ausreichender Umstand, der die Bewerbung bei dem Arbeitgeber als subjektiv nicht ernsthaft und damit rechtsmissbräuchlich erscheinen lässt.²⁶ Erforderlich ist, dass noch weitere Umstände hinzukommen, die das Vorgehen des Bewerbers als rechtsmissbräuchlich erkennen lassen.²⁷ Entscheidender Zeitraum für die Beurteilung, ob sich jemand nur scheinbar beworben hat, ist in der Regel derjenige zwischen Bewerbung und Einladung, so dass eine Absage des Bewerbers zu einem (nachträglichen) Vorstellungsgespräch nach erfolgter Absage nicht als Indiz einer Scheinbewerbung herangezogen werden kann.²⁸

20 *Stoffels*, RdA 2009, 204 ff.

21 BAG 19.5.2016 – 8 AZR 470/14, NZA 2016, 1394; in der Übersicht *Czerny*, NZA-RR 2018, 398.

22 EuGH 28.7.2016 – C-423/15, NZA 2016, 1014.

23 *Diller* mit zahlreichen weiteren Nachweisen in NZA 2009, 1386 ff.; *Jacobs*, RdA 2009, 193, 198.

24 LAG Hessen 18.6.2018 – 7 Sa 851/17, NZA-RR 2018, 584.

25 *Czerny*, NZA-RR 2018, 398.

26 So auch BAG 26.1.2017 – 8 AZR 848/13, BeckRS 2017, 112923.

27 BAG 31.3.2022 – 8 AZR 238/21, Rn 36 ff., NZA 2022, 1401, Rn 36; *Hoppe/Fuhlrott*, ArbAktuell 2015, 4, 7.

28 LAG Hessen 18.6.2018 – 7 Sa 851/17, NZA-RR 2018, 584 – nach Urteil des BAG 26.1.2017 – 8 AZR 848/13, BeckRS 2017, 112923;

Kritik bezüglich enger Vorgaben für die Feststellung eines Rechtsmissbrauchs s. *Krieger*, NZA-RR 2018, 584, 590.

Der Schadensersatzanspruch aus § 15 Abs. 1 AGG setzt gemäß S. 2 der Vorschrift – die § 280 Abs. 1 S. 2 BGB nachgebildet ist – schuldhaftes Verhalten des Arbeitgebers (Vertretenmüssen) voraus. Dies gilt nicht für den Entschädigungsanspruch aus § 15 Abs. 2 AGG. Für letzteren haftet der Arbeitgeber verschuldens-unabhängig. Der Entschädigungsanspruch unterscheidet sich damit systematisch von den Ersatzansprüchen aus §§ 253 Abs. 2 und 823 Abs. 1 BGB.²⁹ **10**

Bei Anwendung **kollektivrechtlicher** Vereinbarungen kommt dem Arbeitgeber ein **Haftungsprivileg** aus § 15 Abs. 3 AGG zugute. Er haftet nämlich dann nur für qualifiziertes Verschulden, nämlich für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

§ 22 AGG erleichtert benachteiligten Personen den Nachweis der Kausalität zwischen Benachteiligungsmerkmal und Nachteil im Wege der Beweislastumkehr. Die Kausalität wird vermutet, wenn die vom Bewerber vorgetragene Tatsache aus objektiver Sicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit den Schluss zulassen, dass die Benachteiligung wegen des betreffenden Merkmals erfolgte. Dem Arbeitgeber obliegt dann die volle Beweislast für das Nichtvorliegen einer Benachteiligung. Wird also per Stellenausschreibung ein „junger“ Bewerber oder eine „junge“ Bewerberin gesucht und statt eines abgelehnten Bewerbers eine deutlich jüngere Person eingestellt, so besteht die grundsätzliche Vermutung einer Altersdiskriminierung.³⁰ Gleiches gilt für die Suche nach „Mitarbeitern zwischen 25 und 35 Jahren“.³¹ Werden in einer Stellenausschreibung für ein Traineeprogramm „Hochschulabsolventen/Young Professionals“ gesucht und richtet sich die Ausschreibung ausdrücklich an „Berufsanfänger“, so kann dies ein Indiz für die Vermutung einer unzulässigen altersbedingten Benachteiligung eines 36-jährigen Juristen mit Berufserfahrung darstellen, der nicht in das Bewerberauswahlverfahren einbezogen wurde.³²

Da Körper- oder Gesundheitsverletzungen der Bewerber/innen in der Regel ausscheiden werden, geht es im Falle der Benachteiligung bei der Einstellung typischerweise um den Ersatz des **materiellen Schadens** sowie der Verletzung des **Persönlichkeitsrechts**. Für die Höhe des Ersatzanspruchs ist wie folgt zu differenzieren: **11**

Der **materielle Schaden** infolge einer Nichteinstellung des **bestqualifizierten** Bewerbers, also desjenigen, der diskriminierungsfrei hätte eingestellt werden müssen, ist aus § 15 Abs. 1 AGG zu ersetzen. Er folgt den allgemeinen Grundsätzen des § 249 BGB³³ und erfasst insbesondere den entgangenen Gewinn. Eine **Obergrenze besteht nicht**. Umstritten ist, ob der Schadensersatzanspruch auf Ausgleich des positiven oder des meist geringeren negativen Interesses gerichtet ist. Die Frage lautet also, ob der trotz bester Qualifikation benachteiligt abgewiesene Bewerber als Erfüllungsschaden den Verdienstausschlag (ggf. bis zur Altersgrenze) geltend machen kann oder ob er auf den Ersatz des Vertrauensschadens zu verweisen ist.³⁴ Das LAG Berlin-Brandenburg³⁵ hatte im Falle einer diskriminierenden Nichtbeförderung einer Klägerin als Schadensersatz die betreffende Vergütungsdifferenz zugesprochen, und zwar unbegrenzt für die Zukunft. Das Urteil stieß auf starke Kritik.³⁶

Da eine Obergrenze des ersatzfähigen Schadens nicht besteht, kommt nach der gesetzlichen Regelung ein Entgeltersatz bis zur Pensionsgrenze durchaus in Betracht, begrenzt allerdings durch die Schadensminderungspflicht gem. § 254 Abs. 2 S. 1 BGB. Diese Schadensminderungspflicht führt nicht selten dazu, dass Schadensersatzansprüche abgelehnt werden, wenn der Arbeitnehmer den Arbeitgeber nicht rechtzeitig

29 Walker, NZA 2009, 5, 6.

30 BAG 19.8.2010 – 8 AZR 530/09, NZA 2010, 1412.

31 BAG 23.8.2012 – 8 AZR 285/11, NZA 2013, 37.

32 BAG 24.1.2013 – 8 AZR 429/11, NZA 2013, 498, 501 f.; LAG Hessen 18.6.2018 – 7 Sa 851/17, NZA-RR 2018, 584; vgl. dazu Mohr, NZA 2014, 459 ff.

33 ErfK/Schlachter, § 15 AGG Rn 4.

34 Stoffels, RdA 2009, 204, 212 m.w.N.

35 LAG Berlin-Brandenburg 26.11.2008 – 15 Sa 517/08, NJOZ 2008, 5205.

36 Heyn/Meinel, NZA 2009, 20 ff.

auf das Fehlverhalten beispielsweise eines Vorgesetzten und die Gefahr eines ungewöhnlich hohen Schadens aufmerksam gemacht hat.³⁷ Wird diese Rechtsfolge als zu weitgehend eingeschätzt, bleibt im Ergebnis nur der Rückgriff auf die zu § 628 Abs. 2 BGB entwickelten Grundsätze.³⁸

Auch der Anspruch auf Ersatz des **immateriellen Schadens** wegen Verletzung des Persönlichkeitsrechts aus § 15 Abs. 2 AGG ist der Höhe nach **nicht begrenzt**.

Eine Ausnahme gilt nur für den in § 15 Abs. 2 S. 2 AGG geregelten Kreis von (nicht bestqualifizierten) Bewerbern, die also auch bei diskriminierungsfreier Auswahl nicht eingestellt worden wären. Für diese ist die Entschädigung der Höhe nach auf **drei Monatsgehälter** begrenzt, die die Höchstgrenze bilden, nicht aber den Regelfall.³⁹ Einheitliche bundesweite Bemessungsgrundsätze für den Regelfall haben sich bisher noch nicht herausgebildet. Obwohl das arithmetische Mittel bei genau 1,5 Monatsgehältern liegt, besteht eine Tendenz, im Regelfall von zwei Monatsgehältern auszugehen, was Abweichungen nach unten und nach oben erlaube. Es gibt aber auch – mit regionalen Unterschieden – Instanzgerichte, die sich an nur einem Monatsgehalt orientieren.⁴⁰ Bei dem Monatsgehalt ist von dem Bruttogehalt auszugehen, dass der Bewerber bei erfolgter Einstellung bzw. Beförderung hätte erzielen können; seine eigenen Vorstellungen sind insofern unbeachtlich.⁴¹

- 12** Für die Geltendmachung des Entschädigungsanspruchs gilt die zweistufige Ausschlussfrist des § 15 Abs. 4 AGG, § 61b Abs. 1 ArbGG. Nach dem LAG Rheinland-Pfalz gilt diese aber nicht für Erfüllungsansprüche.⁴²

2. Gleichstellung

- 13** Am 1.5.2015 ist die Neufassung des „Gesetzes für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Unternehmen und Gerichten des Bundes“ (Bundesgleichstellungsgesetz – BGleiG) in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb der Bundesverwaltung. Die bisherigen Maßnahmen und Anforderungen sind hierzu ergänzt und präzisiert worden (§ 1 BGleiG).⁴³

Der Geltungsbereich des BGleiG lässt sich in fünf Fallgruppen unterteilen: Bundesgerichte, Behörden und Verwaltungsstellen der unmittelbaren Bundesverwaltung, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, Unternehmen der mittelbaren Bundesverwaltung und Unternehmen, die aus bundeseigener Verwaltung zukünftig privatisiert werden (§§ 2, 3 Nr. 5 BGleiG).

Gem. § 6 Abs. 1 S. 1 BGleiG müssen Ausschreibungen von Arbeitsplätzen geschlechtsneutral erfolgen. Darüber hinaus enthält § 6 BGleiG besondere Anforderungen für den Fall, dass in dem jeweiligen Bereich eine Unterrepräsentanz vorliegt.⁴⁴

Außerdem sind die Besonderheiten der jeweiligen Landesgleichstellungsgesetze zu beachten.

- 14** In seinem Beschl. v. 10.10.2017 hat das BVerfG entschieden,⁴⁵ dass es Menschen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen, in ihren Grundrechten verletzt, wenn das Personenstandsrecht sie dazu zwingt, sich unter einem männlichen oder weiblichen Geschlechtseintrag

37 Zuletzt ArbG Berlin 15.8.2019 – 44 Ca 8580/18, juris.

38 BGH 16.7.2008 – VIII ZR 151/05, NJW 2008, 3436.

39 Walker, NZA 2009, 5, 9.

40 Walker, NZA 2009, 5, 10.

41 LAG Hamburg 3.4.2013 – 4 Ta 4/13, juris.

42 LAG Rheinland-Pfalz 13.5.2015 – 5 Sa 436/13, NZA-RR 2015, 517; BAG 22.10.2015 – 8 AZR 168/14, Rn 64, ZTR 2016, 327–328; Hoppe/Fuhlrott, ArbAktuell 2015, 4, 6.

43 von Tiling, öAT 2015, 177.

44 von Tiling, öAT 2015, 177, 178 f.

45 BVerfG 10.10.2017 – 1 BvR 2019/16.

zu registrieren. Die aufgrund des Beschlusses erlassene Neufassung des § 22 Abs. 3 PStG führte entsprechend dazu, die Möglichkeit des Geschlechtseintrags „divers“ als drittes Geschlecht im Geburtenregister eintragen zu lassen. „Divers“ sei dabei vom Geltungsbereich des § 7 Abs. 1 AGG umfasst.⁴⁶

Für diskriminierungsfreie Stellenausschreibungen ergibt sich damit, dass diese geschlechtsneutral gestaltet sein müssen. Der Zusatz (m/w/d) ist dabei regelmäßig zulässig.⁴⁷

3. Teilzeit (TzBfG)

Der Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, Arbeitsplätze, die er öffentlich oder innerhalb des Betriebs ausschreibt, auch als Teilzeitarbeitsplatz auszuschreiben, wenn sich der Arbeitsplatz dafür eignet (§ 7 Abs. 1 TzBfG). Die Beurteilung dieser Eignung obliegt nach überwiegender Meinung, die hierin eine unternehmerische Entscheidung erblickt, dem Arbeitgeber.⁴⁸ Dessen Entscheidung kann von den Arbeitsgerichten nicht auf ihre sachliche Rechtfertigung oder ihre Zweckmäßigkeit hin überprüft werden, sondern lediglich auf Rechtsmissbräuchlichkeit oder Willkür. Im Anwendungsbereich des BGlG muss die Ausschreibung eines jeden Arbeitsplatzes – auch auf Vorgesetzten- und Leitungsebenen – gem. § 4 Abs. 1 S. 4 BGlG den Hinweis enthalten, dass der Arbeitsplatz auch in Teilzeit besetzt werden kann, es sei denn, „zwingende dienstliche Belange“ stehen entgegen. Die Anforderungen daran dürften noch strenger als an die „betrieblichen Gründe“ i.S.d. § 8 Abs. 4 TzBfG sein.⁴⁹

15

4. Schwerbehinderte Menschen (SGB IX)

Der Arbeitgeber hat, was die Alltagspraxis mitunter ignoriert, im Vorfeld einer Stellenausschreibung vielfältige Prüfungspflichten und Beteiligungsrechte aus §§ 164, 166 SGB IX zu beachten. Diese Förderpflichten betreffen allerdings nur Arbeitgeber, die die **Schwerbehindertenquote** nicht erfüllen (§ 164 Abs. 1 S. 7 SGB IX).⁵⁰ Denn die S. 7–9 des § 164 Abs. 1 SGB IX stehen miteinander in unmittelbarem Zusammenhang und sind so zu lesen, als stünden sie in einem für sich getrennten Absatz. Jede andere Interpretation würde zu unsinnigen Ergebnissen führen.⁵¹

16

Im Geltungsbereich von §§ 164, 166 SGB IX ist zunächst bei jeder freien Stelle zu prüfen, ob diese mit einem schwerbehinderten Menschen besetzt werden kann. Zu diesem Zweck hat der Arbeitgeber **frühzeitig** Verbindung mit der **Agentur für Arbeit** aufzunehmen.⁵² Hierbei hat er weiter die **Schwerbehindertenvertretung** zu beteiligen sowie den **Betriebsrat/Personalrat** anzuhören (§ 164 Abs. 1 S. 4 ff. SGB IX). Diese Beteiligungsrechte betreffen schon die Prüfung nach § 164 Abs. 1 S. 1 SGB IX, setzen also zeitlich bereits im Stadium der **Vorbereitung** einer Stellenausschreibung an. Während die Anhörung des Betriebsrats/Personalrats im Wesentlichen durch wechselseitigen Informationsaustausch erfolgt, erfordert die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung nach § 178 Abs. 2 S. 1 SGB IX die unverzügliche und umfassende Unterrichtung und Anhörung,⁵³ ggf. eine gemeinsame Erörterung unter Anhörung des schwerbehinderten Menschen sowie die Begründung der anschließenden Entscheidung gegenüber allen Beteiligten (§ 164 Abs. 1 S. 6–9 SGB IX).

17

Für **öffentliche Arbeitgeber** gelten erweiterte Förderpflichten.

18

⁴⁶ Dutta/Fornasier, NZA 2021, 605 ff.

⁴⁷ Körling, NZA 2018, 282 ff.; Dutta/Fornasier, NZA 2021, 605 ff.

⁴⁸ Vgl. ArbG Hannover 13.1.2005 – 10 BV 7/04, DB 2005, 896; zum Meinungsstand ErkK/Preis, § 7 TzBfG Rn 2.

⁴⁹ von Tiling, öAT 2015, 177, 178.

⁵⁰ BAG 21.2.2013 – 8 AZR 180/12, NZA 2013, 840; BAG 15.2.2005 – 9 AZR 635/03, NZA 2005, 870.

⁵¹ Diller, NZA 2007, 1321 ff., Fn 14.

⁵² BAG 13.10.2011 – 8 AZR 608/10, BeckRS 2012, 65090; BAG 12.9.2006 – 9 AZR 807/05, NZA 2007, 507.

⁵³ BAG 15.2.2005 – 9 AZR 635/03, NZA 2005, 870; Düwell, BB 2006, 1741, 1743.

Im öffentlichen Dienst ist § 81 Abs. 2 S. 1 SGB IX a.F. gemeinschaftsrechtskonform auf alle Behinderten mit einem Grad von mindestens 30 % anzuwenden. Das gilt auch für die Beweislastregel des § 81 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 S. 3 SGB IX a.F., nicht aber für § 165 S. 3 SGB IX, wonach der öffentliche Arbeitgeber **jeden** schwerbehinderten Bewerber zu einem **Vorstellungsgespräch** einzuladen hat,⁵⁴ es sei denn, er wäre offensichtlich ungeeignet.⁵⁵

Diese Vermutung greift auch dann, wenn dem schwerbehinderten Bewerber zwar eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch in Aussicht gestellt wird, ihm gleichzeitig aber mitgeteilt wird, seine Bewerbung habe nach der „Papierform“ nur eine geringe Aussicht auf Erfolg.⁵⁶

Ein Entschädigungsanspruch wegen Diskriminierung bei der Einstellung kommt in Betracht, wenn der Arbeitgeber zum Zeitpunkt der Einstellung weiß oder wissen muss, dass der Bewerber mit einem Grad von mindestens 30 % behindert ist.⁵⁷

Ein Verstoß gegen die Einladungspflicht kann auch dann nicht geheilt werden, wenn der öffentliche Arbeitgeber auf Beanstandung des Bewerbers dessen Bewerbung im noch laufenden Bewerbungsverfahren wieder aufnimmt und ihn zu einem Vorstellungsgespräch einlädt.⁵⁸

- 19 Ob Verstöße gegen §§ 163 f. SGB IX schon eine Benachteiligung i.S.d. §§ 3, 7 AGG darstellen und damit automatisch den Entschädigungsanspruch nach § 15 Abs. 2 AGG auslösen,⁵⁹ oder ob – so die Tendenz in der Rechtsprechung⁶⁰ – ein solcher Verstoß als Indiz für eine Diskriminierung gem. § 22 AGG zu werten sei,⁶¹ was zu einer **Umkehr der Beweislast** führt, wird von Rechtsprechung und Literatur teilweise unterschiedlich beurteilt. Die Vermutung einer Benachteiligung i.S.v. § 22 AGG kann nach der Rechtsprechung grundsätzlich aus einem Verstoß des Arbeitgebers gegen Vorschriften, die Verfahrens- und/oder Förderpflichten zugunsten schwerbehinderter Menschen enthalten, abgeleitet werden.⁶²

Im Ergebnis muss allen Arbeitgebern dringend angeraten werden, die Förderpflichten des § 164 SGB IX – auch wenn sie im Einzelfall mit erheblichem Bürokratismus verbunden sein sollten – peinlich genau einzuhalten. Denn in der Alltagspraxis tauchen auch schwerbehinderte Scheinbewerber als professionelle Diskriminierungskläger, sog. „AGG-Hopper“, auf. Solche Scheinbewerber/innen weisen in ihrer Bewerbung – teilweise versteckt oder verklausuliert – auf ihre Behinderung hin und spekulieren darauf, dass der Arbeitgeber seinen Förderpflichten aus § 164 Abs. 1 und 2 SGB IX nicht nachkommt.⁶³ In diesem Zusammenhang ist allerdings zu beachten, dass ein Bewerber, der seine Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch bei der Behandlung seiner Bewerbung berücksichtigt wissen will, den angestrebten Arbeitgeber über seine Anerkennung als Schwerbehinderter regelmäßig im Bewerbungsschreiben selbst zu unterrichten hat. Die bloße kommentarlose Beifügung einer Kopie des Schwerbehindertenausweises zu den umfangreichen Bewerbungsunterlagen genügt insoweit nicht.⁶⁴

- 20 Das BAG hat mit seiner jüngsten Entscheidung vom 23.1.2020 noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig zuverlässige unternehmensinterne Abläufe hinsichtlich der Erstellung der Stellenausschreibung über die sorgfältige Sichtung und Bearbeitung der eingehenden Unterlagen hin zum diskriminierungsfreien

54 BAG 16.9.2008 – 9 AZR 791/07, DB 2009, 177; BAG 16.12.2012, NZA 2012, 667, juris.

55 BAG 16.2.2012 – 8 AZR 697/10, NZA 2012, 667; LAG Niedersachsen 3.4.2014 – 5 Sa 1272/13 BeckRS 2014, 68664.

56 LAG Baden-Württemberg 3.11.2014 – 1 Sa 13/14, BeckRS 2015, 65540.

57 BAG 18.11.2008 – 9 AZR 643/07, BB 2010, 185; BAG 17.12.2020 – 8 AZR 171/20, Rn 33 ff., NZA 2021, 633 ff.

58 BAG 27.8.2020 – 8 AZR 45/19, NZA 2021, 200; BeckOK-SozR/Brose, SGB IX, § 165 Rn 17; a.A. LAG Köln 29.1.2009 – 7 Sa 980/08, BeckRS 2009, 67329; ArbG Hamburg 1.2.2011 – 25 Ca 493/10, NZA-RR 2011, 444.

59 So *Großmann*, S. 167, 170.

60 BAG 12.9.2006 – 9 AZR 807/05, juris; BAG 15.2.2005 – 9 AZR 635/03, NZA 2005, 870; so auch BAG 28.9.2017 – 8 AZR 492/16, NJW 2018, 1118.

61 *Medem*, NZA 2007, 545, 547; zum Meinungsstand *Diller*, NZA 2007, 1321 ff. m.w.N.

62 BAG 28.9.2017 – 8 AZR 492/16, NJW 2018, 1118, Rn 26 m.w.N.

63 *Diller*, NZA 2007, 1321 ff.; NZA 2009, 1386 ff.

64 BAG 18.9.2014 – 8 AZR 759/13, BeckRS 2014, 73585.

Einladen zum Vorstellungsgespräch sind, und der AGG Klage eines Schwerbehinderten stattgegeben.⁶⁵ Das OLG Köln, welches eine Stelle für den Gerichtsvollzieherdienst ausgeschrieben hatte, berief sich auf ein „schnell überlaufendes Outlook-Postfach“. Dies sei jedoch nach Ansicht des BAG keine Entschuldigung, da die Bewerbung unstreitig zugegangen sei und sprach dem Kläger eine Entschädigung in Höhe von 1,5 Monatsgehältern zu.

5. Betriebsrat (§§ 80 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2a, 92 ff., 99 Abs. 1 BetrVG; § 15 Abs. 3 AGG)

Nach § 92 Abs. 1 S. 1 BetrVG hat der Arbeitgeber den Betriebsrat über die Personalplanung, insbesondere über den gegenwärtigen und künftigen Personalbedarf sowie über die sich daraus ergebenden personellen Maßnahmen und Maßnahmen der Berufsbildung anhand von Unterlagen rechtzeitig und umfassend zu unterrichten. Zur Personalplanung gehören die Personalbedarfsplanung, die Personaldeckungsplanung, die Personalentwicklungsplanung und die Personaleinsatzplanung.⁶⁶ Verstöße werden als Ordnungswidrigkeiten behandelt (§ 121 BetrVG). Keine Unterrichtungspflicht besteht, wenn ein Beteiligungsrecht des Betriebsrats ersichtlich nicht in Betracht kommt. Das BAG prüft zweistufig, nämlich ob überhaupt eine Aufgabe des Betriebsrats betroffen ist und, falls das der Fall ist, ob im Einzelfall die begehrte Information zur Wahrnehmung der Aufgabe benötigt wird.⁶⁷

Der Betriebsrat kann gem. § 93 BetrVG vorab eine **betriebsinterne** Stellenausschreibung verlangen, die mindestens eine Woche vor der Einstellung eines externen Bewerbers erfolgt sein muss; anderenfalls wäre ein Zustimmungsverweigerungsrecht aus § 99 Abs. 2 Nr. 5 BetrVG eröffnet. § 93 BetrVG findet auch im Falle der beabsichtigten Einstellung von Leiharbeitnehmern Anwendung, wenn der zu besetzende Arbeitsplatz vom Arbeitgeber dauerhaft für die Besetzung mit Leiharbeitnehmern vorgesehen ist.⁶⁸ Das LAG Schleswig-Holstein hat weitergehend entschieden, dass der Betriebsrat gleichermaßen die Ausschreibung von Arbeitsplätzen verlangen kann, die nur kurzzeitig mit Leiharbeitnehmern besetzt werden sollen.⁶⁹ Das soll aber dann nicht gelten, wenn feststeht, dass mit Bewerbungen von im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmern offenkundig nicht zu rechnen ist.⁷⁰ Auch wenn der Verstoß gegen § 99 BetrVG nicht den rechtswirksamen Vertragsabschluss gegenüber dem externen Bewerber behindert, darf der Arbeitgeber diesen dennoch nicht im Betrieb beschäftigen.⁷¹ Solange der Arbeitgeber im Arbeitsvertrag keine Vorsorge trifft – z.B. durch eine aufschiebende oder auflösende Bedingung – riskiert er die Zahlung des Annahmeverzugsentgelts, ist aber zur Kündigung aus betriebsbedingten Gründen befugt, ggf. sogar – soweit der Arbeitnehmer bei Abschluss des Arbeitsvertrages über das Fehlen der Zustimmung des Betriebsrats informiert wurde – außerordentlich fristlos.⁷²

Der Betriebsrat hat gem. § 80 Abs. 1 Nr. 1, 2a BetrVG darauf zu achten, dass Stellenausschreibungen diskriminierungsfrei erfolgen. Eine benachteiligende Ausschreibung begründet nach h.M. allerdings kein Zustimmungsverweigerungsrecht des Betriebsrats aus § 99 Abs. 2 S. 1 BetrVG.⁷³ Allerdings hat der Betriebsrat dann, wenn eine Stellenausschreibung gegen das AGG verstößt, gem. §§ 17 Abs. 2 AGG, 23 Abs. 3 BetrVG einen Unterlassungsanspruch gegen den Arbeitgeber.⁷⁴

65 BAG 23.1.2020 – 8 AZR 484/18, juris.

66 BAG 23.3.2010 – 1 ABR 81/08, NZA 2011, 811; BAG 6.11.1990 – 1 ABR 60/89, NZA 1991, 358.

67 BAG 12.3.2019 – 1 ABR 43/17, Rn 21, NZA 2019, 1153; BAG 23.3.2010 – 1 ABR 81/08, NZA 2011, 811.

68 BAG 1.2.2011 – 1 ABR 79/09, NZA 2011, 703.

69 LAG Schleswig-Holstein 29.2.2012 – 6 TaBV 43/11, BeckRS 2014, 65692.

70 BAG 15.10.2013 – 1 ABR 25/12, NZA 2014, 214.

71 BAG 2.7.1980 – 5 AZR 56/79, Eza Nr. 28 zu § 99 BetrVG 1972; ErfK/Kania, § 99 BetrVG Rn 45.

72 Tschöpe/Wisskirchen, 1 C Rn 23 m.w.N.; ErfK/Kania, § 99 BetrVG Rn 45.

73 LAG Hessen 13.7.1999 – 4 TaBV 192/97, NZA-RR 1995, 641; MünchArbR/Matthes, § 352 Rn 69; Tschöpe/Wisskirchen, 1 C Rn 20 f.

74 BAG 18.8.2009 – 1 ABR 47/08, NZA 2010, 222.

- 24 Eine umfassende Erörterung der bundes- und landesrechtlichen Regelungen und Besonderheiten der **personalvertretungsrechtlichen Bestimmungen** würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen.
- 25 **Haftungsprivileg:** Die Beteiligung des Betriebsrats kann für den Arbeitgeber auch erhebliche **Vorteile** ergeben. Nach § 15 Abs. 3 AGG ist der Arbeitgeber nämlich bei der Anwendung kollektiv-rechtlicher Vereinbarungen nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit schadensersatzpflichtig.

6. Beschäftigungs- und Abschlussverbote

- 26 Während Beschäftigungsverbote lediglich die Ausübung der Tätigkeit im bestehenden Arbeitsverhältnis untersagen, verhindern die Abschlussverbote bereits die Entstehung des Arbeitsverhältnisses durch eine entsprechende Personalauswahl unter den Bewerbern um einen freien Arbeitsplatz.⁷⁵ Die Vertragsfreiheit der Arbeitsvertragsparteien ist Schranken unterworfen. Gesetzliche Beschäftigungsverbote führen z.B. zur Nichtigkeit des Arbeitsvertrags (§ 134 BGB).⁷⁶ Praktisch bedeutsame gesetzliche Abschlussverbote stammen aus dem JArbSchG, das in §§ 5 Abs. 1, 7 die Beschäftigung von Kindern/Jugendlichen unter 15 Jahren verbietet, aus § 4 BBiG, der für Jugendliche nur bestimmte Ausbildungsberufe zulässt, aus §§ 4 und 8 MuSchG mit Tätigkeits- und Zeitbeschränkungen für werdende Mütter.
- Hinzu treten vom BAG sanktionierte tarifvertragliche Abschlussverbote, die die Einstellung von Mitarbeitern teilweise von besonderen Qualifikationen abhängig machen.⁷⁷
- 27 Des Weiteren sind Beschäftigungsverbote z.B. enthalten im ArbZG, das in §§ 3 und 9 Zeitgrenzen für Tages- und Wochenarbeitszeiten sowie für Sonn- und Feiertage regelt, im Fahrpersonalgesetz i.V.m. der Verordnung (EG) Nr. 561/2006, das Lenk- und Ruhezeiten im gewerblichen Kraftverkehr bestimmt und im SchwarzArbG, welches die Leistung verbotener Schwarzarbeit untersagt.

7. Erstellung eines Anforderungsprofils

- 28 Ausgangspunkt des eigentlichen Ausschreibungsverfahrens ist die Erstellung eines Anforderungsprofils, in dem sinnvollerweise ausschließlich anforderungsrelevante Merkmale definiert werden. Hierbei dürfen die gem. § 7 AGG verpönten Merkmale nicht genannt werden, um schon in diesem Stadium eine mögliche Benachteiligung bestimmter Gruppen von Bewerbern zu unterbinden,⁷⁸ es sei denn, eine Ungleichbehandlung wäre nach den Maßstäben des AGG zulässig. Der Arbeitgeber wird zunächst eine vorhandene Stellenbeschreibung AGG-konform überarbeiten oder – bei Neuschaffung einer Stelle – ein Profil neu so erstellen, dass es frei von unmittelbaren oder mittelbaren Diskriminierungen ist. Arbeitgeber, die ausschließlich anforderungsentsprechende Auswahlkriterien erheben, schützen sich damit auch juristisch. Alles, was nicht unmittelbar mit den Anforderungen der Position in Zusammenhang steht, sollte nicht erhoben werden. Das vermeidet von vornherein, dass der Arbeitgeber Kenntnis von verpönten Merkmalen erhält. Wer z.B. auf ein Bewerbungsfoto verzichtet, dem kann nicht unterstellt werden, er habe eine erkennbare Behinderung, religiöse Orientierung oder Hautfarbe bei der Einstellungsentscheidung gewertet.⁷⁹

Insbesondere im öffentlichen Dienst müssen zwingende Vorgaben eines Anforderungsprofils verbindlich und nachvollziehbar dokumentiert und für die Bewerber erkennbar festgelegt sein.⁸⁰ Konkrete Festlegun-

⁷⁵ Küttner/Kreimer, Nr. 100 Rn 3.

⁷⁶ BAG 27.7.2010 – 3 AZR 317/08, BeckRS 2010, 71531.

⁷⁷ Vgl. BAG 26.4.1990 – 1 ABR 84/87, NZA 1990, 850; aktueller BAG 13.10.2021 – 4 AZR 403/20, juris.

⁷⁸ BT-Drucks 16/1780, 36.

⁷⁹ Frintrup, AuA 2009, 164.

⁸⁰ VGH Mannheim 4.8.2009 – 9 S 3330/08, BeckRS 2009, 37238.

gen empfehlen sich aber auch für die private Wirtschaft zur Verbesserung der Argumentationsbasis im Falle einer behaupteten Diskriminierung.

Nicht vom AGG verbotene Ungleichbehandlungen können allerdings aus anderen Gründen unzulässig sein, z.B. bei der Verletzung der persönlichen Handlungsfreiheit oder der Intimsphäre der betroffenen Bewerber. **29**

a) Unmittelbare/Mittelbare Diskriminierung

Unproblematisch erkennbar und daher leicht zu vermeiden ist eine direkte Anknüpfung an die Merkmale des AGG, während die Verwendung von **Umschreibungen** („Berufseinsteiger“, „Muttersprachler“ etc.) besondere Aufmerksamkeit erfordert.⁸¹ Ein mittelbarer Bezug auf das Alter ergibt sich z.B. aus der Suche nach Studenten/Rentnern für Nebentätigkeiten oder aus dem Ausschluss von Bewerbern mit dem Verweis auf feste Altershöchstgrenzen.⁸² Das Kriterium der Muttersprache oder der Staatsangehörigkeit indiziert eher die Herkunft als die sprachlichen Fähigkeiten und sollte nach der Gesetzesbegründung daher vermieden werden, zumindest sofern eine substantiierte Begründung des Erfordernisses der Muttersprache nicht, und die Anforderung „hervorragender“ oder „sehr guter Sprachkenntnisse ebenfalls möglich ist.“⁸³ **30**

Neutrale, aber mittelbar benachteiligende Kriterien sind nur zulässig, wenn sie durch ein **rechtmäßiges Ziel** sachlich gerechtfertigt und die Mittel zur Erreichung dieses Ziels **angemessen und erforderlich** sind (§ 3 Abs. 2 AGG). „Gute Schreibmaschinenkenntnisse“ für eine Schreibkraft stellen daher nach der Rechtsprechung keine mittelbare Diskriminierung wegen einer Behinderung dar.⁸⁴ Körperliche Anforderungen für Polizisten oder Belastungstests für Piloten dürften ebenfalls unproblematisch sein.⁸⁵ **31**

Die Problematik der mittelbaren Diskriminierung soll am Beispiel des Kriteriums des **Alters** erläutert werden. **32** Stellenanzeigen dürfen nach dem AGG weder ausdrückliche Altersangaben noch „versteckte“ Hinweise auf das gewünschte bzw. unerwünschte Alter enthalten. Ein dem Anschein nach neutrales Kriterium wie z.B. des „Berufsanfängers“ führt etwa dann zu einer mittelbaren Benachteiligung wegen des Alters, wenn es geeignet ist, einen älteren Bewerber wegen seines Alters gegenüber einem jüngeren Mitbewerber zu benachteiligen (§ 3 Abs. 2 AGG).⁸⁶ Anders ist dies lediglich dann zu bewerten, wenn das Unternehmen in der Stellenausschreibung als „ein junges und dynamisches Unternehmen“ beschrieben wird, da dies lediglich eine unternehmensbezogene Information darstellt, die sich nicht auf die Belegschaft oder die erwünschten Bewerber bezieht.⁸⁷ Die in § 3 Abs. 2 AGG angelegte Gegenüberstellung verlangt, so die Gesetzesbegründung, die Bildung von **Vergleichsgruppen**, die die von dem benachteiligenden Merkmal berührten Personen einbeziehen müssen.⁸⁸ Die besondere Betroffenheit einer solchen Vergleichsgruppe drückt sich darin aus, dass diese Personen zahlenmäßig stärker durch die Verwendung des an sich neutralen Kriteriums beeinträchtigt sind als Personen, die dieses Merkmal nicht aufweisen.⁸⁹

In Bezug auf die Eigenschaft „Berufsanfänger“ könnte man als Vergleichsgruppen für die Bewerbung in einer Rechtsanwaltskanzlei/Rechtsabteilung eine Gruppe der unter 35-jährigen und eine Gruppe der über 35-jährigen Bewerber bilden.⁹⁰ Eine mittelbare Benachteiligung wäre zu bejahen, wenn Personen aus **33**

81 *Kania/Merten*, ZIP 2007, 8 ff.

82 Unzulässig: Höchstalter von Polizisten bei Einstellung – EuGH 17.11.2022 – C-304/21, NZA 2011, 1039 ff.; Höchstgrenze bei Piloten durch Zwangspensionierung, EuGH 13.9.2011 – C-447/09 – Prigge, ArbRAktuell 2011, 509 ff.

83 BT-Drucks 16/1780, 34, BAG 29.6.2017 – 8 AZR 402/15, NZA 2018, 33.

84 BAG 15.2.2005 – 9 AZR 635/03, NZA 2005, 870.

85 VGH Kassel 15.8.2016 – 1 B 976/16, BeckRS 2016, 51392.

86 BAG 18.8.2009 – 1 ABR 47/08, NZA 2010, 222; LAG Hessen 18.6.2018 – 7 Sa 851/17, NZA-RR 2018, 584.

87 BAG 23.11.2017 – 8 AZR 604/16, NZA 2018, 584.

88 MüKo-BGB/Thüsing, AGG, § 3 Rn 31; BT-Drucks 16/1780, 32; *Bauer/Göpfert/Krieger*, § 3 Rn 24; *Däubler/Berzbach/Schrader/Schubert*, § 3 Rn 40; *Kolmhuber*, S. 43; *Worzalla*, S. 57.

89 BAG 24.9.2008 – 10 AZR 638/07, BeckRS 2009, 15615, Rn 25; BAG 2.12.1992 – 4 AZR 152/92, DB 1993, 586; BAG 23.2.1994 – 4 AZR 219/93, AP Nr. 51 zu Art. 119 EWG-Vertrag.

90 *Wichert/Zange*, DB 2007, 970 ff.